Die Kaputtmacher — AEG-Serie S.4

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 33 vom 20. August 1982 — 16. Jahrgang — 1 DM

Begin setzt Libanon-Aggression fort

Israelis raus aus dem Libanon!

Trotz der schon seit längerem erklärten Bereitschaft der PLO, ihre Kämpfer aus Westbeirut abzuziehen, setzen Begins Truppen ihre Belagerung der libanesischen Hauptstadt fort, sperren sie für die dort Eingeschlossenen die Lebensmittelzufuhr, die Versorgung mit Wasser, Strom und Medikamenten. Gezielt werden aus Tel Aviv immer neue Bedingungen an die PLO gestellt, um auch jetzt noch Vorwände für neue militärische Aggressionen zu schaffen.

Wie es mit der angeblichen Verhandlungsbereitschaft der Begin-Leute wirklich aussieht, hatte sich am letzten Donnerstag auf schreckliche Weise gezeigt. Nur zwei Tage, nachdem das israelische Kabinett offiziell dem von Reagans Beauftragten Habib ausgearbeiteten Abzugsplan für die PLO zugestimmt hatte, flogen Israels Bomber — begleitet vom mörderischen Feuer der zu Land und auf See stationierten Geschütze — die bislang verheerendsten Angriffe auf Beirut. Elf Stunden lang schlugen Raketen, Bomben und Granaten pausenlos in die Wohngebiete der eingekesselten Stadt ein — mindestens 400 Menschen starben in diesem Inferno.

Das Bombardement vom vergangenen Donnerstag machte in aller Eindringlichkeit klar, daß es den Bgin und Scharon um mehr geht als nur den Abzug der PLO-Kämpfer aus Beirut. Mit diesem beispiellosen Terrorangriff wurde schon die zweite Phase der israelischen Aggression eingeleitet, die darauf abzielt, den gesamten Libanon von all den Kräften zu „säubern", die der Bildung einer pro-israelischen Marionettenregierung in Beirut noch entgegenstehen. Und Scharon selbst verkündete am Wochenende, daß er im Libanon nicht ausschließlich für die Interessen „Groß-Israels" mordet. Die Invasion im Libanon, so Begins Kriegsminister, würde die strategischen Interessen der USA im Nahen Osten verändern — zum Nutzen der Raubinteressen des US-Imperialismus in dieser Region.

Kein Wunder also, daß Reagan — trotz aller angeblicher Differenzen mit Begin — die Finanz- und Waffenhilfe für die israelischen Kriegsverbrecher weiterrollen läßt. Und auch Bonn denkt nicht daran, die umfangreiche westdeutsche Hilfe an Tel Aviv einzustellen. Unberührt vom Massensterben in Beirut bekräftigte Genschers Staatssekretär Peter Corterier (SPD) erst vor wenigen Tagen, daß die Bonner Entwicklungshilfe an Israel weiter gezahlt würde.

Bundesweite Demonstration

am 21. August in Frankfurt
Abmarsch um 11.00 Uhr
am Güntherburgplatz

Veranstaltung der KPD

Am Tag der bundesweiten Demonstration führt die Frankfurter Ortsgruppe der KPD eine Veranstaltung durch, bei der auch ein Vertreter der PLO sprechen wird.

21. August, 17.00 Uhr
Bürgertreff, Frankfurt-Bornheim, Saalburgstr. 17

Genosse Andreas Bortfeldt kurz vor seiner Verhaftung im März 1981 — nach über eineinviertel Jahren wurde der Geheimprozeß mit einem blanken Gesinnungsurteil abgeschlossen.

Andreas Bortfeldt verurteilt:

Erneut acht Jahre Haft für Kommunisten in der DDR

Am 9. Juli fand in Ostberlin der Prozeß gegen Andreas Bortfeldt (KPD) statt — mit dem Ergebnis eines Urteils von acht Jahren Gefängnis wegen „staatsfeindlicher Hetze" (§ 106 des DDR-Strafgesetzbuches). Zusammen mit Manfred Wilhelm ist das die höchste Strafe, die in den Prozessen gegen kommunistische Oppositionelle in der DDR ausgesprochen wurde. Ein Urteil, das in einem Geheimprozeß gesprochen wurde, bei dem selbst engste Angehörige lediglich die Urteilsverkündung erleben durften. Ein blankes Gesinnungsurteil, wie es auch der Gummiparagraph, nach dem es verkündet wurde, beinhaltet.

Was in der angeblich sozialistischen DDR alles als staatsfeindliche Hetze läuft, das konnte man erst kürzlich, aus Anlaß eines Verfahrens gegen einen Kölner Studenten erleben, der sich bei einem DDR-Besuch nach den Preisen für bestimmte Waren erkundigt hatte — ihm wurde nachrichtendienstliche Tätigkeit vorgeworfen.

Die Prozesse, mit denen die DDR-Führung eine Entwicklung ähnlich wie in Polen im Vorfeld durch pure Unterdrückung verhindern will, richten sich gegen alle, die eine andere politische Meinung haben als Honecker und seine Mannschaft. Wenn ein parteiloser Bauarbeiter sagt, freie Gewerkschaften wären auch in der DDR was gutes, so ist dies für diese reichen herrschenden Pseudokommunisten kein Grund zur Diskussion, sondern ein Grund, ihn einzusperren. Wenn Kommunisten wie Andreas Bortfeldt und Manfred Wilhelm und die anderen verhafteten und verurteilten Genossen Arbeitergewerkschaften fordern, so müssen sie dafür bis zu acht Jahre lang, wie diese beiden, ins Gefängnis — eine andere Meinung als die der „Partei" ist staatsfeindlich!

Nicht, daß man sich trauen würde, die Bevölkerung davon zu überzeugen, nein. Das alles geschieht klammheimlich, bei Nacht und Nebel, weil die Herrschenden in der DDR sich davor fürchten, daß es gerade die Arbeiter sein könnten, die solche politischen Meinungen aufgreifen könnten. Andreas Bortfeldt sitzt wegen seiner politischen Überzeugung seit dem 4. August in Bautzen. Dort soll er nach dem Willen des Honecker-Regimes dafür büßen, daß er es gewagt hat, eine andere Meinung nicht nur zu haben, sondern sich zu dem „unglaublichen Verbrechen" verstieg, diese auch noch öffentlich zu vertreten.

Was haben solche Praktiken eigentlich mit Sozialismus, mit Arbeiterdemokratie zu tun? Doch wohl für jeden ersichtlich: überhaupt nichts!

Ein Staat, der von sich behauptet, er sei sozialistisch, und jeden, der eine andere politische Meinung hat ins Gefängnis wirft, beweist doch nur, daß sein Anspruch verlogen ist.

Setzen wir uns für die Freilassung der verurteilten kommunistischen Oppositionellen ein! Lassen wir Honecker und seiner Gesinnungsjustiz keine Ruhe! Unterstützen wir die kommunistischen politischen Gefangenen in der DDR!

(Er hat das Recht — offiziell — unbegrenzt Briefe zu erhalten.)

Schreibt an: Andreas Bortfeldt, 8600 Bautzen, Postschließfach 100/II, DDR

LÜTGENDORTMUND
Marienbornplatz
Dortmund

DIE KPD LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.

PRESSEFEST ROTER MORGEN
15 Jahre

KID Musik-Abend
Kotten-Blues-Band
Flbe aus Hamburg
NACHT-SCHICHT ROCK-THEATER
Bruno Eck
Spiel & Spaß an beiden Tagen
So. 26.9. 10.00 Kundgebung im Großzelt
Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit
Sa. 14.00 Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft
Großveranstaltung der KPD
Essen und Trinken aus allen Regionen
Politik & Unterhaltung Information & Kultur
So. 15.00
Lieder zur Lage
Schmetterlinge
Halle Winkler
Abschlußkonzert

Außerdem: Informationsstände aus allen Regionen der BRD und Westberlin • Stellung: Die Lage in der Stahlindustrie, auf den Werften, bei AEG • Kommunisten nehmen Stellung • Diskussionsrunden und Fragestunden • Kommunistische Opposition gegen das Honecker-Regime • Friedensbewegung: wie weiter? • Frauen in den Betrieben • Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Was tun? • Wir stehen Rede und Antwort — KPD • Kommunisten und die Gewerkschaften in der DDR: Die KPD

Tochterfirmen beantragen Vergleich

AEG: jetzt geht's rund!

Nur eine Woche, nachdem die AEG ihren Vergleichsantrag gestellt hat, zog die Tochterfirma Küppersbusch in Gelsenkirchen nach: Am Montag wurde ebenfalls Vergleich beantragt. Offenbar steht bei Neff in Bretten (Baden-Württemberg) und möglicherweise auch bei Bauknecht in Tübingen schon in diesen Tagen dasselbe bevor. Bei Neff begann bereits Kurzarbeit, bei Küppersbusch wurde sie beantragt.

Das schlichte Ausbleiben von Zahlungen der AEG an die Kassen der jeweiligen Töchter ist der Grund für diese Folgen aus dem Vergleichsantrag. Dabei wird jetzt alles versucht, um weiterhin abzuwiegeln. Die Firma sei gesund, hieß es am Tag des Vergleichsantrags, einen Tag vor einer deswegen anberaumten Betriebsversammlung. Außerdem stehe man schon in Kontakt mit möglichen neuen Partnern...

Das wird dann versucht als Garantie für Arbeitsplätze auszugeben. Und dies zu einem Zeitpunkt, da immer klarer wird, daß alle „potentiellen neuen Partner", wer sie auch seien und für welchen Betriebsteil sie sich auch immer „interessieren" mögen, dieselbe Produktionspalette haben. Daß sie also ausschlachten, straffen, begrenzen und schließen werden und sich darüber freuen, daß ein Konkurrent weniger da ist.

Bei Küppersbusch war im Juni ein „neues Konzept" beschlossen worden (wie der gesamte AEG-Konzern überhaupt nahezu ständig neue Konzepte — der Massenentlassung — hervorbringt), mit dem 600 Arbeitsplätze — fast ein Drittel — beseitigt werden sollten. Was auch immer geschehen mag: Verringert wird diese Zahl der dort geplanten Entlassungen durch den Vergleich sicher nicht, sondern erhöht. Wie weit ist dabei die Frage. Wie auch bei allen anderen Firmen aus dem Imperium AEG, die allesamt offiziell noch gültige Entlassungskonzepte haben, von denen keiner glauben mag, daß sie nicht noch wesentlich ausgeweitet werden.

Proteste der Belegschaften gibt es fast überall. Zehntausende gingen allein in den letzten Wochen auf die Straße, um für ihre Arbeitsplätze zu demonstrieren — diese vorhandene Kampfbereitschaft muß von der IG Metall umgesetzt werden in den Kampf zur Erhaltung der Arbeitsplätze!

Protest der AEG-Belegschaft in Berlin.

Kommentar der Woche

„Wir rechnen mit dem Schlimmsten". Das sagte Yassir Arafat, der Vorsitzende der PLO, am Wochenende in einem Interview. Die palästinensische Befreiungsbewegung macht sich in bezug auf die israelische Libanon-Politik keine Illusionen. Und die wären auch wahrlich nicht angebracht. Niemand sollte denken, nach einigen Tagen ohne Bombardierung Beiruts sei nun ein Ende der israelischen Aggression oder gar eine „Lösung" des Konflikts in Sicht.

Es geht dabei nicht nur um die nach wie vor bestehende Möglichkeit, daß die Begin und Scharon unter Bruch aller getroffenen Vereinbarungen doch noch zu einem neuen Schlag gegen das eingekesselte Westbeirut und seine Bewohner ausholen. Es geht vor allem um die vom israelischen Regime selbst offengelegten Kriegsziele, die unter dem Eindruck des Massenmordens in der libanesischen Hauptstadt fast in Vergessenheit geraten sind, die man sich jedoch unbedingt wieder ins Gedächtnis rufen muß.

Libanon — Ende des Krieges?

Da ist zum einen die Absicht, die PLO „von der politischen Szene des Nahen Ostens verschwinden" zu lassen, wie es Scharon jüngst noch einmal formulierte. Heute schon ist abzusehen, daß die israelischen Terroristen dieses Ziel nicht erreicht haben. Gewiß, von den arabischen Regimes im Stich gelassen, dem von Washington hochgerüsteten Militärapparat Israels ausgeliefert, sind viele Kämpfer der PLO im mörderischen Bomben- und Granatenhagel gefallen; Tausende palästinensische Partisanen sind gefangen und in die schnell eingerichteten Lager der Israelis verschleppt worden; der größte Teil der Waffenlager ist den Invasoren in die Hände gefallen.

Aber ist damit die PLO „von der politischen Szene" verschwunden? Man sollte eines nicht vergessen: Die Israelis haben Westbeirut nicht nur gnadenlos bombardiert, sie haben auch wiederholt Versuche unternommen, die Stadt mit ihren Bodentruppen einzunehmen. Diese Versuche aber sind am Widerstand der PLO-Einheiten und der mit ihnen verbündeten libanesischen Milizen gescheitert. Und dabei — nicht in den Gefechten mit der syrischen Armee — hatten die israelischen Aggressoren ihre stärksten Verluste. Nicht zuletzt dieser Widerstand hat der PLO trotz ihrer erheblichen militärischen Schwächung neue Sympathien und neues Vertrauen bei den palästinensischen Massen eingebracht.

Das beste Beispiel dafür ist die gegenwärtige Situation im Westjordanland. Es ist eines der israelischen Kriegsziele gewesen, durch die Zerschlagung der PLO im Libanon dem Kampf der Palästinenser im Westjordanland das Rückgrat zu brechen und so dieses im Juni 1967 besetzte Gebiet für eine endgültige Eingliederung in den israelischen Staatsverband sturmreif zu machen. Aber weder hat die Belagerung und Beschießung der PLO-Zentrale in Beirut den Widerstand im Westjordanland zum Erliegen gebracht, noch hat sich etwas an der Tatsache geändert, daß die arabischen Bewohner dieser Region nach wie vor in der PLO die einzige legitime Vertreterin ihrer Interessen sehen. Die Bindung der palästinensischen Massen an ihre Befreiungsorganisation ist eher noch enger geworden.

Die PLO ist also nicht „von der politischen Szene" verschwunden. Und es darf keinen Zweifel daran geben, daß die israelischen Führer überall dort, wohin der Arm ihres Militärapparats reicht, ihren Vernichtungsfeldzug gegen das palästinensische Volk und seine Befreiungsbewegung fortsetzen werden.

Und wie wird es im Libanon weiter gehen? Erklärtes Ziel der Begin und Scharon ist es zum einen, dort eine sogenannte Sicherheitszone zu schaffen, was nichts anderes bedeutet, als einen Teil des Landes unter unmittelbare israelische Kontrolle zu stellen. Zum anderen wollen sie in Beirut eine „stabile" Regierung installieren, sprich: ein Regime von Begins Gnaden einsetzen. Als Statthalter Tel Avivs im Libanon haben sie ja bereits den Faschisten-Führer Gemayel ausersehen. Um aber diese Figur ins Amt eines libanesischen Präsidenten schieben zu können, müßten die Israelis auch den nördlichen Teil des Landes „befrieden", in dem sowohl Moslem-Milizen wie auch syrische Truppen und PLO-Einheiten stehen. Scharon hat die Fortsetzung der Aggression längst vorbereitet: Die israelischen Positionen in den Bergen um Beirut wurden verstärkt, und für die Invasions-Truppen wird jetzt schon Winterkleidung beschafft.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Widerstand gegen Sozialabbau

Tritt der DGB den Rückzug an?

Die zum Teil massive Kritik aus den Gewerkschaften an den Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung, die Ankündigung gewerkschaftlicher Protestaktionen für den Herbst haben in der SPD eine hektische Betriebsamkeit ausgelöst, die darauf abzielt, das gespannte Verhältnis zu den Organisationen des DGB wieder zu „entkrampfen".



Protestdemonstration der ÖTV gegen Sparbeschlüsse im vergangenen Herbst.

Schon im Juli hatte der Bundeskanzler persönlich einen Brief an den DGB-Vorstand und die Spitzen der Einzelgewerkschaften geschickt, in dem er um Verständnis für die sozialdemokratische Politik Marke Schmidt warb. In diesem Brief umgab der Kanzler sich selbst mit der Gloriole eines unermüdlichen Streiters für den sozialen Besitzstand der Werktätigen. Er bekundete beispielsweise seine Sympathie für die gewerkschaftliche Forderung nach einer Ergänzungsabgabe auf höhere Einkommen — aber leider würde die zu einer Belastung der „mittelständischen Unternehmen und des Handwerks" führen und sei somit nicht machbar.

Auch die von der Bundesregierung vorgesehene Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung findet im Briefschreiber Schmidt einen erbitterten Gegner — er hat ihr „nur mit größten Vorbehalten" zugestimmt. Und schließlich betont der Kanzler in seinem Schreiben an die Gewerkschaftsführer: „Mir lag besonders daran, daß auch Personengruppen mit hohem Einkommen einen deutlich sichtbaren Beitrag leisten". Von dieser edelmütigen Absicht jedoch ist bekanntlich in die Kabinettsbeschlüsse zum Haushalt '83 nichts eingegangen, denn es sind ja wieder einmal ausschließlich die Werktätigen, denen ein „Beitrag" zur Sanierung der Staatsfinanzen abverlangt wird.

Obwohl dieser Kanzlerbrief von jedem Gewerkschafter geradezu als Provokation empfunden werden mußte, fand er doch bei der extrem reaktionären Riege unter den DGB-Führern demonstrativen Beifall. Der NGG-Boß Döding beispielsweise tönte, der Brief zeige, daß „die Achse Bundeskanzler — Gewerkschaften weiterhin intakt ist". Die Bonzen der IG Bergbau organisierten in ihrem Organ „Einheit" sogar eine regelrechte Kampagne zur Verteidigung der reaktionären Bonner Sozialpolitik. „Einheit"-Chefredakteur Niggemeier ging dabei so weit, daß er sogar die DGB-offizielle Forderung nach sozialer Ausgewogenheit der Sparmaßnahmen als „mehr ideologisch eingefärbt denn logisch begründet" verteufelte.

Dabei legt ja auch die Formel von der Ausgewogenheit schon den Keim für eine Kapitulation vor den Angriffen auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen. So etwa, wenn der IGM-Vorsitzende Loderer jetzt wieder bekräftigte, die „Arbeitnehmer" wären zu Opfern bereit, „doch so einseitig, wie das in diesem Jahr geschehen ist, können wir das kein drittes Mal ertragen". Eine solche Position läuft darauf hinaus, auch einen weiteren Sozialabbau kampflos hinzunehmen, wenn nur — der besseren Optik wegen — auch für die Reichen das eine oder andere Privileg gestrichen wird.

Neben Schmidt haben sich in der jüngsten Zeit auch andere SPD-Führer ins Zeug gelegt, um mit geheucheltem Verständnis für die Kritik an der Haushaltspolitik bei den Gewerkschaften um Sympathie zu werben. Worauf dieses Liebeswerben hinausläuft, machte Bundesgeschäftsführer Glotz deutlich, als er sagte, die Gewerkschaften müßten nun „ihrerseits über die Frage nachdenken, was passiert, wenn der Druck so stark wird, daß die SPD aus der Regierung gedrückt würde". Hier geht es ganz unverhohlen darum, gewerkschaftliche Protestaktionen mit der Drohung abzuwürgen, daß solche Aktionen Strauß und Kohl an die Macht bringen könnten.

Auf der gleichen Ebene wie diese Drohung liegt auch die jetzt von einigen Bundestagsabgeordneten der SPD gebildete Initiative, die darauf abzielt, das Verhältnis zwischen der Partei und dem DGB zu klären. Man müsse gemeinsam überlegen, so die Abgeordneten, wie erreicht werden könne, daß nicht ausgerechnet die SPD, die sich als einzige für sozial ausgewogene Sparmaßnahmen einsetze, die politische Hauptlast berechtigter Punkte der Gewerkschaftskritik tragen müsse.

Vom Brief des Kanzlers bis zu der hier erwähnten Initiative zieht sich der Versuch, die SPD aus der gewerkschaftlichen Kritik herauszunehmen, mit offenem Druck und mit plakativ herausgestellter Gesprächsbereitschaft die DGB-Organisationen zum Stillhalten zu bewegen. Was den SPD-Führern dabei vorschwebt, ist offensichtlich: Statt die für den Herbst angekündigten Protestaktionen zu organisieren, sollen sich die DGB-Spitzen darauf beschränken — wie gehabt — einige wortradikale Töne gegen den Wirtschaftsgrafen oder gegen Genschers Erpressungsversuche im Kabinett von sich zu geben.

Und offenbar hat die SPD in dieser Richtung auch schon einiges erreicht. Denn um die für September geplanten Protestaktionen ist es in der letzten Zeit merklich ruhig geworden. Und am Wochenende erklärte DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher, der DGB mache es von Gesprächen, die am 2. September mit der SPD-Spitze geführt werden sollen, abhängig, ob es zu Kundgebungen gegen die Bonner Haushaltsbeschlüsse kommen werde.

Hier werden ganz offensichtlich schon die Weichen für den Rückzug gestellt. Für jeden Gewerkschafter sollten Bleichers Äußerungen ein Alarmzeichen sein. Denn es liegt ja auf der Hand, daß durch die Gespräche mit der SPD-Führung die Operation '83 nicht gekippt wird. Das kann nur geschehen durch wirkliche Kampfaktionen der Gewerkschaften. Solche Aktionen vorzubereiten, ist gegenwärtig das Gebot der Stunde. Und sie dürfen sich auch nicht in Forderungen nach einer sogenannten Ausgewogenheit der Sparmaßnahmen erschöpfen, sondern müssen sich unter der Losung „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!" kompromißlos gegen jeden Angriff auf den sozialen Besitzstand richten.

Eine Untersuchung des WSI des DGB ergab:

Arbeitslose werden arm!

Man kennt die fast schon tägliche Propaganda der Kapitalisten und aller Reaktionäre: die Arbeitslosen liegen auf der faulen Haut, die meisten oder viele wollen gar nicht arbeiten. Oft finden solche Argumente auch noch bei Arbeitern Anklang, weil viel zu wenig über die tatsächlichen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bekannt ist. Mit seiner Untersuchung legt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB jetzt erstmals reale Zahlen vor.



Die soziale Lage der Arbeitslosen verschlechtert sich immer mehr.

So errechnete das WSI für den Monat Februar dieses Jahres ein durchschnittliches Arbeitslosengeld von ganzen 866 Mark. Und die Statistik zeigt, daß fast 40 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen weniger als 800 Mark im Monat erhalten. Gegenüber dem offiziellen Durchschnittslohn (netto) betragen die Einbußen durchschnittlich rund 50 Prozent — mit anderen Worten: gerade die Hälfte.

Auch bei den vielen, die noch einem arbeitenden Partner oder ähnliches in der Familie haben, gibt es Einkommensverluste bis zu 40 Prozent, durchschnittlich verlieren solche Familien etwa ein Viertel ihres vorherigen Einkommens.

Verschärft wird die Lage der Arbeitslosen durch den immer größeren Anteil an Langzeitarbeitslosen, die also schon vom Arbeitslosengeld auf die Arbeitslosenhilfe abgerutscht sind. Diese betrug im Jahre 1980 im Durchschnitt ganze 577 Mark.

Die schon vorher schwächsten Einkommensgruppen sind auch von den finanziellen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit am schwersten betroffen. Alleinstehende Frauen mit Kind als Arbeitslose gehören zu jenen, die fast automatisch in die Reihen der Sozialhilfeempfänger eingereiht werden. Und für Hilfsarbeiter, die alleine ihre Familie ernährt hatten, sind die Auswirkungen ebenfalls besonders schwer.

Ein Drittel aller jetzigen registrierten Arbeitslosen erhält gegenwärtig keine Unterstützung — 10 Prozent, weil ihr Antrag in Bearbeitung ist, 20 Prozent aus verschiedenen Gründen, die nicht zuletzt mit den neuen Zumutbarkeitsregelungen zu tun haben. Auch diese werden zu Sozialhilfeempfängern gemacht.

Zur Libanon-Demonstration in Frankfurt

Schwierigkeiten mit der Solidarität

Der Vernichtungsfeldzug im Libanon, die pausenlose Bombardierung Beiruts haben das Begin-Regime weltweit in die Isolation getrieben. Was es noch bei keinem der Kriege Israels gegeben hatte: In allen jüdischen Gemeinden — einschließlich Israels selbst — entwickelt sich immer nachdrücklicher der Protest gegen die Aggression.

Auf Einladung des Palästina-Libanon-Solidaritätsplenums Frankfurt fand am 7. August eine Beratung über die Durchführung einer bundesweiten Demonstration gegen die israelische Libanon-Aggression statt. Etwa 40 Organisationen nahmen daran teil, neben den Vereinen der palästinensischen Arbeiter und Studenten und einer Reihe von Gruppen aus der Palästina-Solidarität auch politische Organisationen (KPD, KB, *Volksfront,* MSB, KBW u. a.) sowie Friedens-, Frauen-, Bürgerinitiativen usw.

Entgegen den Vorbehalten vor allem einiger örtlicher Solidaritätsgruppen entschied sich die Mehrheit für eine zentrale Demonstration. Das einladende Soliaritätsplenum hatte einen Flugblattentwurf für eine solche Demonstration erarbeitet, der eine möglichst breite Mobilisierung und vor allem auch das Einbeziehen oppositioneller Juden in die Demonstration gewährleisten sollte. An diesem Entwurf entzündete sich nun eine neunstündige Diskussion, die von den Vertretern einiger Palästina-Solidaritätsgruppen und einiger Polit-Sekten (etwa KPD/ML Neue Einheit) in übler, unsolidarischer Form geführt wurde.

Wesentlicher Streitpunkt war der Zionismus. Und dabei ging es den genannten Vertretern nicht nur darum, möglichst „knallharte" antizionistische Parolen im Flugblatt unterzubringen. Es zeigte sich auch, daß sie nicht in der Lage oder nicht bereit waren, die doch relativ breite jüdische Opposition gegen Begins Kriegskurs richtig zu würdigen. So wurde etwa die israelische Friedensbewegung, wie sie sich in den jüngsten Massendemonstrationen manifestiert hat, als unbedeutend abqualifiziert, weil diese Bewegung sich nicht vollständig vom Zionismus gelöst hätte. Und entsprechend wurde auf die Forderung von jüdischen Genossen, auf bestimmte Formulierungen — wie etwa „Völkermord" — im Flugblatt zu verzichten, um den Demo-Aufruf auch für jüdische Kreise konsensfähig zu machen, nur mit Wutgeheul reagiert.

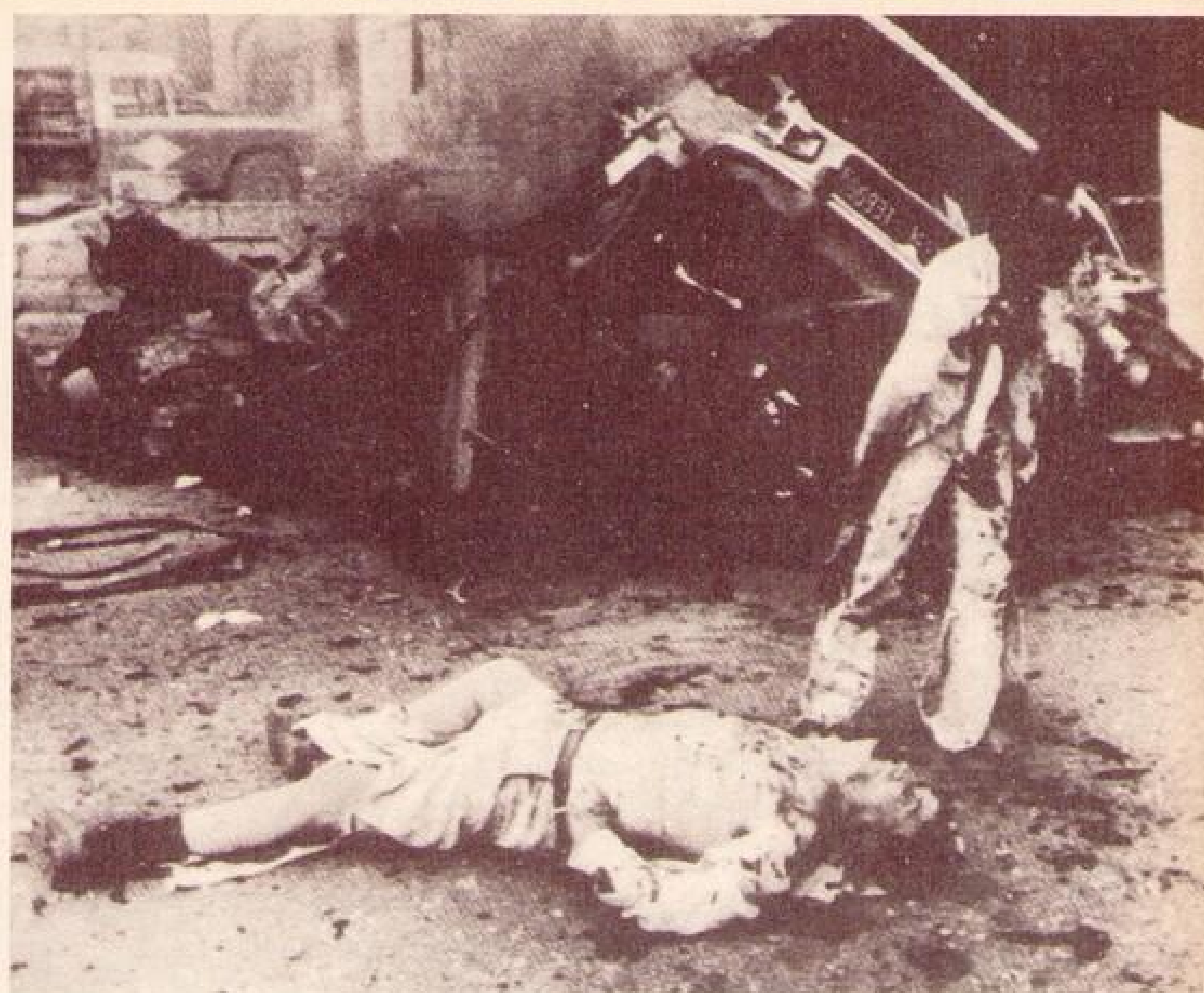
Bemerkenswerterweise waren es gerade deutsche „Antiimperialisten", die sich auf diese Weise aufführten, während die anwesenden palästinensischen Genossen ebenfalls die Notwendigkeit herausstellten, mit den jüdischen Oppositionellen — auch auf Kosten von Kompromissen — eine gemeinsame Basis zu finden. Aber für diese Genossen hängt eben nicht zuletzt davon das Schicksal ihres Befreiungskampfes ab, während sich andere ohne Mühe als Lehrmeister im Kampf gegen den Zionismus aufspielen können.

Die Beratung über die Demonstration wurde zusätzlich dadurch chaotisiert, daß aus der stundenlangen Diskussion eine Fülle von Änderungsanträgen an den Flugblatt-Entwurf herausdestilliert wurden, über die man dann einzeln abstimmte. Eine Redaktionsgruppe erhielt den Auftrag, diese Anträge in den Entwurf einzuarbeiten — mit dem Ergebnis, daß die Diskussion erneut entbrannte und nun vollends die Beratung sprengte.

Die KPD und einige andere Organisationen erklärten ihre Bereitschaft, den nun vorliegenden abgeänderten Entwurf zu unterzeichnen und auf seiner Basis für die Demonstration zu mobilisieren. Für uns war dabei maßgeblich, daß dieser überarbeitete Aufruf richtige politische Einschätzungen und Forderungen enthielt; zudem kam es uns darauf an, überhaupt noch eine Grundlage für die bundesweite Demonstration zu schaffen.

Von daher fanden wir es bedauerlich, daß die Initiatoren dieser Demonstration, das Palästina-Libanon-Solidaritätsplenum, wenige Tage nach der hier beschriebenen Beratung — ohne uns davon zu benachrichtigen — einen zweiten Aufruf verfaßte (er ist auf dieser Seite abgedruckt), der sich vom ersten nicht in der politischen Aussage, wohl aber in einigen Nuancen unterscheidet. So ist etwa die Formel „Zionismus gleich Rassismus" nicht mehr aufgenommen worden. Wichtiger allerdings ist das Fehlen der im ersten Aufruf noch enthaltenen Forderung „Schluß mit der Finanzierungshilfe der BRD" (für Israel). Das beeinträchtigt die notwendige Stoßrichtung der Demonstration, die nach unserer Meinung nicht nur auf Begins Vernichtungsfeldzug, sondern auch auf den BRD-Imperialismus und die Bundesregierung abgezielt sein muß.

Die Tatsache jedoch, daß der zweite Aufruf nicht nur die Unterschrift der Initiatoren der Frankfurter Demonstration, sondern auch die des Palästinensischen Arbeiter- und Studentenvereins sowie der jüdischen Oppositionellen trägt, macht den ersten Aufruf faktisch zu Makulatur. Im Interesse einer möglichst einheitlichen und möglichst breiten Demonstration am 21. August haben wir daher auch diesen zweiten Aufruf unterzeichnet.



Opfer des israelischen Terrors in Beirut

Aufruf zur Demonstration gegen den Krieg im Libanon

Schluß mit dem Vernichtungskrieg gegen Palästinenser und Libanesen! Für eine gemeinsame Perspektive von Juden und Arabern.

Vor jetzt mehr als acht Wochen brach Israel seinen Angriffskrieg gegen die palästinensische Befreiungsbewegung, PLO, vom Zaun, der sich immer mehr zum Vernichtungsfeldzug gegen die libanesische und palästinensische Bevölkerung auswächst. Es ist ein Krieg, der mit Wissen und direkter Unterstützung der USA und der stillschweigenden Komplizenschaft aller arabischen Staaten und auch der deutschen Bundesregierung geführt wird.

Eine Million Menschen sind z. T. zum wiederholten Mal vor Israels Militärmaschinerie auf der Flucht, über 40000 Zivilisten getötet. (Zahlen des palästinensischen Roten Halbmonds). Die Großstädte sind entweder zu 80 Prozent zerstört worden wie Tyros, Sidon und Nabatiyeh oder existieren nicht mehr wie Damur. Neun der größten palästinensischen Flüchtlingslager sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Westbeirut, von Flüchtlingen überfüllt, ist seit über vier Wochen eingekesselt und wird vom Meer, aus der Luft und mit Artillerie fast kontinuierlich beschossen. Schulen, Krankenhäuser, Versorgungseinrichtungen, übervölkerte Wohnviertel werden gezielt angegriffen und so die „Auslöschung" der Zivilbevölkerung, wie Begin das wiederholt erklärt hat, bewußt in Kauf genommen. Periodisch verhängt die israelische Kriegsführung eine Hunger- und Wasserblockade, die alle Bereiche der Versorgung umfaßt. Selbst medizinische Hilfsgüter, Spenden aus aller Welt, dürfen den Belagerungsring nicht passieren. Inzwischen ist das Trinkwasser verseucht, was zum Ausbruch von Typhus geführt hat. („Spiegel", 9. 8. 82) In einer Woche wollte Kriegsminister Sharon den Krieg beendet und die PLO vernichtet haben. Das hat Israel nicht erreicht. Aus dem Südlibanon sickern immer mehr Meldungen über Guerillaoperationen gegen die israelische Besatzungsarmee durch und der Widerstand, den die palästinensischen Befreiungskämpfer in Beirut seit der Belagerung der Stadt leisten, ist ohne Beispiel in der Geschichte der arabisch-israelischen Kriege.

Israels Kriegsziele sind von Anfang an deutlich gewesen: Die Vernichtung der PLO als politischer und militärischer Faktor und die Schaffung einer Marionettenregierung im Libanon als Voraussetzung für die endgültige Annexion der Westbank und des Gazastreifens.

In der PLO kristallisiert sich die palästinensische Identität und der Wille des palästinensischen Volkes, für seine nationale Unabhängigkeit zu kämpfen und in seine Heimat zurückzukehren. Innerhalb der Grenzen Israels von 1948 sind die Palästinenser, die ca. 18 Prozent der Bevölkerung ausmachen, unterdrückt, politisch entrechtet und werden als Menschen 2. Klasse behandelt. In den 1967 besetzten Gebieten werden sie direkt von der militärischen Besatzung in Schach gehalten. Dagegen hat sich das palästinensische Volk schon immer aufgelehnt. Seit Beginn des Krieges finden große Demonstrationen statt, die vom israelischen Militär gewaltsam aufgelöst werden und Tote auf beiden Seiten gekostet haben. Die gewählten Bürgermeister, die sich mehrheitlich zur PLO bekennen, sind abgesetzt worden, Streiks werden zerschlagen und die Universitäten und Schulen geschlossen. Die Widerstandskraft der palästinensischen Befreiungsbewegung hat diesen Krieg zum längsten und verlustreichsten aller Kriege für Israel gemacht. Dies und das Unbehagen, das vorher schon Teile der jüdisch-israelischen Bevölkerung gegen die Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten und in Israel selbst gegenüber den Palästinensern bewegt hat, haben starke Proteste innerhalb der israelischen Gesellschaft hervorgerufen. Den Auftakt bildete die Demonstration der 20000 am 19.6., vom „Rat gegen den Krieg" organisiert, in Tel Aviv, gefolgt von der Demonstration der 100000 der Bewegung „Frieden jetzt". In Nazareth demonstrierten in der vergangenen Woche 40000 Juden und Araber gemeinsam. Bis heute reißen die Proteste nicht ab. Beabsichtigte Israel mit diesem Krieg die Vernichtung aller Hoffnungen der Palästinenser auf Rückkehr in ihre Heimat, so zeichnet sich jetzt auch in Israel das genaue Gegenteil ab: eine gemeinsame Bewegung von Juden und Arabern tritt für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ein. Das ist der erste Schritt auf dem Weg des friedlichen Zusammenlebens des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen Volkes.

Wir sind der Auffassung, daß die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik und insbesondere die Friedensbewegung zu den Vorgängen im Libanon und zu der Katastrophe in Beirut nicht schweigen kann, will sie nicht unglaubwürdig werden. Wir rufen auf zu einem Aktionstag mit dezentralen Aktionen am 14. 8. in Frankfurt.
Wir appellieren ganz besonders an die Friedensbewegung, sich an dieser Demonstration zu beteiligen.

- Sofortiger und bedingungsloser Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon!
- Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, sein Recht auf Rückkehr und auf Errichtung eines unabhängigen Staates!
- Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!



Friedensdemonstration in Tel Aviv

Begins Krieg ruft Widerstand hervor

Unterstützung für das eingeschlossene Beirut

In diesem Krieg haben die Begin und Scharon keine „Ruhe an der Heimatfront". Überall in den 1967 besetzten Gebieten finden seit Anfang Juli Massendemonstrationen gegen den Libanon-Feldzug statt. Die Besatzer haben darauf mit brutalem Terror geantwortet. So wurden in Nablus zwei Demonstranten erschossen; auch bei El Khalil eröffnete das Militär das Feuer auf eine palästinensische Protestkundgebung — ein Demonstrant wurde getötet, fünf weitere wurden schwer verletzt. Trotz dieser massiven Unterdrückungsmaßnahmen ist schon am 4. und 5. Juli ein Generalstreik in den besetzten Gebieten weitgehend befolgt worden.

Auch die Protestdemonstrationen der israelischen Friedensbewegung reißen nicht ab. Mehrmals sind bei solchen Aktionen die Eltern von im Libanon gefallenen Soldaten an der Spitze der Demonstrationen marschiert.

In Kuweit gingen über 30000 Menschen auf die Straße. Sie forderten Maßnahmen gegen Begins amerikanische Hintermänner wie zum Beispiel den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit den USA, den Stopp der Ölexporte nach Amerika und den Abzug aller kuweitischen Guthaben in den USA.

Gegen Begin meldete sich jetzt auch Nahum Goldmann, der ehemalige Präsident des jüdischen Weltkongresses, zu Wort. Mit seinem Kriegskurs, so Goldmann, fördere Begin den Antisemitismus in aller Welt. Der jüdische Parlamentsabgeordnete Leo Abse aus Britannien rief die israelischen Soldaten im Libanon dazu auf, den Dienst zu verweigern. Nur Leute mit faschistischer Mentalität, so Abse, könnten die unbarmherzige Bombardierung und die Tötung und Verstümmelung so vieler unschuldiger Zivilpersonen gutheißen.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

RM-Serie Die AEG-Pleite 3. Teil

Die Kaputtmacher

Im zweiten Teil unserer AEG-Serie in der letzten Ausgabe des „Roten Morgens" hatten wir dargestellt, daß die Belegschaften von AEG sehr wohl noch Profite für das Kapital erarbeiten, die von den Großbanken abkassiert werden. Der Mangel dabei: die Konkurrenz macht größere Profite und schafft sich so die Voraussetzung, AEG „an die Wand" zu drücken. Dieser Frage, die die nach der eigentlichen Ursache für die „AEG-Pleite" ist, widmen wir auch den dritten und abschließenden Teil unserer Artikelfolge.

„Die Kaputtmacher" soll die Ursachen dieser Entwicklung in ihrem Ursprung aufzeigen. Die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus zeigt sich ja nicht in erster Linie darin, daß auch Großbetriebe bankrott gehen können oder zumindest diese Gefahr laufen. Die hemmungslose Konkurrenz zwischen den Kapitalgruppen äußert sich ja nicht in erster Linie darin, daß die Konkurrenten jetzt auf das Ausschlachten von AEG warten. Alles dies sind Erscheinungen des Kapitalismus, ohne Zweifel. Das Entscheidende allerdings ist, daß Kaputtmacher am Werk sind und waren: diejenigen, die ein Interesse daran haben, bei enger werdenden Märkten einen Konkurrenten zu vernichten oder zumindest aus dem Felde zu schlagen. Daß dabei die Belegschaften dieses Konkurrenten auf die Straße geworfen werden, das ist für diese Kapitalisten so interessant wie ein Gewitter in Australien.

In der Wirtschaftskrise der Mittsiebziger Jahre erhielt AEG den ersten großen Schlag, wurde gezwungen, profitable Bereiche und Beteiligungen an Siemens zu verkaufen. Mit dem Beginn der nächsten Krise im Jahre 1980 traf es AEG wieder als ersten — die damalige sogenannte Rettungsaktion legte die jetzt eingetretene weitere Entwicklung bereits an. Und jetzt soll endgültig zur Sache gekommen, ein Konkurrent vernichtet werden.

Ein Grund für die besondere Krisenempfindlichkeit von AEG liegt in dem starken Anteil von Konsumgütern in der Produktenpalette des AEG-Konzerns. Gerade die Konzernbereiche Telefunken (Fernseh-, Rundfunk-, Hifi-Geräte bzw. die sogenannte braune Ware) und besonders der Bereich „Elektro/Hausgeräte" (vor allem Waschmaschinen, Elektroherde, Kühlschränke und Geschirrspülautomaten bzw. die sogenannte weiße Ware) machen die sogenannten maroden Teile von AEG aus.

Daß die Wirtschaftskrise zunächst vor allem den Absatz von Waren des Konsumgüterbereichs zum Stocken bringt, liegt auf der Hand. Hier wirkt sich der Reallohnabbau, der Abbau staatlicher Sozialleistungen und das Entstehen eines Millionenheeres von Erwerbslosen schlicht in einem massiven Rückgang der Massenkaufkraft aus. Folglich haben Unternehmen, die einen relativ großen Teil ihres Kapitals in die Herstellung von Konsumgütern investiert haben, und zwar von Konsumgütern solcher Art, daß der Käufer bei finanziellen Schwierigkeiten eventuell mehr oder weniger auf sie verzichten kann oder muß, jetzt in der Regel größere Probleme, als Unternehmen, die ihr Kapital mehr in anderen Bereichen (etwa in der Rüstungsindustrie) angelegt haben.



Erneute Kampfaktionen der Berliner AEG-Belegschaften ...

Vergleicht man nun unter diesem Gesichtspunkt die AEG mit anderen großen Elektrokonzernen, so wird ihre diesbezügliche Schwäche leicht erkennbar.

Der Gesamtumsatz der AEG im Geschäftsjahr 1981 belief sich auf 14,8 Milliarden Mark. Allein der Umsatzanteil des Hausgerätesektors daran belief sich auf 3,1 Milliarden Mark. Hinzu kommt die „braune Ware" bzw. Unterhaltungselektronik (Telefunken) mit einem Umsatzanteil von 1,7 Milliarden Mark. Zusammen ergibt dies einen Umsatzanteil des Konsumbereichs von 4,8 Milliarden Mark. Das ist fast ein Drittel des Gesamtumsatzes.

Die wichtigsten deutschen Konkurrenten von AEG, Siemens und Bosch, haben ihren Hausgerätebereich in einer gemeinsamen Firma, der Bosch-Siemens-Hausgeräte GmbH, zusammengelegt. Der Gesamtumsatz dieses Unternehmens belief sich 1981 auf rund 2,6 Milliarden Mark. Man kann diese Zahl nun ins Verhältnis zum jeweiligen Gesamtumsatz von Siemens und Bosch setzen. Und man kann sie zusätzlich ins Verhältnis zur Summe der Gesamtumsätze beider Kooperationspartner setzen. Erst durch letzteres wird deutlich, wieviel Stärker AEG auf den Konsumbereich orientiert ist als seine Hauptkonkurrenten: Der Umsatz von Bosch lag 1981 bei 12,9 Milliarden Mark, also nur um knapp 2 Milliarden unter dem Umsatz von AEG. Der Umsatz von Siemens lag bei 34,6 Milliarden Mark. Beide Zahlen zusammengerechnet ergeben eine Summe von 47,5 Milliarden Mark. Gemessen daran macht der Umsatzanteil des Hausgerätesektors von Siemens und Bosch in Höhe von 2,6 Milliarden Mark lediglich etwas mehr als 5 Prozent aus. Bei AEG hingegen liegt dieser Anteil am Gesamtumsatz bei über 20 Prozent.

Ein weiterer Vergleich: bei dem britischen Elektroriesen General Electric Company (GEC), der bekanntlich Interesse an einer Übernahme des profitablen Bereichs „Technik" von AEG gezeigt hat, liegt der gesamte Bereich „Verbraucherprodukte" (der sowohl Hausgeräte als auch die Unterhaltungselektronik und andere Konsumartikel umfaßt) nur bei 1,19 Milliarden Mark Umsatz während der Gesamtumsatz der GEC sich auf 21,3 Milliarden Mark beläuft. GEC weist denn auch eine glänzende Geschäftslage auf: Der britische Elektroriese sitzt auf einem Berg liquider Mittel (d.h. flüssiger Finanzmittel) in Höhe von 4,25 Milliarden Mark (über eine Milliarde Pfund). AEG hingegen sitzt ebenfalls auf einem Berg, und zwar einem noch höheren, allerdings handelt es sich dabei um einen Schuldenberg.

Mit alldem soll nicht gesagt sein, daß auf dem Hausgerätemarkt keine Profite mehr eingefahren werden können. Aber dies ist ein Markt, der gegenwärtig stagniert, während er bis Ende der 70er Jahre als ausgesprochene Wachstumsbranche galt. Die Konkurrenz auf diesem Markt tobt heute um so erbitterter. AEG mußte dabei im letzten Jahr Umsatzeinbußen von real rund 5 Proezent (nominal 1 Prozent) hinnehmen. Auch Bauknecht, ein Konzern, der gegenwärtig ebenfalls vom Konkurs bedroht ist, mußte im Hausgerätesektor Umsatzeinbußen hinnehmen. Hingegen konnte Bosch-Siemens seinen Umsatz gegenüber dem Vorjahr um nominal 9,7 Prozent erhöhen, das ist real eine Steigerung um etwa 4 Prozent. Offensichtlich konnte Bosch-Siemens Marktanteile zu Lasten von AEG und von Bauknecht an sich reißen.

Dieser Vormarsch von Bosch-Siemens gegenüber AEG auf dem Elektro-Hausgerätemarkt beruht natürlich auf der jeweiligen Stärke dieser beiden Konzerne als Gesamtunternehmen. Und eine der Ursachen für diese Stärke ist der relativ niedrige Anteil von Konsumgütern in ihrer Produktionspalette. Sowohl „weiße" als auch „braune Ware" unterliegt gegenwärtig in starkem Ausmaß den akuten Konsequenzen der kapitalistischen Überproduktionskrise. Bei der „weißen Ware" kommt hinzu, daß insbesondere im Inland die Versorgung der Haushalte mit Hausgeräten einen gewissen Sättigungsgrad erreicht hat.

In 95 Prozent der bundesdeutschen Haushalte steht inzwischen ein Kühlschrank, 88 Prozent besitzen eine Waschmaschine, 70 Prozent einen Elektroherd, 50 Prozent ein Gefriergerät.

Bezeichnend ist, daß, obwohl sich nur in 22 Prozent der bundesdeutschen Haushalte ein Geschirrspülautomat befindet, die Nachfrage nach diesem Produkt sinkt. Die Krise mit ihrem sinkenden Lebensstandard läßt dieses Gerät offenbar mehr und mehr zum Luxusartikel werden.

Offensichtlich sind in einem Industriezweig wie der Elektroindustrie heute solche Unternehmen konkurrenzstark, die sich weitgehend statt auf den Sektor der Verbrauchsgüter auf andere Bereiche, vor allem Rüstung, Atomkraft werfen, und die einen hohen Anteil ihres Geschäftes durch Staatsaufträge bestreiten. In gewisser Weise spiegelt sich darin die Tatsache, daß sich der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im heutigen Monopolkapitalismus zugespitzt hat wie nie zuvor.

Während die Befriedigung der Bedürfnisse der werktätigen Massen als Zweck der kapitalistischen Produktion nicht in Frage kommt, weitet sich die Kriegsproduktion in gigantischer Weise aus. Die destruktive Stoßrichtung der Entwicklung des Monopolkapitals wächst.

Konkurrenz der Konzerne

Will man die Gründe für den Niedergang von AEG-Telefunken bloßlegen, so muß man sich vor allem auch mit dem Verhältnis zwischen AEG und Siemens befassen. Zwischen beiden Elektroriesen hat in der Vergangenheit ein Konkurrenzkampf stattgefunden, der zeitweise mehr oder weniger scharf war, der sich jedoch seit dem Zweiten Weltkrieg außerordentlich zugespitzt hat.

AEG jagte seit seiner Gründung vor 99 Jahren den Erzrivalen Siemens, um ihn auf den zweiten Rang unter Deutschlands Elektrokonzernen zu verweisen. Kurzfristig gelang das der AEG sogar. Dies war im letzten Jahrzehnt des vergangenen Jahrhunderts. Danach kam es zu Verflechtungen beider Konzerne. Auf Dauer blieb Siemens allerdings gegenüber AEG im Vorteil. Aus dem Zweiten Weltkrieg ging Siemens ungleich stärker als AEG hervor. Auf lange Sicht konnte in der Bundesrepublik kein Platz für zwei oder drei Elektroriesen sein. AEG begann daher gezwungenermaßen nach 1945 damit, Siemens eine verzweifelte Aufholjagd zu liefern. Dabei übernahm die AEG sich finanziell, mußte sie sich übernehmen, hat sie — wie das Unternehmermagazin „Wirtschaftswoche" es ausdrückte „oft über ihre Verhältnisse gelebt".

Aber das ist nur ein Aspekt. Ein Monopol kann es sich ohne weiteres erlauben, „oft über die Verhältnisse zu leben", wenn es ihm dabei gelingt, sich entscheidende Vorteile und Positionen zu sichern. Dies aber gelang nicht AEG sondern Siemens. Zwar verleibte sich AEG in den 50er und 60er Jahren eine enorme Zahl an Firmen ein und weitete seine Aktivitäten ungeheuer aus. Aber bei ganz ausschlaggebenden Punkten blieb Siemens im Vorteil. Der entscheidende Grund hierfür dürfte darin liegen, daß Siemens und die mit Siemens liierte Deutsche Bank sich einen stärkeren politischen Einfluß sichern konnten als AEG, daß Siemens in weitergehendem Maße als die meisten anderen Monopole den Staatsapparat in seinen Dienst zu stellen vermochte.



... wie hier nach dem Vergleichsantrag ...

Der Staat als Helfer — von Siemens

Zum Verhältnis von Staat und Monopolen heißt es im Programm der KPD in Kapitel V („Das kapitalistische System in Deutschland") folgendermaßen:

„Der Staat in der Bundesrepublik und Westberlin ist ein Instrument der Diktatur der Monopolbourgeoisie. Dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus entsprechend ist der Staat den Monopolen untergeordnet. Auch personell ist die Monopolbourgeoisie mit dem Staatsapparat verwachsen. Nicht nur indirekt, indem sie Abgeordnete des Parlaments und Funktionäre des Staatsapparates durch finanzielle Zuwendungen und hochdotierte Posten korrumpiert, sondern die Monopolverbände nehmen auch direkt Einfluß auf die Besetzung der Ministerialbürokratie bis hin zu den Staatssekretärs- und Ministerposten und besetzen sie mit ihren Leuten. Ständig wechseln hohe Beamte in die Chefetagen der Großkonzerne zurück."

Der Konkurrenzkampf zwischen den Monopolen bzw. Monopolverbänden drückt sich unter anderem auch in der Rivalität um den jeweils stärksten Einfluß auf den Staat, seine Unterordnung unter die spezifischen Interessenlagen der jeweiligen Gruppierung des Monopolkapitals, aus.

Hätte Siemens nicht diese privilegierte Position gegenüber gewissen Rivalen wie etwa AEG, wie wäre es dann zu erklären, daß Siemens geradezu ein Monopol auf Staatsaufträge und politische Hilfestellungen seitens des Staatsapparates und der Regierung besitzt?

An Siemens werden vergeben:

- 30 Prozent der Aufträge der Bundespost;
- 80 Prozent aller Bundesbahnausrüstungen für Signalanlagen;
- im Jahr 1980 belief sich der Anteil der Rüstungsaufträge am Siemens-Umsatz auf 8 Prozent.

Siemens hat diese Aufträge praktisch sicher in der Tasche, selbst dann, wenn Siemens mitnichten das ausgereifteste technologische Konzept und auch nicht die günstigsten finanziellen Bedingungen anbietet! Ein beträchtlicher Teil des Siemens-Umsatzes ist somit „politisch gesichert" und muß nicht im Kampf auf dem „freien Markt" gegenüber der Konkurrenz erst errungen bzw. verteidigt werden, und zwar ein Anteil, der weit größer als bei AEG ist.

Der unfreiwillige Ausstieg

In diesem Zusammenhang läßt es sich nur erahnen, wie es zu dem mysteriösen Ausstieg der AEG aus dem Geschäft mit der Atomenergie gekommen ist. Immerhin war AEG in dieser

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Technik, wie übrigens auch in vielen anderen Techniken, zunächst führend. AEG baute im Jahr 1958 in Kahl am Main das erste deutsche Versuchskernkraftwerk mit Siedewasserreaktor. Ende der 60er Jahre legten AEG und Siemens ihre Kraftwerksaktivitäten in der Kraftwerkunion zusammen, die zuvor allein im Besitz der AEG war. Und 1976 ging die KWU voll in den Besitz von Siemens über. AEG war aus einem der dicksten Monopolgeschäfte ausgestiegen, dem Geschäft mit der Atomenergie.

Wirklich ausgestiegen oder nicht eher hinausgeworfen? Welcher Kapitalist würde jemals freiwillig aus einem besonders lukrativen Geschäft aussteigen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß faktisch alle Kraftwerksbetreiber Gesellschaften mit hohem Staatsanteil sind. Im übrigen sitzen die Leute von Siemens in den Aufsichtsräten der bedeutendsten Energieversorgungsunternehmen.

Ein weiterer Aspekt, der zeigt, wie sehr der Bonner Staat dem Siemens-Konzern zu treuen Diensten steht, ist die Vormachtstellung des Münchner Konzerngiganten im Auslandsgeschäft. Siemens ist mit Fabriken, Vertriebsorganisationen usw. in 128 Ländern vertreten.

Es versteht sich, daß die Möglichkeiten eines Konzerns, sich im Auslandsgeschäft eine starke Stellung zu verschaffen, die tatsächlichen Ursachen von Pleiten, Stillegungen und Massenentlassungen verschleiert.

Diese Ursache besteht ganz einfach im kapitalistischen System selbst, das von Beginn seiner Existenz an bis heute immer wieder Krisen mit Firmenzusammenbrüchen und Massenarbeitslosigkeit hervorgebracht hat. Sie besteht im Konkurrenzkampf der Kapitalgruppen untereinander, im Kampf um Markt, Absatz und Profit, der jeden Tag abläuft. Sie besteht darin, daß der Markt für die bundesdeutschen und westeuropäischen Elektrokonzerne zu eng geworden ist, daß zuviele da sind, die einen Teil des Kuchens haben wollen. Daß es gerade AEG trifft und nicht Siemens etwa, das liegt an den speziellen Bedingungen, die hier herrschen. Aber der Kampf auf dem Elektromarkt wird sich fortsetzen, auch wenn AEG sogar völlig ausgeschlachtet werden würde. Schon haben internationale Multis wie Philips, Thomson Brand, GEC und UTC größere Versuche gemacht, ihre Positionen auch auf dem deutschen Markt zu stärken. Diese Konzerne, die noch nicht so stark von der Krise betroffen sind wie AEG, rüsten sich längst für die „nächste Konkurrenzschlacht" — sie rationalisieren ihre Betriebe durch, werfen Tausende von Arbeitern auf die Straße, um billiger produzieren zu können.

Die oft gehegte Hoffnung



... reihten sich in eine ganze Serie bundesweiten Protestes der Arbeiter und Angestellten ein.

sehr viel damit zusammenhängen, in welchem Ausmaß man sich dabei auf die Unterstützung der Diplomaten und auf flankierende finanzielle und politische Maßnahmen von Staat und Regierung bauen kann.

Die „Süddeutsche Zeitung" vom 2.7.82 meldet über die Entwicklung des Auslandsgeschäftes im noch laufenden Geschäftsjahr 1981/82 bei Siemens: „Auch im Auftragseingang nimmt das Gewicht des Auslandes zu. Bei einem gesamten Auftragseingang von 27,7 (27,2) Mrd. Mark, also plus 2 Prozent, fielen die Inlandsbestellungen um 18 Prozent auf 11,1 (13,5) Mrd. Mark zurück, während die Auslandsorders um 21 Prozent auf 16,6 (13,5) Mrd Mark stiegen". Da hat man ein gut Teil der Erklärung dafür, warum Siemens im Vergleich zu AEG trotz Krise so glänzend dasteht!

Beschönigungsversuche

Abschließend sei folgendes festgestellt: Die Krise der AEG ist also eben nicht der Tatsache zuzuschreiben, daß Eigentümer oder Management dümmer, unqualifizierter oder sonstwie anders als andere Kapitalisten gewesen wären. Losungen wie „Manager die fehlentscheiden — Arbeitnehmer müssen leiden" sollen dazu dienen, die wahren Ursachen zu verwischen, dieses kapitalistische System zu beschönigen. So werden auf einen sicheren Arbeitsplatz in einem Großbetrieb ist nicht nur durch die Entwicklung bei AEG widerlegt, auch die anderen Konzerne entlassen.

Die Durchsetzung solcher Forderungen wie die nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sind ein Weg, die Folgen der Krise für die arbeitenden Menschen zu Lasten des Kapitals zu mildern. Eine grundsätzliche Beseitigung der Gefahr immer wiederkehrender Massenarbeitslosigkeit besteht aber nur in der Änderung eben dieses Systems, in dem die Kapitalisten Herr über Wohl und Wehe des Volkes sind.

In einem wirklich sozialistischen System, da Banken und Industrie verstaatlicht sind, die Kapitalisten ohne Entschädigung enteignet werden — da kann diese Gefahr beseitigt werden. Ein Sozialismus der — als Beispiel — keine Krise kennt, die elektrische Geräte zum Luxusartikel macht. Der es möglich macht, Produktionsbereiche so umzustellen, daß öffentliche Bedürfnisse in ganz anderem Ausmaß befriedigt werden als bisher. Der die Ergebnisse der Rationalisierung der Betriebe nicht darin findet, daß Massen auf der Straße stehen, sondern daß dann Arbeitszeit verkürzt und Arbeitsbedingungen verbessert werden. Das sind die Ziele, für die die KPD kämpft. Das ist der Ausweg für die Arbeiterklasse und alle arbeitenden Menschen. Daß dies not tut — die Entwicklung der AEG zeigt es in aller Deutlichkeit.

Aktion der IG Metall Baden-Württemberg

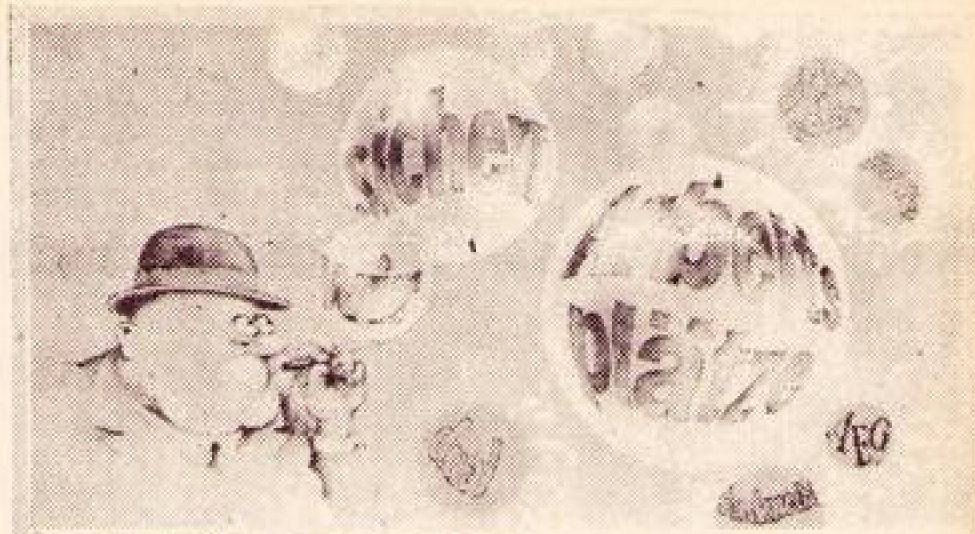
Unternehmerlügen sollen widerlegt werden

Die Unternehmerverbände haben längst mit ihren Vorbereitungen für die nächsten Tarifrunden begonnen: Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit betonen ihre Verbandssprecher und Vertreter, daß auch im nächsten Jahr Lohnverzicht geübt werden müsse, die Gewerkschaften sich bei Forderungen zurückhalten müßten und so weiter — die üblichen Argumente, die aber immer noch wirksam sind, auch unter vielen Kollegen. Dem will die baden-württembergische IG Metall jetzt mehr als normal entgegensetzen: die für diese Woche von Franz Steinkühler angekündigte Kampagne „Unternehmer auf dem Prüfstand".

Diese Kampagne soll die Voraussetzung dafür schaffen, daß die Tarifrunde 1983 „nicht wieder mit unnachgeprüften Behauptungen der Arbeitgeber" geführt werden kann.

Die praktischen Erfahrungen, sagte Steinkühler bei der öffentlichen Bekanntgabe der Aktion, haben gezeigt, daß die regelmäßigen Behauptungen, Lohnzurückhaltung sichere Arbeitsplätze, wie eine Seifenblase zerplatzt seien. Alle diese und ähnliche Behauptungen sollen in dieser Kampagne ganz konkret auf ihren Wahrheitsgehalt hin untersucht und im Detail widerlegt werden.

Solch eine Kampagne, wenn sie mit der notwendigen Entschiedenheit geführt wird (was heißen soll, daß sie den Propagandaströmen der Unternehmer massiv entgegentreten muß), würde ohne Zweifel von wichtiger Bedeutung für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt sein. Den Lügen der Unternehmerpropaganda entgegentreten, offensiv, und nicht sich für Forderungen fast schon zu entschuldigen, wie es andere Gewerkschaftsfunktionäre viel zu oft tun, das wäre ohne Zweifel



UNTERNEHMER AUF DEM PRÜFSTAND

Die Unternehmer behaupten:
Lohnverzicht schafft zusätzliche Arbeitsplätze

Die IG Metall weist nach: Nach zwei Jahren Reallohnsenkung, nach zwei Jahren Senkung der Kaufkraft, wird die Arbeitsplatzvernichtung immer bedrohlicher.

Wir prüfen jetzt jeden Metallbetrieb:
Wir informieren die Öffentlichkeit über jeden vernichteten Arbeitsplatz

Im Betrieb / Unternehmen ____________
hat sich die Zahl der Arbeitsplätze wie folgt entwickelt:

	Arbeiter	Angestellte	Gesamt	Zunahme/Abnahme
Januar 81				
Januar 82				
Mai 82				
November 82				



IG Metall · Bezirk Stuttgart

eine Sache, die nicht nur verdienstvoll sondern auch unterstützenswert ist. Nicht nur von den Kommunisten, sondern von jedem aktiven Gewerkschafter im DGB.

Aus unseren Betriebszeitungen

Kurzarbeit wird vorbereitet

Aus zahlreichen Großbetrieben werden immer neue Meldungen über die Vorbereitung von Kurzarbeitszeiten und von Maßnahmen zur „Reduzierung des Personalstands" bekannt. Dabei werden die Belegschaften in der Regel in Unkenntnis gelassen, wie dies genau aussehen soll, auch welche Bedingungen dabei gelten sollen. Wir hatten in der letzten Ausgabe des „Roten Morgens" den Abdruck eines entsprechenden Artikels aus dem „Röhrenkieker", Betriebszeitung der KPD für Mannesmann Huckingen, in dem nachgewiesen wurde, daß die — in diesen Tagen ablaufende — Kurzarbeit mit erheblich größeren finanziellen Einbußen verbunden sein wird als die bisherigen Perioden.

Im „Frischen Wind", der Betriebszeitung der KPD für Blohm und Voss in Hamburg, schreiben die Genossen zur fürs ganze nächste Jahr angekündigten Kurzarbeit:

„Kurzarbeit — ein gutes Geschäft fürs B & V-Kapital.

Kurzarbeit hat nicht immer was mit schlechter Auftragslage zu tun. Denken wir nur an '77 bis '79. Die Kollegen wurden nach Hause geschickt, mußten sich abrufbereit halten und wurden für kurzfristig angesetzte „eilige Terminarbeiten" per Telegramm geholt. Dabei wurden reichlich Überstunden gemacht. Ideale Bedingungen für die Unternehmer. Sie haben immer genau die Zahl von Arbeitskräften zur Verfügung, die sie gerade brauchen. Und die Kurzarbeitszeit bezahlt das Arbeitsamt — d.h. wir, mit unseren Beiträgen.

Kurzarbeit — ein schlechtes Geschäft für die Kollegen.

'77 bis '79 wurden wir auch nicht informiert und ständig über das Ausmaß der Kurzarbeit getäuscht. Und mancher, der am Anfang dachte, er käme ganz gut über die Runden, war am Ende ganz schön im Keller: keine Anrechnung der Überstunden. Was jetzt neu hinzukäme: Kurzarbeitergeld muß ab '82 versteuert werden."

Auch hier wird wieder deutlich, daß die Bedingungen und Ergebnisse von Kurzarbeit heute andere sind, als noch vor einigen Jahren. In diesem Zusammenhang ist es klar, daß das Geschäft mit der Kurzarbeit für die Unternehmer immer besser wird. Die Kurzarbeit, oft genug Vorstufe von Entlassungen in den einzelnen Betrieben, war in den letzten Monaten einem gewissen Auf und Ab unterworfen — die Zahl der Kurzarbeiter ging immer dann zurück, wenn wieder große Entlassungswellen stattfanden.

Aber von den Großbetrieben haben nicht nur Blohm & Voss oder die Stahlkonzerne Kurzarbeit angemeldet, unter vielen anderen sind auch bei VW solche Vorbereitungen im Gange. Im September oder Oktober soll zwei Wochen nicht gearbeitet werden, vor allem in Wolfsburg und Emden.

Die Betriebszeitung der KPD für VW Emden, „Der Motor", setzte sich schon im Juli mit einem Dementi der Geschäftsleitung auseinander. Diese hatte betont, es werde keine Kurzarbeit geben — dabei wurde sie vom Emdener Betriebsratsvorsitzenden Janssen eifrig sekundiert. Es werde weder in der Woche vor, noch in der Woche nach den Betriebsferien Kurzarbeit geben, wie damals das Gerücht lautete, so betonte er.

„Der Motor" fragte: „Aber was passiert, wenn einige Wochen nach dem Urlaub vergangen sind? Darüber wollte sich Janssen nicht äußern." Und im weiteren werden dann die realen Gefahren in Hinsicht Kurzarbeit und sogar Entlassungen dargestellt. Und was damals manche noch als kommunistische Propaganda hingestellt sehen wollten, das ist nun ganz offiziell Wirklichkeit, und der Betriebsrat in seiner Mehrheit hat offensichtlich der Kurzarbeit bereits zugestimmt.

Nichtersetzen der Abgänge ist besser als Umsetzungen, Umsetzungen sind besser als Kurzarbeit, Kurzarbeit ist besser als Entlassungen, einige Entlassungen sind besser als Massenentlassungen, Massenentlassungen mit Sozialplan sind besser als ohne, Teilstillegungen sind besser als ganze — Betriebsräte, die dieser Argumentation bedenkenlos folgen, können sich die Unternehmer jedenfalls nur wünschen. Wer stets bereit ist, Kurzarbeit zuzustimmen, wird auch bereit sein, Entlassungen zuzustimmen. Deshalb heißt es, gerade in der heutigen Situation um so mehr aufpassen, wenn Kurzarbeit angekündigt wird, denn die Entwicklung des letzten Jahres zeigt, daß sie mehr denn je der Vorbote von Entlassungen ist.



DST-Stillegung

(Korrespondenz aus Lingen)

Liebe Genossen,
ich möchte Euch von folgendem berichten: Überraschend gab die Deutsche Schachtbau- und Tiefbaugesellschaft (DST) in Lingen/Ems bekannt, daß sie ihren Bereich Rohrleitungsbau stillegen will.

Das bedeutet, daß 100 von insgesamt 1200 im Raum Lingen wohnenden Arbeitern entlassen werden. Insgesamt beträgt die Zahl der zu entlassenden Arbeiter 230.

Das zum staatlichen Salzgitter-Konzern gehörende Unternehmen gibt als Begründung des Beschlusses der Stillegung des Rohrleitungsbaus, „die wirtschaftliche Situation im laufenden Geschäftsjahr 81/82 habe sich drastisch verschlechtert", an. Das Unternehmen habe, laut örtlicher Presse, mit dem Betriebsrat einen „Sozialplan" ausgearbeitet. Der Betriebsrat befürchtet trotz aller „Bemühungen", daß ein großer Teil der Arbeiter entlassen werden muß.

Da ich einen Arbeiter der Schachtbau kenne, weiß ich, daß der Betriebsrat wegen mangelnden Einsatzes bei den Kollegen ziemlich schlecht angesehen ist. Er läßt sich nur alle vier Jahre zur Betriebsratswahl im Betrieb sehen.

Die Liste mit den Namen der zu entlassenden Arbeiter, so habe ich erfahren, wäre schon fertig. Ich werde versuchen, weitere Informationen zu bekommen.

Was diese Entlassungen für das industriell schwache Emsland bedeuten, (Arbeitslosenzahl zwischen 9 Prozent und 11,5 Prozent, in manchen Teilen bis zu 20 Prozent), kann man sich vorstellen.

Die KLE (Kernkraftwerke Lippe-Ems) kann jetzt mit ihrer Arbeitsplatzbeschaffungslüge durch den Bau eines AKW noch besser hausieren gehen. Gerade jetzt wurde die Baugenehmigung erteilt. Dazu lege ich einen Artikel der örtlichen Presse dem Brief bei.

Einheitsgewerkschaft — wie sie von der DKP gesehen wird

Drei aktuelle Beispiele einer Politik, die der Gewerkschaftsbewegung schadet

In einer ganzen Reihe von Ereignissen der letzten Zeit, die sich innerhalb der Gewerkschaften abspielten, wurde deutlich, daß sich die Auseinandersetzung um den weiteren Kurs des Deutschen Gewerkschaftsbundes verstärkt und daß dies auch künftig so sein wird. Wie stellt man sich dazu? Ist man für oder gegen den realen Kampf um einen besseren Kurs? Dazu hat sich auch die Deutsche Kommunistische Partei geäußert. In einer Weise, die ihr Verständnis von Einheitsgewerkschaft ziemlich drastisch darstellt: um jeden Preis an der Seite der Gewerkschaftsführung.

Der vielleicht auffälligste Punkt war die Wiedergabe der Äußerungen des Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrungsmittel, Genuß, Gaststätten (NGG), Döding, zum Brief des Bundeskanzlers an die Vorsitzenden aller 17 Einzelgewerkschaften im DGB. Döding hatte auf diesen Brief hin reagiert, indem er unterstrich, daß er zwar mit zahlreichen konkreten Maßnahmen Bonns in bezug auf Sozialabbau nicht einverstanden sei — gleichzeitig aber eben diesen Brief als Beweis dafür gewertet, daß die „Achse Kanzler — Gewerkschaften intakt" sei. Während nun die gesamte bürgerliche Presse seine Bezeichnung „intakte Beziehungen" in Überschriften wiedergab und in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellte, war dies bei der UZ der DKP anders. Da las sich derselbe Vorgang als heftige Kritik Dödings an Schmidt. Nun ist es sicherlich richtig, daß nicht die bürgerliche Presse der Maßstab ist, an dem Gewerkschaftspolitik gemessen werden darf. Aber: Ist das der Unterschied zwischen der UZ, die den Anspruch hat, Arbeiterzeitung zu sein und den bürgerlichen Zeitungen? Der Unterschied, daß man aus Dödings Aussage das herausnimmt, was einem paßt? „NGG-Vorsitzender Döding: Beschlüsse sozial unausgewogen" — das erfährt der UZ-Leser aus der Unterzeile des betreffenden Artikels, und er wird noch anderes gesagt haben. Vielleicht mag man es sich in der UZ selbst sogar als Verdienst anrechnen, wieder einmal der bürgerlichen Presse widerstanden zu haben und so die Einheit des DGB verteidigt zu haben. Aber dieses Argument kann nur dann beeindrucken, wenn man die politischen Auseinandersetzungen die innerhalb des DGB ablaufen nicht kennt.

Es ist eine vielen aktiven Gewerkschaftern bekannte Tatsache, daß Döding zusammen mit anderen Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften, wie Keller von Textil, Sperner vom Bau, Schmidt vom Bergbau und Hauenschild von der Chemie zum Club derjenigen gehören, die sich seit längerem darin betätigen, den Unmut im DGB nicht nur zu dämpfen, sondern auch aktiv in der Diskussion befindliche Kampfmaßnahmen zu sabotieren.

Einmal ganz abgesehen vom Problem, die Bonner Beschlüsse als lediglich unausgewogen darzustellen: Döding war beispielsweise derjenige, der als erster auf die erneut vertretene Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche mit einem sogenannten Alternativplan reagierte.

Er trat damit beispielsweise den in Vorbereitung befindlichen Beschlüssen der IG Metall direkt entgegen. Erst recht trat er der Kritik, die von der Führung der IG Druck und Papier an der Regierungspolitik geübt wurde, entgegen. Anstatt solche Tatsachen zu erwähnen, wird Döding durch solche Artikel in der UZ aufgewertet, als Partner im Kampf gegen Sozialabbau betrachtet bzw. dargestellt.

Ein zweites Beispiel: Die Reaktion der UZ auf das Frankfurter Urteil im Prozeß der „Plakat"-Gruppe von Daimler, Untertürkheim gegen die IG Metall um Wiederaufnahme in die IGM. Dort wurde in einem ausführlichen Kommentar die Tatsache bedauert, daß ein bürgerliches Gericht über Gewerkschaftsdinge entscheiden dürfe. Was in der Tat bedauerlich ist, keine Frage. Nur: Was die UZ dabei umgeht, ist doch die Frage, wer denn, ganz konkret, diese Tatsache zu verantworten hat? Kein Wort der Kritik am Ausschluß der Plakatgenossen durch die IGM, nichts dergleichen findet sich da. Unter der Hand — und für denjenigen, der die Geschichte bei Daimler genauer kennt, durchaus nicht nur unter der Hand — wird hier einmal mehr die positive Stellung der DKP zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Ausschlußverfahren unterstrichen.

Wer dies als gewagte Behauptung empfinden mag, der sei nicht nur daran erinnert, daß die DKP von jeher offiziell für die Unvereinbarkeitsbeschlüsse war. Sondern man muß dazu auch solch konkrete Fakten wissen, daß es Pöstchenschieberei „alteingesessener" IGM-Betriebsräte war, die die Plakatgenossen zu ihrer eigenen Kandidatur geradezu zwang.

Drittens, schließlich: **In einem Artikel, der der DKP ganz besonders nahestehenden Zeitung „Nachrichten", faßte ein Unterzeichner namens H. Sch., der wohl kein anderer ist als der Herausgeber Heinz Schäfer, diese Gewerkschaftspolitik der DKP aus aktuellem Anlaß zusammen.** Nicht nur, daß er sich dabei in die Reihe jener UZ-Artikel stellte, die die Tatsache, daß Gewerkschaftsführer einen sozialpartnerschaftlichen Kurs steuern, einem „Generationskonflikt" zuordnen.

Er nahm überhaupt jede oppositionelle Aktivität von Gewerkschaftern aufs Korn und versuchte dies mit dem üblen, verlogenen Trick zu garnieren, sie stünden in einer Reihe mit den offen gewerkschaftsfeindlichen „Marxistischen Gruppen".

Die wachsende Kritik — und vor allem jegliche Konsequenz daraus — am Kurs der Sozialpartnerschaft, an Verhaltensweisen örtlicher Spitzenfunktionäre und zahlreicher Betriebsräte, stört die DKP ganz offensichtlich. Es gäbe, so kurz zusammengefaßt die Argumentation des Artikels, auch aktive Gewerkschafter, die sich aus Unzufriedenheit (die auch berechtigt sein könnte, das gestand er noch „großzügig" zu) zu isolierten Aktionen außerhalb der Gewerkschaften hinreißen ließen. **Er meinte damit insbesondere die kürzlich durchgeführte Hamburger Metallerkonferenz.** Gerade da habe sich gezeigt, daß sich die RGO einschleichen werde und spätestens dies müsse jedem zu denken geben. Nun: Hier ist nicht der Ort, die Phantasien, die die DKP über die RGO verbreitet, zu behandeln, wie: die RGO sei antigewerkschaftlich, gegen die Einheitsgewerkschaft und andere bewußte Lügen.

Aber es ist der Ort, zu fragen, was denn die DKP unzufriedenen Gewerkschaftern vorschlägt. Nur eins: langen Atem. Wer den nicht hat, der will die „Masse der Mitglieder" nicht überzeugen, der schadet der Gewerkschaft. Es ist nicht nur das Argument aller, die die Mängel des DGB auf die Mitglieder schieben. Man könnte auch logisch fortsetzen: Ein Ausschluß gegen ihn wird die Unterstützung der DKP finden, denn die ist ja gegen Schädigung der Gewerkschaften.

Also: Statt oppositionellen Treffen usw. geduldig die Mitglieder überzeugen, daß sie sich eine neue Führung wählen, wenn sie ihnen nicht paßt und so lange eben die Faust ballen — in der Tasche. Als ob nicht gerade die Oppositionellen die meisten Anstrengungen machen, die Mitglieder zu mobilisieren. In der Einheitsgewerkschaft, wie sie von der DKP dargestellt wird, gibt es nur gutwillige Menschen, die einen irren sich vielleicht.

Es gibt da keine Funktionäre und Betriebsräte, die auf der anderen Seite stehen (das darf man erst sagen, wenn wieder mal einer von denen einen Posten in der Unternehmenshierarchie übernommen hat), die absichtlich Widerstand abwürgen, die mit Händen und Füßen und schmutzigen Tricks für die Erhaltung ihrer Pöstchen kämpfen. Alles dies gibt es nicht, weil es alles dies nicht geben darf, weil das nicht in das Schema der DKP-Politik paßt. Notfalls biegt man die Wahrheit dann eben so hin, daß aus einem Döding ein Vorkämpfer gegen die Bonner Politik des Sozialabbaus wird.

Um keinen Preis irgendwelche Aktivitäten, die außerhalb des von der jeweiligen Gewerkschaftsführung erlaubten stehen, mag die sein wie sie will, so sieht das taktische Konzept aus, das die DKP befolgt. Der angebliche Grund: Alles könnte der Einheitsgewerkschaft schaden. Sagt man. Daß man dabei so weit geht, ohne Ansehen der jeweils befolgten Gewerkschaftspolitik jeden oppositionell auftretenden Gewerkschafter zu verurteilen und stets die Partei der Führungen auf welcher Ebene auch immer zu ergreifen, das war schon in der Vergangenheit deutlich geworden. Daß man auch so weit geht, bei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gewerkschaftsvorsitzenden die Rechten in Schutz zu nehmen, das ist verhältnismäßig neu.

Man hatte damals, bei der Bildung der Plakatgruppe, schon Stellung bezogen für den amtierenden Betriebsratsvorsitzenden. Man hatte auch in Hamburg, bei der Betriebsratswahl auf HDW, gegen die Aktiven Metaller Stellung bezogen, für die Leute, die anschließend so gut von der Unternehmensleitung versorgt wurden, als sie in der Wahl ihre Pöstchen verloren haben. Die Liste ließe sich verlängern, um am Ende wieder bei der ständigen verlogenen Hetze gegen die RGO anzukommen. Daß man zu einem Zeitpunkt, da der IG-DruPa-Vorsitzende Mahlein den Döding kritisiert, diesen in Schutz nimmt, ist da nur noch ein neuer Tupfer auf dieser Palette.

Von hohen Gehältern für Gewerkschaftsfunktionäre weiß auch die DKP, ebenso, wie sie sich eigentlich erklären könnte, daß da beispielsweise viel eher eine Ursache für den Kurs der Sozialpartnerschaft liegt als im Lebensalter der Funktionäre, die es betrifft.

Von Vergünstigungen, die einige solcher Leute einstreichen, weiß man bestimmt auch in der „UZ"- oder Nachrichten-Redaktion. Aber statt solche Fragen auch wenigstens nur anzusprechen, tönt man in einem Chor mit den rechtesten Bonzen der Gewerkschaft: Die Mitglieder wollen nicht, sie müssen erst überzeugt werden, sie sind schuldig am Kurs der Gewerkschaften. Sicher: Es ist einiges dran. Aber ob man die Mitglieder — nachdem man den Teil, der sich für eine Änderung aktiv einsetzt, schon als potentielle Gewerkschaftsfeinde dargestellt hat und deshalb abziehen muß — mit einer Politik überzeugen kann, die auf Halbwahrheiten, Beschönigungen und Rechtfertigungen beruht?

Alle aktiven Gewerkschafter jedenfalls, die Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau leisten wollen und sich für seine Organisierung eben durch den DGB einsetzen, werden sehr gut daran tun, die Ratschläge, die ihnen die DKP gibt, in den Wind zu schlagen — sonst passiert noch lange nichts. Und daran scheint die DKP ebenso ein Interesse zu haben, wie die rechten Gewerkschaftsführer. Um selbst an Posten zu kommen? Um sich unentbehrlich — für wen wohl? — zu machen?



Da die Politik der DKP im DGB sich überhaupt gegen jegliche oppositionelle Organisierung richtet, steht natürlich die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition im Zentrum ihrer Hetze. Aber auch jede andere Form, in der sich aktive, klassenbewußte und linke Gewerkschafter zusammenfinden, wird als im Prinzip spalterisch verleumdet. Das dann oft als Alternative vorgebrachte Argument „geduldig die Mitglieder mobilisieren" soll solche kämpferischen Zusammenschlüsse — oft genug in der Praxis Kerne solcher Mobilisierung — in die Sektiererecke stellen.

DGB-Aktionen zum Antikriegstag

Zahlreicher noch als im letzten Jahr sind die geplanten Aktivitäten des DGB zum diesjährigen Antikriegstag, die sich über den ganzen Monat September hinstrecken. Fast überall werden in Zusammenarbeit der DGB-Kartelle mit den Kreisjugendausschüssen Aktionen vorbereitet. Einige Veranstaltungen haben dabei überregionale Bedeutung, auf die hier hingewiesen werden soll.

Der Vorstand der IG Metall und der DGB-Kreis Frankfurt rufen aus Anlaß der 11. IGM-Frauenkonferenz in Frankfurt am 9. September zu einer Großkundgebung „Frieden und Arbeit für alle" auf.

In Rheinland-Pfalz soll bei der Kampagne vor allem auch die Frage der Giftgaslager in den Mittelpunkt gestellt werden — am 1. September wird in Mainz eine landeszentrale Veranstaltung organisiert, auf der neben dem DGB-Vorsitzenden Lehlbach auch Lafontaine (SPD) sprechen soll.

In Baden-Württemberg ruft die Gewerkschaftsjugend zum „Friedenszug" auf, der sich mit Aufrüstung und Sozialabbau, Umstellung der Rüstungsproduktion, Waffenexporten und vielem anderem mehr beschäftigen will.



Gegen Aufrüstung und Sozialabbau — das sind im wesentlichen die Inhalte der Losungen, —it denen der DGB zum Antikriegstag aufruft

Dabei wird unter anderem Station gemacht in: Stuttgart vom 1. - 5.9.; Reutlingen am 8. und 9.9.; Heilbronn 10. - 12.9.; Pforzheim 14. - 16.9.; Karlsruhe vom 18. - 20.9.; Freiburg 24. - 26.9. und Mannheim vom 29.9. - 3.10.

Kundgebungen finden unter vielen anderen statt in: Hannover am 1. September am Mahnmal Aegidienkirche; Saarbrücken am 1. September am St. Johanner Markt; in Düsseldorf am 1. September auf dem Schadowplatz; am 3. September in Köln. In Hamburg sind für den 1. September zwei Demonstrationszüge angemeldet, die sich zur Abschlußkundgebung am Legien-Platz treffen werden. In Gütersloh findet am 4. September in der Stadthalle die Auftaktveranstaltung für die Kampagner der DGB-Jugend NRW statt.

Unter den zahlreichen andersartigen Aktivitäten sind eine ganze Reihe von Ausstellungen, Filmabenden und Friedensfesten zu nennen. Hannover und Hamburg sind die Städte, von denen bisher das größte Veranstaltungsprogramm bekannt ist. Auch der Arbeitslosenmarsch von Kassel nach Frankfurt vom 1.9. bis 9.9. reiht sich in die Aktivitäten zum Antikriegstag ein.

Die ÖTV-Jugend veranstaltet vom 1. bis 5. September in Düsseldorf ein Friedenscamp am Rande des Katholikentages.

Gegen Strauß im Odenwald!

Im Rahmen des hessischen Landtagswahlkampfes fährt die „Parteiprominenz" der Bonner Parteien quer durch's Hessenland. Vor allem die CDU hat alles aufgeboten, was gehen kann, allen voran: Franz Josef Strauß. **Am 1. September um 15.00 Uhr spricht Strauß in Erbach/Odenwald, auf dem Schloß des Erbacher Grafen am Marktplatz. Dazu ist eine Gegenkundgebung mit anschließender Demonstration angekündigt,** zu der auch die KPD aufruft. Organisiert wird diese Aktion vor allem vom Odenwalder Friedensforum und von der Startbahninitiative.

Weitere Termine mit besonders bekannten Vertretern der Reaktion, zu denen Aktionen vorbereitet werden sollen, sind: Am 2. September der Frankfurter OB Wallmann um 18.00 Uhr im Kurzentrum von Bad König; am 15. September CSU-Generalsekretär Stoiber um 18.00 Uhr in Höchst/Odenwald und am 24. September in der Michelstadter Odenwaldhalle um 17.00 Uhr Helmut Kohl.

Der Komplize des „Einzeltäters"

FRANKFURT. — Der erste Komplice des Oktoberfest-Mörders Gundolf Köhler, der von Bundesanwalt Rebmann als „Einzeltäter" bezeichnet wird, ist namhaft gemacht. Es war der Neonazi Stefan Wagner, der sich vor zwei Wochen in Frankfurt selbst erschoß.

Das geht aus einem Bericht hervor, den die Illustrierte „Stern" am Donnerstag vergangener Woche veröffentlichte.

Daß Gundolf Köhler kein Einzeltäter war und daß Rebmanns Behauptungen und die darauf fußende Einstellung der offiziellen Ermittlungen eine ungeheure Begünstigung der Nazi-Terroristen darstellten, das stand von Anfang an fest, das hat auch der „Roter Morgen" immer wieder nachgewiesen. Jetzt wurden einige Einzelheiten bekannt, die die Nazi-Szene weiter erhellen und ebenso die Politik der Generalbundesanwaltschaft, die Politik des Staates gegenüber den Faschisten.

Der 21jährige Stefan Wagner war kein Unbekannter. Unter anderem wußten die Behörden, daß er sich in Hoffmanns Wehrsportgruppe als besonders aktiver Kämpfer hervorgetan hatte, daß er zusammen mit Köhler Wehrsportübungen der Truppe im Schwarzwald und in der Nähe Nürnbergs mitgemacht hatte.

Im „Stern" findet man zum Teil ganz erstaunliche Aussagen. Zum Beispiel diese: „Die Fahnder waren sich darin einig, daß an dem Anschlag (auf das Oktoberfest, RM) Hintermänner aus den Hoffmann-Reihen beteiligt sein gewesen sein mußten. Neben anderen Neonazis stand auch Stefan Wagner auf der Liste der Verdächtigen." — Daß sich die Fahnder in der genannten Sache „einig" gewesen seien, das hört man aber zum allerersten Mal!

Weiter behauptet der „Stern", Rebmanns Einzeltäter-These sei „von den Experten der Bonner Terrorismus-Abteilung des Bundeskriminalamtes so nie geteilt" worden. — Das mag schon sein, wir gehen auch davon aus, daß Rebmann selbst an seine Verlautbarungen nicht geglaubt hat. Aber hat man je einen dieser Experten Rebmann widersprechen hören?

Rebmann jedenfalls gab über Stefan Wagner zu den Akten: **„Sein Alibi ist eindeutig"**. Eine kühne Behauptung. Wo doch aus dem BKA zu hören ist, es sei „unverständlich", wie der Generalbundesanwalt zu einem Wagner-Alibi gekommen sein will. Es gab nämlich keins. **Wir haben den jungen Mann aus taktischen Gründen nämlich nie persönlich gefragt, wo er am 26. September gewesen ist."**

Da hatte es der Herr Generalbundesanwalt aber sehr eilig, einem Nazi-Terroristen einen Persilschein auszustellen...

Was den Wert der angeblichen „taktischen Gründe" des BKA angeht, so zeigt er sich am besten darin, daß aus diesem Verhalten nur folgte, daß Wagner sich weiter betätigen konnte, daß er weiter Übungen von Neonazis organisierte und beinahe noch mehr Menschen umgebracht hätte, und daß er jetzt starb, ohne daß über ihn die wahre Geschichte des Münchener Massakers öffentlich erhellt worden wäre.

Wagner hatte am Tage seines Todes, dem Montag vorletzter Woche, vom Balkon seiner Wohnung im zehnten Stock des Hochhauses Strandpromenade 8 in Rodgau-Nieder-Roden mit einem Schnellfeuergewehr auf Passanten geschossen, angeblich aus Ärger über den ARD-Film „Blut und Ehre". Er flüchtete vor der Polizei über eine Nottreppe ins Penthouse des Saunabesitzers Helmut Hoffmann im Nachbarhaus, bedrohte ihn und seinen Kompagnon mit der Waffe und sagte dabei unter anderem: „Ist dir die Wehrsportgruppe Hoffmann ein Begriff? Die Polizei ist hinter mir her. Lebend bekommen die mich nicht. Wenn die mich greifen, kriege ich mindestens zehn Jahre Zuchthaus. Ich war bei der Aktion gegen das Oktoberfest in München dabei."

Wagner tat den beiden nichts, ließ die Polizei erkennen, wo er sich aufhielt, und führte sie dann noch einmal in die Irre. Als sie die Sauna stürmte, war er längst weg, auf Fluchtwegen, mit denen er bestens vertraut war, ins Freie gelangt. Man fand ihn erst drei Stunden nach dem Sturm auf die Sauna tot am Boden liegend. Er hatte sich mit seiner Schrotflinte erschossen. Er hätte auch fliehen können.

Seine genaue Kenntnis aller Fluchtwege entsprang wiederholten Häuserkampf-Übungen, die er, wie auch der „Stern" schrieb, mit „Gesinnungsgenossen" in den Hochhäusern in Nieder-Roden abgehalten hatte. Dazu gehörten Schießübungen vom Balkon aus, Fluchttraining auf Fahrstuhldächern und durch Lüftungs- und Versorsorgungsschächte. Wer und wo die genannten „Gesinnungsgenossen" sind, davon ist nicht die Rede. Wer weiß, durch welches Verbrechen sie bald von sich reden machen. Vielleicht sind sie ja auch namentlich der Polizei und dem BKA bekannt, und man läßt sie nur „aus taktischen Gründen" unbehelligt...

Rebmann wird durch derlei Enthüllungen immer mehr zur Skandalfigur. Immer klarer wird, daß dieser sogenannte Terroristenjäger die ihm zur Verfügung stehende Macht nicht zur Verfolgung, sondern zur Begünstigung faschistischer Terroristen einsetzt. Dennoch ist dies kein Skandal, der sich nur an seine Person knüpft, auch wenn seine Amtsenthebung, die von verschiedenen Seiten immer wieder gefordert wird, ein Signal, ein öffentliches Eingeständnis staatlicher Faschistenförderung wäre. Rebmanns Vorgehen entspricht der Politik der Herrschenden überall im Land, wie man an jedem einzelnen Fall nachweisen kann.

Man sollte nicht von Wagners letzten Taten reden, ohne sich seinen Entwicklungsweg vor Augen zu führen. Denn dadurch wird einmal mehr der Zusammenhang von legalen Faschistenparteien und den Terrorbanden, sowie die Rolle der Justiz deutlich.

Politisch geprägt wurde Wagner durch den Frankfurter Elektriker Emil Dilger und seiner Familie. Dilger ist stadtbekannter Aktivist der NPD und der Aktion Nationales Europa. Von Dilger ist ebenfalls bekannt, daß er ein unverbesserlicher Hitler-Anhänger ist. Er führte Wagner mit der Lektüre solcher Bücher wie „Die Auschwitz-Lüge" an sein Gedankengut heran. Seine tiefere Prägung erhielt Wagner dann, wie so viele Nazi-Mörder, bei Veranstaltungen der NPD. Über die Wiking-Jugend führte sein Weg zur Kampfgruppe Großdeutschland des Mörders Frank Schubert und damit zur VSBD. Schließlich zur Hoffmann-Truppe. Wagner wurde Mitglied im berüchtigten Sturm 7 der WSG. Diese Bande traf sich im Keller bei Dilgers. Dilger hat mit Sicherheit davon gewußt. So zeigt sich wieder, daß zwar etlichen Jugendlichen die offizielle Arbeit der NPD zu lahm ist, daß dies aber nicht zum Bruch zwischen ihnen und der legalen Nazi-Partei führen muß.

In diesem Keller stellte Wagner die Hetzschrift „Das braune Bataillon" her.

Am 17. Juni 1978 tauchte er auf einer NPD-Versammlung mit einer Sprengbombe auf.

Der WSG-Sturm 7 war nach Polizeiangaben für 43 Anschläge in eineinhalb Jahren verantwortlich, Stefan Wagner persönlich außerdem für Schmierereien wie „Juden raus", „Rotfront verrecke", „Jagt sie raus, die Judenbrut".

1979 erhielt er eine Jugendstrafe von sieben Monaten, die auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Im selben Jahr wurde er wegen Nötigung, Sachbeschädigung, verbotenen Waffen- und Uniformtragens zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt.

Aber er mußte keine dieser Strafen je antreten. Er habe sich, so der Verfassungsschutz, nach dem halbherzigen Verbot der WSG Hoffmann „ganz unauffällig" verhalten. Und die Richter setzten seine Haftstrafe noch nachträglich zur Bewährung aus...



Stefan Wagner bei der WSG Hoffmann. (Die Balken über den Augen der anderen Nazis sind nicht von uns!)

Man muß hierbei an den Spruch denken, daß die Justiz — und hier käme der Verfassungsschutz hinzu — auf dem rechten Auge blind sei. Denn außer dem Verfassungsschutz wußten in Wagners Umgebung sehr viele Menschen, daß hier ein aktiver Neonazi bung sehr viele Menschen, daß hier ein aktiver Neonazi wohnte; sein Zimmer war mit einem riesigen Hakenkreuz geschmückt, er lief mit SS-Abzeichen durch die Straßen.

Aber mit Blindheit haben wir es hier gar nicht zu tun. Sondern mit bewußtem Wegschauen und auch mit bewußten Lügen von seiten aller Staatsorgane.

Wir fordern:
Rückhaltlose Aufklärung über die Hintergründe des Oktoberfest-Attentats!
Verbot und Zerschlagung aller Nazi-Banden, Verhaftung ihrer Aktivisten!
Verbot jeder faschistischen Propaganda!
Verbot der NPD!
Verbot der faschistischen Terrorbanden!

Strauß, die Nazis und die deutsche Gerichtsbarkeit

Beweise unerwünscht

REGENSBURG. — Franz Josef Strauß hat weder mit Faschismus noch mit Faschisten irgendetwas zu tun. Wer das Gegenteil *behauptet*, macht sich strafbar. Der *Beweis* des Gegenteils spielt dabei keine Rolle.

Das ist die Kernaussage eines Urteils, das das Amtsgericht Regensburg Ende Juli in einem Strafverfahren gegen zwei junge Frauen sprach. Ihr Vergehen: Sie hatten dem CSU-Vorsitzenden im Juni vergangenen Jahres ein Spruchband entgegengehalten, auf dem zu lesen war: „Strauß deckt Faschisten".

Strauß stellte Strafantrag. Er trat in dem Verfahren auch als Nebenkläger auf, mußte allerdings nicht, wie es die Verteidigung gefordert hatte, selbst in den Zeugenstand treten. — Letzteres ist, am Rande bemerkt, auch so eine Sache, die das besondere Verhältnis des bayerischen Ministerpräsidenten zur bundesdeutschen Justiz unterstreicht. Strauß, der Anstifter so vieler politischer Verfahren — wer hat als Angeklagter schon mal das Glück gehabt, ihn selbst als Kläger auf der Bank zu sehen und dann persönlich befragen und zu Aussagen zwingen zu können? Da hat der Gute eine gewisse Scheu, und die Gerichte üben viel Nachsicht. Vielleicht hat er ja das unrühmliche Beispiel eines anderen Ministerpräsidenten vor Augen, der sich vor fast 50 Jahren einmal in einem großen Prozeß als Ankläger versucht hat, und mit dem er — wenn nichts anderes — so doch heute in etwa die Statur und damals zum Beispiel das Parteibuch gemeinsam hat bzw. hatte... — Aber zurück zum Thema.

Was man behauptet, muß man beweisen können. Nichts leichter als das, werden sich die Angeklagten gesagt haben, und stellten verschiedene Beweisanträge.

Nach einer dreimonatigen Verfahrenspause wurden sie sämtlich verworfen. Ihr Gegenstand: Der Nachweis der „politischen und geistigen Nähe" des Möchtegern-Kanzlers zum ehemaligen Obristenregime in Griechenland, der chilenischen faschistischen Militärregierung und faschistischen Gruppierungen in der Türkei und Spanien. Das Gericht weigerte sich darüber hinaus, die Rolle von Strauß bei der Behandlung terroristischer Neonazis in Bayern zu untersuchen, zum Beispiel der Hoffmann-Bande.

Dieses Vorgehen, mit dem der normale Anspruch eines Strafverfahrens ad absurdum geführt wurde — denn wenn man eine Aussage, die einen vor Gericht gebracht hat, nicht beweisen darf, ist man von vornherein verurteilt —, wurde auf folgende abenteuerliche Weise gerechtfertigt:

Die Aussage „Strauß deckt Faschisten", so befand der Richter, sei eine „reine Schmähung" und *„einem Beweis nicht zugänglich"*. Punktum.

Der Begriff „Faschismus" — und mit diesen Ausführungen folgte der Richter den Darstellungen des Staatsanwalts — stelle sich als „in der Geschichte noch nicht eindeutig definiert" dar, und das Wort „Faschist" habe „in der Nachkriegszeit zunehmend den Charakter einer politischen Beleidigung" erhalten. Ja was denn — möchten dieser Richter und dieser Staatsanwalt lieber, dieses Wort würde in der westdeutschen Öffentlichkeit als eine Art Schmeichelei angesehen?

Strauß selber darf im übrigen seine politischen Gegner mit allen möglichen Schimpfworten bedenken, ohne daß ihm ein Staatsanwalt oder ein Gericht den Antritt eines Beweises zumuten oder ihn gar verurteilen würde. Und er darf auch, wie neulich bei den Grünen geschehen, andere ungestraft „in die Nähe des Nationalsozialismus rücken", wie es im Juristendeutsch so schön heißt.

Strauß darf also, wenn man dem Regensburger Urteil folgt, Faschisten in Gestalt ausländischer Regierungschefs umarmen, faschistische Putschisten aufwerten und inländische faschistische Mörderbanden verharmlosen, soviel er will. Tatsachen spielen keine Rolle. Nicht er muß durch sein Verhalten beweisen, ein integrer Staatsmann zu sein, wie sich das vielleicht Klein-Fritzchen in einer „Demokratie" so vorstellt. Im Gegenteil. Wer Straußens Politik beim Namen nennt, begeht eine „einem Beweis nicht zugängliche" Beleidigung und wird bestraft. — Sagte doch einer: „Strauß deckt Faschisten, die Jusitz deckt Strauß, also deckt die Justiz auch...". Was, Herr Staatsanwalt, hätten wir zu erwarten, wenn wir diese Auffassung teilten?

Von Bayerns Innenminister Tandler öffentlich gerechtfertigt:

Verfassungsschutz wirbt Betriebsräte als Spitzel an

München. — Der Verfassungsschutz setzt seine Bemühungen fort, detaillierte Berichte über die politische Stimmungslage und politische Aktivitäten in den Betrieben zu sammeln. Bevorzugtes Objekt seiner arbeiterfeindlichen Tätigkeit sind nach wie vor die Betriebsräte. Um hier immer auf dem laufenden zu sein, um dafür sorgen zu können, daß gegen klassenkämpferische Arbeitervertreter Maßnahmen zur Maßregelung getroffen werden können, versuchen die Spitzelwerber dieser Behörde weiterhin, einzelne Betriebsratsmitglieder zu kaufen, sie als Informanten, als Denunzianten in den Dienst des Kapitalistenstaates zu nehmen.

In Bayern geschieht das mit unverhohlener, offen bekundeter Zustimmung der Regierung.

Bei der Vorlage des jüngsten Verfassungsschutzberichtes für das CSU-regierte Bundesland erklärte Innenminister Gerold Tandler auf eine entsprechende Frage, er halte die Anwerbung von Betriebsräten für seinen staatlichen Geheimdienst für legitim. Ohne Informationen, die man sich beschaffe, könne man schließlich keinen Verfassungsschutz betreiben.

Aus der bayerischen SPD-Spitze kamen heftige Proteste. Proteste und weitergehende Maßnahmen sind mehr als notwendig, und jeder ist aufgefordert, sich in dieser Hinsicht zu engagieren. In diesem Zusammenhang muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die fortgesetzte Ausforschung von Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit durch den Staatsschutz kein Problem ist, daß es allein in Bayern oder sonst nur noch in den CDU-regierten Bundesländern gäbe. Wie der Skandal um die mißglückte Anwerbung des DKP-Betriebsrates Peter Jasczyk in Bochum beweist, der vor einigen Monaten anläßlich des Prozesses gegen ihn (nicht etwa gegen den Spitzelwerber) durch die Presse ging, ist diese Praxis auch in SPD-regierten Ländern üblich. Im übrigen konterte Tandler die SPD-Kritik mit dem Hinweis auf die bemerkenswerte Tatsache, daß sich auf der letzten Innenministerkonferenz die Vertreter aller Bundesländer zusammen mit dem Bundesinnenminister, dem „liberalen" Herrn Baum, „völlig einig gewesen" seien, daß auf die „Beobachtung verfassungsfeindlicher Betriebsratsarbeit nicht verzichtet werden" könne. Und zur Sammlung von Erkenntnissen über derartige Bestrebungen seien eben auch nachrichtendienstliche Mittel und damit das Anwerben sogenannter V-Leute gesetzlich geboten.

+++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++ Leserbriefe +++

Rote Hilfe

Liebe Genossen!
Eine Anmerkung zum Artikel über die 4. Bundesdelegiertenkonferenz der RHD:

Hoffentlich brachte der abgedruckte Kommentar von A.E. zur Notwendigkeit der RHD einige Leser und zumindest alle Genossen zum Nachdenken. Schon die Tatsache, daß lediglich 13(!) RDH-Gruppen Delegierte entsandten, müßte stutzig machen. Vor drei, vier Jahren noch gab es überall mehr oder weniger aktive RH-Gruppen, in denen unsere Genossen initiierend und tatkräftig mitwirkten.

Aber dann liefen ständig, wie man so schön sagt, neue Sauen über den Marktplatz, denen man Aufmerksamkeit schenkte (was natürlich auch richtig ist). Nur hatte das offensichtlich zur Folge, daß man eine wichtige Sache in der politischen Arbeit, den Gedanken der organisierten Solidarität, nicht nur beiseite schob, sondern in einigen Fällen wohl auch vergaß, oft aus Zeitmangel.

Nun, die Bourgeoisie in der BRD und die in ihrem Interesse handelnde Justiz vergaßen nicht, noch nicht einmal aus Zeitmangel, all diejenigen zu verfolgen, die mit den herrschenden Zuständen hier im Lande nicht zufrieden sind. Seien es nun Antifaschisten, Antimilitaristen, seien es Hausbesetzer oder „nur" Umweltschützer. Selbst wenn diese Leute nur angetreten sind, an dem verrotteten Thron der Bourgeoisie einige offensichtlich morsche Stellen auszuwechseln, so daß nach einigem Wackeln der Stuhl wieder hält, werden sie verfolgt!

Da ist die RHD notwendig, nicht nur als Organisation, auch als Gedanke. Denn Rote Hilfe läßt sich nicht beschränken auf die Formel „Solidarität der Arbeiter mit verfolgten Arbeitern" oder „Solidarität der AKW-Gegner mit verfolgten AKW-Gegnern". Rote Hilfe, das heißt für mich Solidarität der werktätigen Massen, der breiten Mehrheit des Volkes mit allen, die von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt werden, weil sie für die Interessen eben dieser Mehrheit eingetreten sind. Gerade wir als Kommunisten, als bewußtester Teil der Bevölkerung, als Vorhut des Proletariats, dürfen den Gedanken der Roten Hilfe nicht vergessen!

Und haben wir wirklich keine Zeit, mit Freunden und Kollegen, die wir öfter treffen, mit denen wir auch diskutieren, auch mal über die Rote Hilfe zu reden, über deren Notwendigkeit? Haben wir wirklich keine Gelegenheit, auf Veranstaltungen mal RH-Zeitungen auszulegen oder mal eine Sammelbüchse herumzureichen (einen aktuellen Fall, für den gesammelt werden kann, gibt es immer, man braucht nur in die RH-Zeitung zu schauen)?

Es ist schon so: Die RHD kann nicht aus sich selbst heraus bestehen. Genauso, wie sie ihre Existenz der bürgerlichen Klassenjustiz verdankt (sonst wäre sie ja überflüssig) ist sie auch darauf angewiesen, ihren Zweck erfüllen zu können, nämlich Hilfsorganisation für all jene zu sein, die verfolgt werden, „...weil sie sich im antifaschistischen, demokratischen oder gewerkschaftlichen Kampf einsetzen oder weil sie gegen die Kriegsgefahr kämpfen" (Satzung, § 2). Dazu muß die RHD allerdings bekanntgemacht werden, dazu muß auch der Gedanke und die Notwendigkeit einer bundesweiten Solidaritätsorganisation mit politisch Verfolgten bekanntgemacht werden!

Nicht zuletzt wir als Kommunisten sind am meisten betroffen, wenn die Bourgeoisie zur Hatz bläst, zur „Kommunistenhatz"! Man braucht bloß an die RM-Prozesse zu denken, die seit Bestehen dieser Zeitung gelaufen sind. Wäre es da nicht an der Zeit, daß wir uns alle ein paar Gedanken machen, wie wir mit dazu beitragen können, die RHD aus ihrem derzeitigen „Dornröschenschlaf" wachzuküssen??

Rote Grüße
Ein Leser aus Oldenburg

PS: Eine Möglichkeit wäre, daß der RM in seinen Berichten über politische Verfolgung öfter auf die Existenz und Notwendigkeit der RHD hinweist.

Überrascht?

Hallo Freunde,
ich habe vor einiger Zeit von euch Infos unter anderem auch ein paar Probeexemplare des „Roten Morgens" bekommen. Recht herzlichen Dank!

Ich war eigentlich der Ansicht, die KPD Westdeutschlands wäre der UdSSR positiv und kritiklos — einige würden auch sagen ein sowjetabhängiges Organ — eingestellt. Doch wie ich auf euren Materialien erfahren habe, wird der Osten ebenso wie der Westen kritisiert. Ich bin erst 15 Jahre und komme (bin) in einem sehr sozialistischen Elternhaus aufgewachsen und wir diskutieren viel über Politik, und auch über die UdSSR.

Nun, ich „erforsche" gerade die Geschichte der UdSSR und ich meine, es spielen sehr, sehr viele Fakten und Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle, die die heutige Sowjetunion gerade dazu zwingen, diese Politik zu betreiben. Sicher, einiges ist sicher bedenklich, aber ich bin und werde in meinen Äußerungen vorsichtiger, denn ich kenne einige bis sehr viele, die nach dem „Bildzeitungsstil" ihre Meinung kundtun. Dennoch finde ich es gut, wenn ihr die UdSSR nicht nur aus dem posititen Blickwinkel seht.

Ich möchte aus Eurem Verlagskatalog noch einiges bestellen — siehe beiliegend.

Viele herzliche Grüße
Ein Leser aus Bad Liebenzell

Bitte doch: Berufssport

Liebe Genossen,
im „Roten Morgen" Nr. 30/82 steht der Leserbrief „Berufssport — Nein, Danke!", in dem es heißt, zu dieser Frage könne man auch in einer kommunistischen Partei unterschiedlicher Meinung sein. Kann man nicht nur, ist man sogar — ich zumindest.

Um es kurz zu machen, der Leserbrief gegen den Berufssport schneidet ja unheimlich viele Fragen an, nur einige wenige Anmerkungen.

Erstens will ich keine der geschilderten negativen Erscheinungen verteidigen, vom Starrummel, dem Brutalospiel bis zu den perversen Erscheinungen der „Züchtung" von Spitzensportlern, der Rolle als „Ablenkungsfaktor" von gesellschaftlichen Problemen sehe ich die Probleme genauso. Nur — und hier mache ich den Unterschied — liegt das alles meiner Meinung nach doch nicht an der Tatsache, daß es **Berufssport** gibt, sondern daran, wozu, wofür der ausgeübt wird. Für Geld — ganz klar. Hier liegt doch der Hase im Pfeffer. Wenn Fußball z.B. nicht um des Mannschaftsspiels willen, als technisch hochstehendes Kampfspiel mit intelligenten Spielzügen und originellen Angriffsvarianten geführt wird, sondern nur um mit einem Sieg, einem Unentschieden, oder gar einer Niederlage möglichst viele Mäuse zu machen — dann kommt es zu den auch mich ankotzenden Erscheinungen. Aber doch nicht, weil die Spieler diese Tätigkeit 8 Stunden, oder wie lange auch immer, täglich ausüben. Glaube doch keiner, eine noch so sozialistische Amateurmannschaft könnte je ein so begeisterndes Spiel zeigen, wie es oft die Brasilianer tun! Deren manchmal absolut brillantes Spiel ist das Produkt harter, jahrelanger Arbeit (plus Begabung, o.k.).

Und ich glaube auch, daß die Spitze im Sport noch lange Zeit eine positive Auswirkung für einen wirklichen Breitensport haben wird. Weiterhin meine ich — ohne der kapitalistischen Rekorsucht oder besser der Sensationsgier das Wort reden zu wollen — daß das Streben nach besseren, höheren Leistungen im Sozialismus nicht nur für die Produktion und Wissenschaft gilt, sondern natürlich auch für den Sport. Die Grenzen nach vorn zu verlegen, muß doch nicht zwangsläufig die Folgen des kapitalistischen „Leistungsterrors" erzeugen!

Aber dazu braucht es eben Ausbildung, Trainingsmöglichkeiten, dauernde Übung und Schulung, Wettbewerbe und möglichst optimale Bedingungen für diejenigen, die das Talent dazu haben, und es natürlich auch aus freiem Willen, der Sache wegen, und nicht des Geldes wegen tun.

Darum hat mich auch die pauschale Ablehnung einer „Leistungsklasse" wie der Bundesliga geärgert. Gut, so eine Bundesliga, mit ihrem Antifußball und Skandalen will doch wirklich keiner. Aber der Autor macht es sich da doch etwas einfach. Mit der gleichen Argumentation schaue ich mir die „besten" deutschen Theater an, den Schwachsinn und Schund, den sie bieten (natürlich auch nicht alle, aber mal so pauschalisiert) und argumentiere gegen Berufsschauspieler. In der Musikbranche geht es ähnlich. Aber im Sozialismus nur noch Feierabendmusiker? Nach einem Gang über die Buchmesse stelle ich fest, daß dort zu 90 Prozent Schund zusammengeschrieben angeboten wird. Komme ich zu dem Schluß, so ein Spezialistentum für Schwachsinn brauche ich im Sozialismus nicht — Berufsschriftsteller wird's nicht geben? Doch bestimmt nicht!

Sicherlich sind die letzten Vergleiche etwas weit hergeholt, aber ich denke, sie regen doch an, über das Problem nochmal genauer nachzudenken. Wenn man Zeit dafür hat. Es geht mir ja auch nur um eine (herrliche) Nebensache.

Rot Front
Ein Genosse aus Bochum





Genossen aus Baden-Württemberg sandten uns von der Blokkadeaktion des Atomwaffendepots in Großengstingen bei Reutlingen verschiedene Materialien. Nicht nur den Film, aus dem auch diese Bilder stammen, sondern auch ein ausführliches Gespräch mit zwei Aktivisten bei der Aktion. Das Gespräch, das deshalb politisch recht interessant ist, weil es die Ansichten von Blockadeteilnehmern wiedergibt, die für viele Aktive in der Friedensbewegung, die nicht direkt Parteien zugehören, bezeichnend sein können, werden wir in einem der nächsten „Roten Morgen" abdrucken.

Streikinformation erbeten

Liebe Genossen,
im „Roten Morgen" Nummer 31/82 geht ihr kurz in dem Artikel „Schwere Niederlage für die britische Gewerkschaftsbewegung" auf Seite 11 auf den Streik des Krankenhauspersonals ein.

Ich möchte euch bitten, mir zu möglichst genauen Informationen über diesen Streik zu verhelfen und/oder mir eine Kontaktadresse zu nennen, bei der ich Unterlagen über die Kampfmaßnahmen in englischen Krankenhäusern erhalten kann.

(Ich hatte schon mal um Information über die Streiks im englischen und italienischen Gesundheitswesen gebeten, ohne daß ihr geantwortet hättet und hoffe, dieses Mal mehr Erfolg zu haben. Es ist wichtig!)

Freundliche Grüße
Ein Leser aus Berlin

Schulalltag

Eine neue Form des Kampfes, um die deutsche Jugend zu unpolitischen, passiven, konsumierenden Wesen dieser Gesellschaft zu erziehen, ist seit einigen Jahren verstärkt an bundesdeutschen Gymnasien zu beobachten. Man geht einfach hin, und dreht den Geschichtsunterricht, bzw. den Politikunterricht auf Sparflamme zurück, mit dem Ergebnis, daß die wenige Zeit, die diesen Fächern schließlich noch zur Verfügung steht, immer mehr die wahre Geschichte verdreht, daß sie lückenlos in das Denkschema der Verantwortlichen paßt.

So wurde durch diese bewußte Geschichtsfälschung den Jugendlichen immer mehr ein Geschichtsbild vermittelt, das sich für die offizielle politische Linie eignet, das einerseits die Jugendlichen ohne reales Wissen ausgestattet sind, folglich sind sie kaum noch in der Lage, Zusammenhänge zu durchschauen, bzw. sie sind unfähig zur Kritik, andererseits wird dadurch ein Feindbild gegenüber allen sogenannten antidemokratischen Kräften aufgebaut, welches zur Folge hat, daß man das bestehende System langsam als den Stein der Weisen anzusehen beginnt. Schleichende Infiltration en gros!!!

Um nur einige Beispiele der Geschichtsfälschung zu nennen: Die Darstellung der Stalinära, der 17. Juni, das Problem der Republikflucht, die Darstellung der Französischen Revolution, die angeblich menschenfeindliche Idee des Kommunismus, die Unmenschlichkeit seiner Regime, die Liste läßt sich beliebig fortsetzen. Daher: Wer in den Schulen zu der heutigen Geschichtsfälschung schweigt, macht sich mitschuldig an der Zukunft!

Ein Leser aus Nettetal

Veranstaltungskalender

Stuttgart

25. August: KPD-Veranstaltung zum Thema AEG 19.30 Uhr, Bücherstube Ost, Haußmannstr.107

1. September: Demonstration des DGB zum Antikriegstag Treffpunkt 17.30 Uhr Liederhalle

6. September: KPD-Veranstaltung „Geschichte der Friedensbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg" 19.30 Uhr, Bücherstube Ost, Haußmannstr. 107

Heilbronn

7. September: KPD-Veranstaltung „Geschichte der Friedensbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg" 19.30 Uhr, Thälmann-Keller, Holzstr. 12

Bremen

21. August: Veranstaltung der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft (DAFG) 15.30 Uhr bis 20.00 Uhr, Bürgerhaus Oslebshausen, Am Nonnenweg 40
Es wird der albanische Spielfilm „Auge in Auge" gezeigt. Außerdem im Programm: Albanische Lieder

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

* * *

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**



RM-Erzählwettbewerb

Ein typisch deutscher Arbeitsplatz

Es ist morgens 6.00 Uhr. Das Auto ist beladen, die Fahrt geht los. Ein Stück Autobahn, dann Landstraße, es ist ein grauer Novembermorgen, es ist kalt. Im Auto wird nicht viel geredet, die Gedanken sind bei dem Arbeitseinsatz, der da jetzt bald kommt. Ein merkwürdiges Gefühl beschleicht einen. Seit ich weiß, wo mein nächster Arbeitsplatz für die nächsten Tage und Vergleich mit der Grenze zur DDR ohne weiteres stand. Nur mit dem Unterschied, wir sind nicht an der DDR-Grenze, die ja von vielen unserer Herren als unmenschlich bezeichnet wird, sondern wir sind mitten in der BRD, und dieser Zaun wurde von diesen Politikern genehmigt und finanziert. Es gibt hier auch keine Todesschußanlagen, oder Minengürtel. Dafür gibt es rollenweise NATO-Draht, einen tiefen Graben, der jetzt im Winter beheizt wird, damit er nicht zufriert, und festinstallierte Wasserwerferkanonen, patroullierende Wachleute mit scharfen Hunden usw. Wenn man die DDR-Grenze kennt und man Filme gesehen hat über KZs, miterlebt habe ich die Zeit nicht, dann kommt dies hier einem nicht sehr unbekannt vor.

Wir sind aber nicht an der Seite des Zauns, und davon hat man einmal die große Schlacht von Brokdorf, am 13.11. 76 mitgemacht, und nun? Nun hat man den Auftrag, hier zu arbeiten. Aber ich weiß, wenn ich nicht diese Arbeit machen, verhindere ich dieses AKW nicht. Viele müßten verweigern, den Kampf gegen AKWs entscheiden keine einzelnen, sondern die Masse! Ich vergleiche es mit meinen Kollegen und Genossen, die in Rüstungsbetrieben arbeiten. Auch hier entscheidet der Massenkampf gegen Rüstung, Militarisierung und Krieg und nicht die individuelle Kündigung einzelner. Trotzdem empfindet man Brokdorf als etwas besonderes. In anderen Betrieben gibt's auch fast keine Demokratie, aber hier?

Am Tor überall Aufkleber, „Atomstrom ja", „für AKWs"

Wochen sein wird, bin ich unruhig und voller Widersprüche.

Die Landschaft ist inzwischen flach geworden, flach und wie ich finde, noch grauer. Dies liegt aber wohl an meiner widerstrebenden Haltung dem Ziel gegenüber.

Noch ein, zwei Abbiegungen, dann sieht man meinen Einsatzort schon. Stacheldraht, Leuchtmasten, Wassergräben, es sieht gespenstisch aus, ablehnend und kalt.

Wir, ein Kollege und ich, fahren auf den Eingang zu. Ein Posten mit Kelle und Schutzhelm, so, wie man ihn auf der Werft oder auf dem Bau trägt, hält uns an. „Wohin", fragt er. Ich sage es ihm. Er weist uns die Richtung, wir fahren in das Tor hinein, stehen aber unvermittelt vor einem zweiten Tor. Der Beifahrer muß aussteigen, am Tor vorbei, in eine Art Wachbaracke gehen.

Ich muß mit dem Wagen jetzt durch das zweite Tor. Dies DDR-Grenze und auch in keinem KZ, wir schreiben nicht die Jahre '33 bis '45, sondern 1981 und wir sind in Brokdorf, auf dem Bauplatz für ein Atomkraftwerk.

Irgendwie kommt einem alles merkwürdig vor!

Ein riesiges Loch, wo der Reaktor entstehen soll. Am Fundament wird schon gearbeitet. (Heute wird schon an der Reaktorhülle gearbeitet.) Kollonnen von polnischen Kollegen sind als Stahlflechter dabei, Moniereisen zu verarbeiten. Sie sind extra aus Polen eingeflogen worden. Ein Land, was wir ja von der DKP wissen, „sozialistisch" und den Kampf gegen KKWs bei uns unterstützt. Welch ein Hohn!

Ansonsten hat man den Eindruck, daß an nichts gespart wird. Jeder Bauarbeiter hätte seine Freude daran, wenn er die neuen Krähne, Werkzeuge, Fahrzeuge und Betonherstellungsanlagen sehen könnte.

usw. Einmal tauchten Kollegen von der Post auf, und sie sollten hier arbeiten. Sie trugen Anti-AKW-Plaketten. Was passiert? Man ließ sie einfach nicht rein.

Selbst Kündigungen aus dem Bürobereich kamen uns zu Ohren, wo der Spitzelapparat herausbekommen hatte, daß von einer Tipse ein Familienmitglied aktiver AKWler war. Sie war also ein „Sicherheitsrisiko". Gefeuert!

Selbst die Verflechtung Staat/Kapital wird in den meisten Betrieben nicht so deutlich, wie hier. Bei irgendwelchen Gefahrenanzeichen für sie, treffen sofort Einheiten der Polizei ein und übernehmen den „Schutz". Tauchen tatsächlich einmal Demonstranten am Zaun auf, wird sofort panikartig alles dichtgemacht. Die riesige Verteidigungsmaschinerie wird in Gang gesetzt. Kein Kollege, ob Feierabend oder nicht, darf mehr raus. Verpflegung ist für mehrere Tage gelagert und bezahlt bekommt er auch. Geld spielt keine Rolle. Alles in trauter Zusammenarbeit, Atomlobby/Regierung!



Eine unheimliche Baustelle. Hier entsteht der Atomreaktor

wird gleich wieder hinter mir geschlossen. Ich stehe in einer Schleuse zwischen zwei Toren, beide dicht.

Auch ich muß raus, Ausweis abgeben, Autonummer, woher, wohin, Baufirma usw. Ich bekomme für mich und den Wagen Passierscheine. Man klärt mich auf, wenn ich wieder raus will mit dem Wagen, muß ich ca. sieben Unterschriften vorweisen.

Ich rege mich auf und frage, was das soll. Der Wachmann zuckt die Schultern, und sagt nur, dies käme nicht von ihm, sondern es sei Vorschrift.

Typisch deutsch, denke ich, Tore, Stacheldraht, Wachmänner, Kameras am Tor und viel, viel Papier.

Ich steige wieder ins Auto und fahre nun endlich durchs dritte Tor. Da kommt auch mein Kollege. Er schimpft auch und wundert sich nur. Nun sind wir „drin". Auch hier kein schönes Bild. Wir fahren auf einer Straße, die am Zaun entlanggeht. Dieser Zaun hält einem

Die Lobby spart nicht und läßt sich ihre KKWs etwas kosten. Wobei jeder weiß, wieviel wir im Endeffekt von unseren Steuern oder später an teuren Stromkosten zahlen müssen. Gerade durch die Debatte im Hamburger Senat um Brokdorf wurde klar, wer die Kosten trägt.

Daß das ganze Projekt umstritten ist und von breiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt wird, merkt man auch auf dem Bauplatz. Oft kommen die Gespräche auf AKWs, Atommüll, verseuchte Elbe usw.

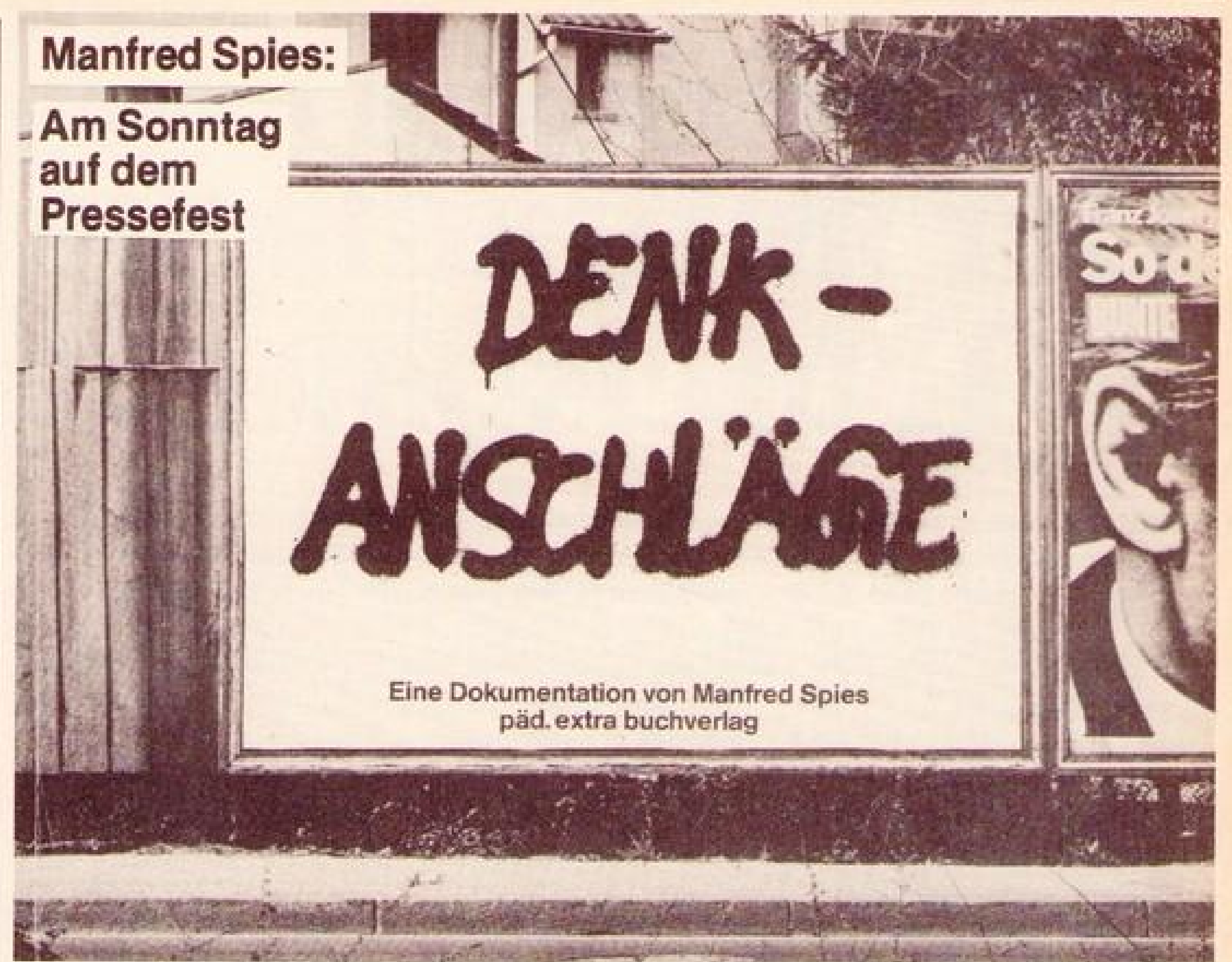
Viele sehen einen Arbeitsplatz, andere sind gleichgültig, wieder andere verbittert und glauben nicht mehr daran, daß die AKWs verhindert werden. Auch wird man von den Kollegen gefragt, wenn du dagegen bist, warum kommst du hierher. Leider fällt einem die Antwort nicht leicht. Sie haben ja recht, denkt man manchmal. Dieser ganze Scheiß!

Dreimal war man schon vorher da, aber auf der anderen

Trotz alledem meine ich, muß man konsequent den Kampf gegen diese Gefahr für Leben und Gesundheit durch die AKWs führen. Ich finde es richtig, wenn man sagt, der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden, auch wenn man jetzt schon eine Menge Beton wegräumen muß. Die Angst sitzt den Betreibern in den Knochen. Das sieht man an ihren Mauern, die sie bauen, und das ist gut so. Wir dürfen ihnen niemals das Gefühl geben, daß sie sicher sind, denn das würde bedeuten, daß wir den Kampf gegen AKWs aufgegeben hätten.

Mein Job ist in Brokdorf zu Ende. Ich war nur noch ein-, zweimal da. Nichts hat sich verändert. Mauern, Stacheldraht, Wachposten, Wasserwerferkanonen, Hubschrauberlandeplatz usw. Ein typisch deutscher Arbeitsplatz? Nein Danke!

Manfred Spies: Am Sonntag auf dem Pressefest





Seit 1976 verübt Manfred Spies, Grafiker aus Düsseldorf „Denk-Anschläge".



Am 26.9. auch auf dem Gelände des RM-Pressefestes in Dortmund. Zwei großflächige Reklametafeln stehen bereit, Manfred Spies wird hier zwei Arbeiten zum Thema Ausländerfeindlichkeit realisieren.



Was genau auf den Tafeln entstehen wird, verraten wir noch nicht, der Künstler arbeitet auch noch daran, ganz bestimmt wird es aber zur Diskussion anregen, Gesprächsstoff geben, Irritationen auslösen, mit dazu beitragen, die Ausländerfeindlichkeit genauer kennen- und bekämpfen zu lernen.



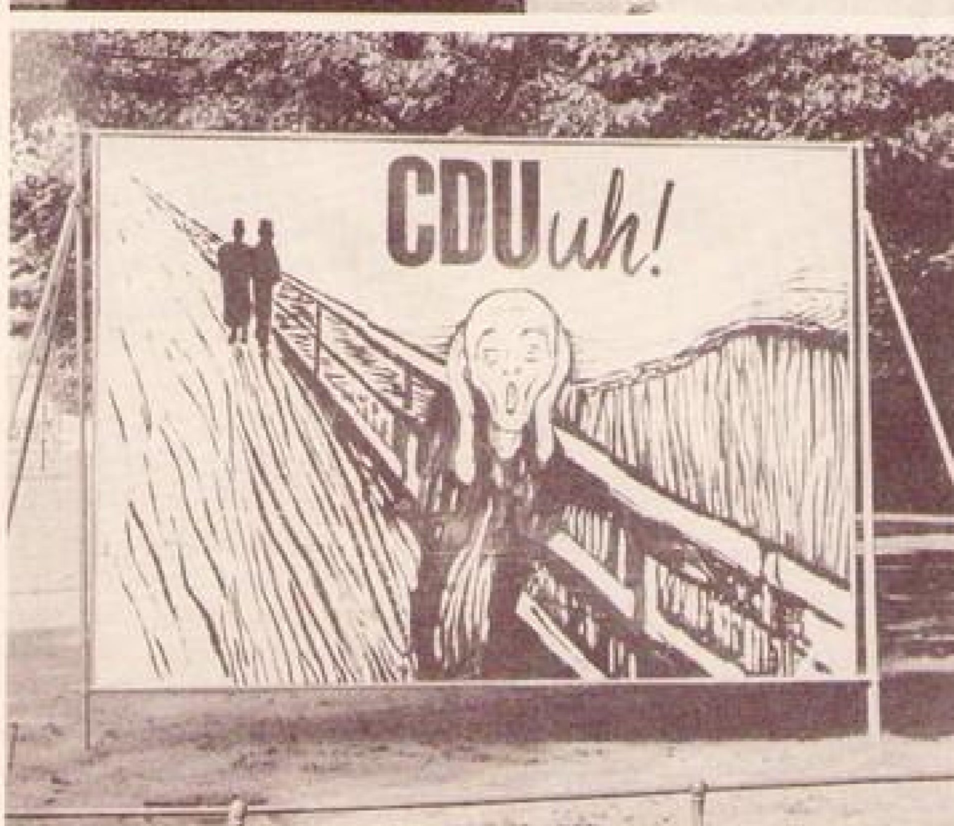
Neben der direkten Aktion, bei der Manfred Spies alle Äußerungen, Kommentare, Meinungen zu seinen „Anschlägen" aufzeichnen will, bereiten wir auch eine Ausstellung mit seinen bisherigen, schon sehr bekannten Arbeiten vor.



Die nebenstehenden Bilder aus seiner Dokumentation „Denk-Anschläge" sind sicher vielen Lesern bekannt; den kritischen, demokratischen Künstler mit seiner manchmal provokativen, immer fortschrittlichen Arbeit kann man auf dem Pressefest selbst kennenlernen.











Über die Zusammenarbeit der Zionisten mit dem Hitler-Faschismus

Der antijüdische Teufelspakt

Im ersten Teil unseres Artikels hatten wir beschrieben, wie sich unmittelbar nach Hitlers Machtantritt eine Zusammenarbeit zwischen den zionistischen Organisationen und dem Nazi-Regime entwickelte. Die Zionisten sahen in dem nun staatlich organisierten Antisemitismus in Deutschland nur eine willkommene Gelegenheit, ihre eigenen politischen Ziele zu verwirklichen: die massenhafte Ansiedlung von Juden in Palästina und die Gründung eines eigenen Staates. Dafür waren sie bereit, den Teufelspakt mit den Nazis zu schließen und selbst Spionagedienste für die SS zu leisten.



Begin (vorne) als Kommandeur der Terrorbande Irgun

Eine gescheiterte Rettungsaktion

Kann man dieses schmutzige, verräterische Spiel der Zionisten damit rechtfertigen, daß sie durch ihre hier beschriebene Kollaboration mit den deutschen Faschisten zumindest einen geringen Teil der jüdischen Bevölkerung durch Emigration nach Palästina aus dem Würgegriff der Nazi-Henker retteten? Die geschichtlichen Tatsachen schließen eine solche Rechtfertigung aus. Sie zeigen, daß es den Zionisten nie darum ging, wirkliche Rettungsaktionen in Gang zu setzen oder auch nur zu unterstützen, sondern stets nur darum, „Menschenmaterial" für ihre Pläne einer Staatsgründung in Palästina zu bekommen. Das soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Im Juli 1938 fand in der Schweizer Stadt Evian eine auf Anregung des US-Präsidenten Roosevelt einberufene Weltflüchtlingskonferenz statt, die sich mit der Auswanderung von Juden aus Deutschland beschäftigte (zu dieser Zeit war eine jüdische Emigration aus dem Terrorstaat der Nazis noch möglich). Die Konferenz von Evian scheiterte jedoch daran, daß keiner der dort vertretenen kapitalistischen Staaten — einschließlich der USA selbst — bereit war, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen. Und diese schmähliche Weigerung löste nun keinesfalls Proteste der zionistischen Führer aus. Im Gegenteil, diese Leute gaben den westlichen Regierungen auch noch offene Schützenhilfe, indem sie jede Auswanderung der tödlich bedrohten deutschen Juden in ein anderes Land als Palästina ablehnten. Selbst der prozionistisch eingestellte britische Historiker Christopher Sykes bemerkt in seinem Buch „Kreuzwege nach Israel" über die Evian-Konferenz: „Von Anfang an betrachteten sie (die zionistischen Führer — RM) das ganze Unternehmen sogar mit gleichgültiger Feindseligkeit... Die Wahrheit ist, daß das, was in Evian angestrebt wurde, der Idee des Zionismus in keiner Weise entsprach."



Im antifaschistischen Krieg eröffnete Begins Irgun ihre eigene Front — gegen die in Palästina stationierten britischen Truppen. Das Foto zeigt einen von der Irgun ermordeten britischen Soldaten, der zur Abschreckung aufgeknüpft wurde.

„Seid ihr nicht schuldig?"

Das zweite Beispiel berührt die Fragen, die Rabbi Dov Michael Weissmandel, der Führer der slowakischen Juden, 1944 in einem Brief an die zionistischen Führer aufwarf. Zu dieser Zeit lief die zum Holocaust an den Juden eingesetzte furchtbare Vernichtungsmaschinerie der Faschisten längst auf Hochtouren. Weissmandel entwickelte in seinem Brief eine Reihe von präzisen Vorschlägen, wie diesem millionenfachen Massaker begegnet werden müßte, um die Vernichtugnsmaschinerie wenigstens zu bremsen: Bombardierung der Todesfabriken und der zu ihnen führenden Bahngleise, Einsatz von Sabotagetrupps gegen die Vernichtungslager usw. Zur Durchführung dieser Maßnahmen sollte die zionistische Organisation Druck auf die Alliierten ausüben, notfalls auch jüdische Freiwillige selbst mit den Kampfaktionen beauftragen (unter allen jüdischen Organisationen waren die Zionisten die einzigen, die sowohl die finanziellen wie auch die militärischen Mittel dazu hatten). Im Zusammenhang mit seinen Forderungen schreibt Weissmandel: „Warum ist das bislang nicht geschehen? Warum geschieht es nicht jetzt? Wer ist Schuld an dieser schrecklichen Nachlässigkeit? Seid Ihr nicht schuldig, jüdische Brüder: Ihr, die Ihr das größte Glück in der Weltfreiheit habt?"

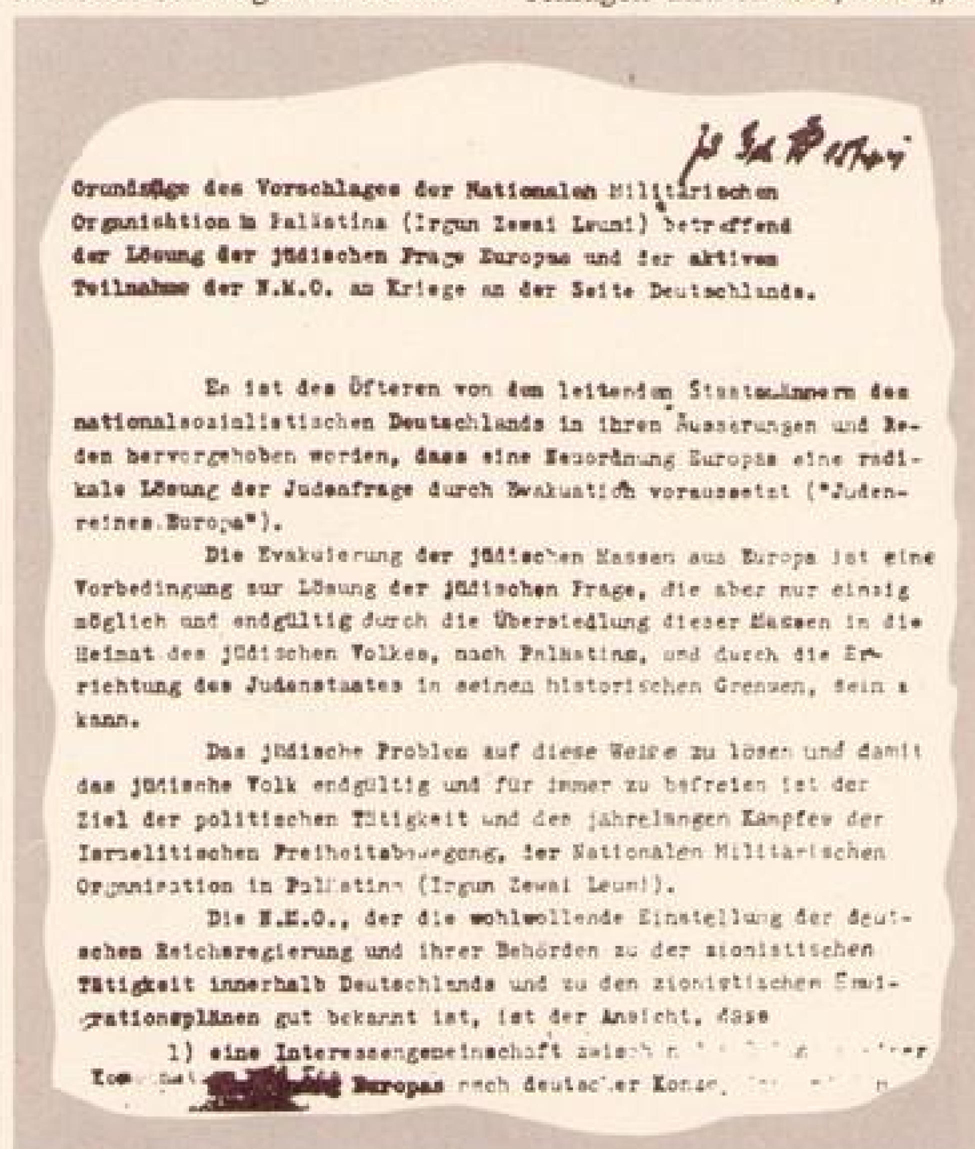
Solche Fragen wurden nicht nur von dem slowakischen Rabbi gestellt und sie verstummten auch nicht, nachdem die faschistische Bestie niedergerungen war. Die zionistischen Führer, die dann an die Spitze des Staates Israel traten, schwiegen sich jahrelang aus. Erst während des Eichmann-Prozesses tauchten plötzlich Dokumente auf, mit denen bewiesen werden sollte, daß die Zionisten die britische Regierung um die Bombardierung von Auschwitz ersucht hätten. Auch dieses Manöver konnte jedoch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sich die zionistischen Führer in schier unglaublicher Weise passiv gegenüber dem Völkermord an den Juden Europas verhielten. Bei einem Symposium in Tel Aviv bestätigte das 1966 sogar der israelische Parlamentsabgeordnete Chaim Landau: „Es ist eine Tatsache, daß die Jewish Agency 1942 von der Ausrottung wußte. Wenn man auch über das Tempo nichts wußte, die Tatsache der Ausrottung selbst war der Führung der Agency und jüdischen Kreisen in den USA bekannt, und die Wahrheit ist, daß sie nicht nur Schweigen darüber bewahrten, sondern auch jene, die davon wußten, zum Schweigen brachten."

Kriegsteilnahme an der Seite Hitlers

In welchem Maße selbst zu der Zeit, wo der faschistische Holocaust schon begonnen hatte, zionistische Führer immer noch zu einer Kollaboration mit den Nazis bereit waren, zeigt ein Bericht des Marineattachés der deutschen Botschaft in Ankara vom 11. Januar 1941. Darin ist ein Vorschlag der Nationalen Militärischen Organisation (NMO) in Palästina (Irgun Zewai Leumi) „betreffend die Lösung der jüdischen Frage Europas und der aktiven Teilnahme der NMO am Kriege an der Seite Deutschlands" enthalten.

Die Irgun war eine ultrareaktionäre Abspaltung von der schon erwähnten zionistischen Militärorganisation Haganah. Einer ihrer prominentesten Führer hieß Menachim Begin. In dem hier angeführten Vorschlag wird — wie schon in früheren zionistischen Dokumenten — von einer „Interessengemeinschaft" mit dem Faschismus ausgegangen, die darin bestünde, eine „radikale Lösung der Judenfrage durch Evakuierung" der jüdischen Massen nach Palästina herbeizuführen. Auf dieser Grundlage wird „eine Kooperation zwischen dem Neuen Deutschland und einem erneuten, völkisch nationalen Hebräertum" vorgeschlagen und erklärt, daß „die Errichtung des historischen Judenstaates auf nationaler und totalitärer Grundlage, der in einem Vertragsverhältnis mit dem Deutschen Reich stünde, im Interesse der Wahrung und Stärkung der zukünftigen deutschen Machtposition im Nahen Osten sei."

Und schließlich heißt es: „Ausgehend aus diesen Erwägungen tritt die NMO in Palästina, unter der Bedingung einer Anerkennung der oben erwähnten nationalen Aspiration der Israelischen Befreiungsbewegung seitens der Deutschen Reichsregierung, an dieselbe mit dem Angebote einer aktiven Teilnahme am Kriege an der Seite Deutschlands heran." Gedacht wird dabei an die „Teilnahme an Kampfhandlungen zum Zwecke der Eroberung Palästinas, falls eine entsprechende Front sich bilden sollte."



Grundzüge des Vorschlages der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewai Leumi) betreffend der Lösung der jüdischen Frage Europas und der aktiven Teilnahme der N.M.O. am Kriege an der Seite Deutschlands.

Es ist des Öfteren von den leitenden Staatsmännern des nationalsozialistischen Deutschlands in ihren Äusserungen und Reden hervorgehoben worden, dass eine Neuordnung Europas eine radikale Lösung der Judenfrage durch Evakuation voraussetzt („Judenreines Europa").

Die Evakuierung der jüdischen Massen aus Europa ist eine Vorbedingung zur Lösung der jüdischen Frage, die aber nur einzig möglich und endgültig durch die Übersiedlung dieser Massen in die Heimat des jüdischen Volkes, nach Palästina, und durch die Errichtung des Judenstaates in seinen historischen Grenzen, sein kann.

Das jüdische Problem auf diese Weise zu lösen und damit das jüdische Volk endgültig und für immer zu befreien ist der Ziel der politischen Tätigkeit und des jahrelangen Kampfes der Israelitischen Freiheitsbewegung, der Nationalen Militärischen Organisation in Palästina (Irgun Zewai Leumi).

Die N.M.O., der die wohlwollende Einstellung der deutschen Reichsregierung und ihrer Behörden zu der zionistischen Tätigkeit innerhalb Deutschlands und zu den zionistischen Emigrationsplänen gut bekannt ist, ist der Ansicht, dass

1) eine Interessengemeinschaft zwisch [illegible]

Kom [illegible] Europas nach deutscher Konz [illegible]

Das Angebot der Irgun zur militärischen Zusammenarbeit mit den Nazis

Begins Front

Hierzu muß angemerkt werden, daß Palästina 1941 unter britischer Kolonialherrschaft stand und sich die Widersprüche zwischen den Briten (die ihre Kontrolle über Palästina behalten wollten) und den Zionisten (die dort auf Bildung eines eigenen Staates drängten) sich in den dreißiger Jahren erheblich verschärft hatten.

Der hier zitierte Vorschlag einer offenen militärischen Allianz mit den Faschisten gegen die Briten war innerhalb der Irgun hefitg umstritten und führte zur Spaltung der Organisation. Die sogenannte Stern-Fraktion, von der der Vorschlag ausgegangen war, begann nach der Spaltung noch im Jahr 1941 mit dem Guerillakrieg gegen das britische Militär in Palästina. Die Mehrheit der Irgun unter Menachim Begin (er wurde 1943 Chef des Oberkommandos der NMO) betrieb dagegen eine systematische Reorganisation, um die militärischen Strukturen der Irgun zu stärken.

Es zeigte sich jedoch bald, daß auch die Begin-Fraktion — wenn nicht dem Buchstaben nach, so doch faktisch — auf dem Boden einer Allianz mit den Faschisten stand. Denn im Januar 1944, als der Krieg der Anti-Hitler-Koalition gegen die faschistische Bestie die Mobilisierung auch der letzten Reserven erforderte, eröffnete die von Begin geführte Irgun ihre eigene Front — gegen die Briten in Palästina. Und was waren die jetzt aufgenommenen militärischen und terroristischen Aktionen gegen ein Mitglied der Anti-Hitler-Koalition anderes als eine (wenn auch geringe) Entlastung der im Nahen Osten operierenden Hitler-Truppen und eine objektive Unterstützung des Faschismus?

Hier zeigte sich in überaus drastischer Weise, wie vollständig gleichgültig den Zionisten das Schicksal der Juden Europas war. Den mit Hitler an die Macht gekommenen staatlich organisierten Antisemitismus hatten sie nur unter dem Aspekt gesehen, daß er ihre Pläne in Palästina begünstigen könnte. Und in dem nun entbrannten antifaschistischen Krieg, bei dem es ja nicht nur um die Freiheit der Völker Europas, sondern auch um die Beendigung des systematischen Judenmords ging, sahen sie nur eine günstige Gelegenheit, sich ihre britischen Rivalen vom Hals zu schaffen.

Die Irgun-Führer sind für ihre Sabotage am antifaschistischen Krieg niemals zur Rechenschaft gezogen worden. Die NMO vereinigte sich wieder mit der Haganah und nach der Gründung Israels wurden die militärischen Führer der Irgun Offiziere in der Armee des neuen Staates. Besonders weit aber brachte es bekanntlich der frühere Chef des Oberkommandos der NMO, Menachim Begin.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
14.00-14.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
15.30-16.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
17.00-17.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
20.00-20.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
22.30-23.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
24.00-24.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
07.00-07.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Südafrikanische Invasoren in Angola

Neuer Überfall südafrikanischer Truppen

Blutbad unter Flüchtlingen in Angola

Als der angolanische Ministerpräsident Dos Santos in der vorletzten Woche erklärte, 5500 südafrikanische Soldaten seien mit 430 Panzerfahrzeugen, 200 Geschützen, 60 Kampfflugzeugen und 30 Hubschraubern in Angola eingefallen, wurde das im Kriegsministerium von Pretoria als „typische Propaganda" abgetan. Nur eine Woche später jedoch brüstete sich das gleiche Ministerium mit den „Erfolgen" des Überfalls der Rassisten auf Angola.

Jetzt hieß es, man habe dort 314 „Terroristen" getötet. Und mehr noch: Südafrika würde seine militärischen Aktionen „gegen die von Kommunisten unterstützten Terroristen der SWAPO" fortsetzen. Offenbar hatte das Regime von Pretoria gerade diese Wochen, wo die Weltöffentlichkeit auf das brennende Beirut sieht, für einen günstigen Moment gehalten, um einen erneuten Terror-Feldzug in Gang zu setzen. Dabei bedienen sich die Rassisten Südafrikas nicht nur der Methoden Begins, sie übernehmen auch dessen propagandistische Rechtfertigungen für ihre Militäraktionen.

So wurde der jüngste Feldzug damit begründet, daß Südafrika nicht zögern dürfe, die Bewohner von Südwestafrika (Namibia) vor Angriffen der SWAPO auch durch Aktionen gegen die Stützpunkte der SWAPO in Angola zu schützen. So wird mit dem typischen Zynismus der rassistischen Mordbrenner einfach aus schwarz weiß gemacht. Denn diese angeblichen Beschützer der namibischen Bevölkerung sind ja in Wahrheit Besatzer, die ihr blutiges Militärregime über Namibia ausüben. Und weder unzählige UNO-Resolutionen noch die sogenannten Vermittlungsbemühungen westlicher Länder konnten sie dazu bewegen, sich aus Namibia zurückzuziehen.

Die SWAPO auf der anderen Seite, vor der die Rassisten angeblich die Bevölkerung schützen müssen, kämpft mit wachsendem Erfolg für die Befreiung des Landes von den Besatzern. So ist es der SWAPO beispielsweise erst kürzlich gelungen, den von den Rassisten in Namibia unterhaltenen Militärstützpunkt Omahenene vollständig zu zerstören, wobei 30 Soldaten der Besatzer getötet wurden.

Die blutigen Feldzüge der südafrikanischen Armee gegen Angola zielen in Wahrheit darauf ab, Nachschubbasen der SWAPO zu vernichten, um jeden Widerstand in Namibia zu ersticken. Und jedesmal noch haben sich diese Feldzüge nicht direkt gegen SWAPO-Kämpfer gerichtet, sondern die Rassisten haben stets furchtbare Massaker unter den wehrlosen Flüchtlingen angerichtet, die vor dem Terror der Besatzer aus Namibia ins Nachbarland Angola geflohen waren. Wenn für Pretorias Verbündeten Begin jeder Palästinenser ein „Terrorist" ist, so gilt das für die Rassisten aus Südafrika auch in bezug auf die Namibier.

Aber noch ein anderes Ziel verfolgen sie mit ihren Kriegen gegen Angola: Es geht ihnen auch darum, dieses Land zu destabilisieren, um es aus dem Machtbereich Moskaus herauszubrechen und Angola unter ihre eigene Kontrolle zu bringen. Daß sie dieses Ziel nicht nur mit militärischen Überfällen, sondern auch mit anderen Mitteln betrieben, zeigte letzte Woche eine Enthüllung der portugiesischen Zeitung „Expresso". Sie berichtete darüber, daß sich der südafrikanische Brigadegeneral Jack Collins in Portugal aufgehalten habe, um Söldner für einen Putsch gegen die prosowjetische Regierung in Angola zu werben. Portugal ist dafür die richtige Adresse, denn hier leben genügend ehemalige Siedler, die darauf brennen, wieder in die ehemalige portugiesische Kolonie Angola zurückzukehren.

Nach den Angaben von „Expresso" sind in den von Südafrika gesteuerten Putschversuch auch die von Pretoria finanzierten und in Angola operierenden bewaffneten Banden wie Unita und FNLA sowie Exilkubaner einbezogen. Überraschenderweise deutete die Zeitung in ihrem Bericht auch an, daß die Regierung in Lissabon von den Planungen für den Putsch wüßte. Überraschend ist das deshalb, weil „Expresso" keineswegs ein Organ der Linken ist, sondern dem Ministerpräsidenten Pinto Balsemao gehört. So mußten die Enthüllungen denn auch in portugiesischen Regierungskreisen ernst genommen werden: Staatspräsident General Eanes hat inzwischen Balsemao offiziell um Aufklärung über den Putschversuch gebeten.

Die Tagebücher des Moshe Sharett

Libanon-Invasion wurde schon vor 30 Jahren geplant

Als Operation „Frieden für Galiläa" haben die israelischen Führer ihren Feldzug gegen den Libanon bezeichnet. Wie ihre früheren Kriege, so wollten sie auch diesen Feldzug als einen Akt der Verteidigung verkaufen. Und trotz zunehmender Kritik an der „Maßlosigkeit" Begins und an den „Auswüchsen" seines Krieges unterstützt ein großer Teil der westdeutschen Medien nach wie vor die in Tel Aviv ausgeheckten Propagandalügen.

Dabei sind diese Lügen durch ein in Israel selbst erschienenes Buch schon längst widerlegt worden. Es handelt sich dabei um die Tagebücher eines israelischen Spitzenpolitikers: Moshe Sharett, erster Außenminister nach der Staatsgründung und von 1953 bis 1955 als Nachfolger Ben Gurions Premierminister von Israel. Die Familie Sharetts konnte eine Veröffentlichung der Tagebücher in hebräischer Sprache zwar gegen den erbitterten Widerstand der israelischen Regierung durchsetzen; Übersetzungen in andere Sprachen sind jedoch bis heute durch juristische und politische Mittel verhindert worden. In der BRD allerdings ist jetzt ein Buch erschienen, daß wesentliche Auszüge aus Sharetts Tagebüchern enthält (Livia Rokach: „Israels heiliger Terror", Minotaurus Projekt, Band 23).

Darin kann man beispielsweise interessante Tatsachen über einen 1954 geführten Streit zwischen Sharett, seinem Vorgänger Ben Gurion und anderen israelischen Politikern nachlesen. Gegenstand des Streits war — der Libanon. Bei einer Zusammenkunft mit Sharett, dem Kriegsminister Savan und dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Dayan, hatte Ben Gurion am 27.2.1954 gefordert: „Jetzt ist es an der Zeit, die Maroniten im Libanon zu drängen, einen christlichen Staat auszurufen."

Sharett war dagegen. Und tatsächlich schien eine solche Aktion auch aus israelischen Optik wenig Sinn zu haben. Denn die Maroniten (der christliche Bevölkerungsteil) kontrollierten damals einen noch „stabilen" Libanon, in dem sich gewaltige Profite machen ließen. Sharett wandte in einem Brief an Ben Gurion denn auch ein, eine solche vom Expremier geforderte Destabilisierungspolitik sei sinnlos, denn die Maroniten hätten „alle Karten auf eine christlich-moslemische Koalition gesetzt."

Bemerkenswert ist nun die Antwort Ben Gurions, in der er seine oben zitierte Forderung begründet: „In normalen Zeiten wäre dies fast unmöglich. In erster Linie wegen der fehlenden Initiative und des fehlenden Mutes der Christen. Aber in Zeiten der Wirrnis, der Revolution oder des Bürgerkrieges erscheinen die Dinge in einem anderen Licht.(...) Ohne unsere Initiative und entscheidende Hilfe wird das nicht passieren. Mir scheint, dies ist die zentrale Pflicht oder wenigstens eine der zentralen Pflichten unserer Außenpolitik. Dies bedeutet, daß Zeit, Energie und Mittel investiert werden sollten, und daß wir auf alle möglichen Arten handeln müssen, um einen radikalen Wechsel im Libanon zustande zu bringen. Wenn Geld notwendig ist, sollte kein Dollarbetrag gespart werden..."

Wohlgemerkt: Diese Überlegungen über einen „radikalen Wechsel" wurden angestellt, als eine palästinensische Befreiungsbewegung noch nicht einmal in Ansätzen existierte und nicht einmal die gewieften Propaganda-Experten aus Tel Aviv es vermocht hätten, auch nur den Schein einer Bedrohung Israels aus dem Norden zu konstruieren. Worum es bei diesen Überlegungen ging, war schlicht und einfach das Bestreben, durch eine Zerstückelung des Libanon in einen christlichen und einen moslemischen Teil das Land unter die Kontrolle Israels zu bringen.

Trotz der Bedenken des Premierministers Sharett wurde hinter seinem Rücken ein detaillierter Libanon-Plan auf der Linie der Forderungen Ben Gurions entwickelt. Sharett berichtet in seinen Tagebüchern über Vortrag des Oberbefehlshabers Dayan, bei dem dieser ihn mit dem fertigen Plan konfrontierte: „Nach seiner (Dayans) Meinung sei es einzig und allein notwendig, einen Offizier, vielleicht sogar einen Major zu finden. Wir sollten entweder sein Herz gewinnen oder ihn mit Geld kaufen, um seine Zustimmung zu erlangen, daß er sich selbst zum Retter der maronitischen Bevölkerung ausruft. Dann wird die israelische Armee in den Libanon einmarschieren, das notwendige Gebiet besetzen und ein christliches Regime einsetzen, das sich mit Israel verbunden fühlt. Das Gebiet südlich des Litani wird Israel völlig einverleibt werden und alles wäre in Ordnung."



Schon Dayan hatte einen Plan zum Überfall des Libanon ausgearbeitet

Der erste Teil dieses Plans ist Jahre später verwirklicht worden, als Israel 1979 in dem Major Haddad einen Statthalter fand, der sich zum „Retter der Christen" ausrief und einen Streifen im südlichen Libanon faktisch zu israelischem Hoheitsgebiet machte. Zur Verwirklichung des zweiten Teils stehen gegenwärtig Begins Truppen vor Beirut.

Daß die Zerschlagung des Libanon nicht schon in den fünfziger Jahren in die Tat umgesetzt werden konnte, hat mehrere Gründe. Zum einen wurden Dayans Streitkräfte 1956 an einer anderen Front gebraucht, nämlich im Feldzug der westlichen imperialistischen Mächte gegen Nassers Ägypten. Zum anderen war der libanesische Maronitenführer Camille Schamoun, mit dem die israelischen Führer 1955 Kontakt aufgenommen hatten, an deren Libanon-Plan wenig interessiert. Denn ihm war es gelungen, sich zum Präsidenten zu machen und 1958 schickte die US-Regierung höchstpersönlich ihre Ledernacken in den Libanon, um Schamoun im Amt zu halten und seine Gegner auszuschalten.

So mußten sich die israelischen Führer denn auf diejenigen Familien-Clans unter den Maroniten stützen, die sich von den besten Pfründen ausgeschlossen fühlten und die in ihrer Gier nach mehr Reichtum bereit waren, sich zu Handlangern Tel Avivs zu machen. Sie wurden von Israel mit Geld und Waffen unterstützt, um — getreu den Vorstellungen Ben Gurions — für eine „Zeit der Wirrnis" im Libanon zu sorgen. Von Anfang an war dabei übrigens auch die CIA mit von der Partie. 1976 bekannte William Colby, Exdirektor der CIA, vor einem Senatsausschuß freimütig, daß die USA über seine Organisation „in den fünfziger Jahren an Christen im Libanon Waffen lieferten: Im Rahmen der Unterstützung des Kampfes von religiösen und ethnischen Minderheiten gegen den Kommunismus."

Als skrupelloseste Bande unter den solchermaßen unterstützten Familien-Clans erwies sich dann in den siebziger Jahren die blutrünstige „Falange"-Miliz der Gemayels. Durch wahllose Massaker unter Palästinensern und linken Moslem-Gruppen löste die „Falange" den Bürgerkrieg von 1975 aus. Wenige Monate vor Beginn der Operation „Frieden für Galiläa" trafen Bandenchef Gemayel und Kriegsminister Sharon zu einer Geheimkonferenz auf einem israelischen Kriegsschiff zusammen. Dort hat Gemayel offenbar den offiziellen Segen als künftiger Statthalter Israels im Präsidenten-Palast von Beirut erhalten.



Von Israel finanziert und ausgerüstet: Gemayel-Milizen im Libanon

„Diego Garcia: Ein Kontrast zu den Malvinen"

Wie die britische Regierung eine Inselbevölkerung vertrieb

Nur aus edelmütigen Motiven schickte die britische Regierung ihre Flotte in den Südatlantik, um die Malvinen zu „befreien": Es ging, so konnte man aus London hören, um das Selbstbestimmungsrecht der dort lebenden britischen Staatsbürger, deren Vertreibung durch die argentinische Junta man verhindern müsse.

In der letzten Woche hat die „Gesellschaft für Menschenrechte" in Britannien einen Bericht vorgelegt, der ein bezeichnendes Licht auf solche Propaganda wirft. Er trägt den Titel: „Diego Garcia: Ein Kontrast zu den Falklands". Es geht dabei um die Insel Diego Garcia im Indischen Ozean, die nach der Niederlage Napoleons in britischen Besitz kam und deren Bewohner seit Generationen Untertanen der britischen Majestät waren.

Sie waren es — denn in den sechziger und siebziger Jahren wurden alle 1800 Bewohner (es handelte sich um Ilois von afrikanischer und indischer Herkunft) trotz ihrer britischen Staatsangehörigkeit von der Insel vertrieben. An Diego Garcia nämlich hatte die amerikanische Supermacht Interesse gefunden; die strategische Lage machte die Insel zu einem Objekt für die Errichtung eines Militärstützpunkts. Für 50 Millionen Mark als Nachlaß auf den Kauf amerikanischer Polaris-Unterseeboote verpachtete London die Insel an den US-Partner.

Für die Ilois war nun kein Platz mehr. Man nahm ihnen die Existenzgrundlage, indem man die Kopra- und Kokosproduktion auf Diego Garcia liquidierte. Diejenigen, die sich auch dadurch nicht vertreiben ließen, wurden mit üblen Tricks rausgeschmissen. Die britische Regierung bot ihren Staatsbürgern auf Diego Garcia beispielsweise kostenlose Urlaubsreisen nach Mauritius an — und ließ sie dann nicht mehr auf ihre Heimatinsel zurück. 1971 lebten dann nur noch 800 Ilois auf Diego Garcia, und die wurden einfach zwangsumgesiedelt. Ohne jede finanzielle Unterstützung übrigens, was zur Folge hatte, daß diese Menschen ins Elend gestoßen wurden. Nach Angaben der „Gesellschaft für Menschenrechte" sind 26 der vertriebenen Familien verhungert.

Diese Aktion der britischen Imperialisten, die im krassen Gegensatz zu den heuchlerischen Parolen des Falkland-Kriegs steht, wurde bezeichnenderweise in völliger Geheimhaltung abgewickelt. Erst 1975 bekam die US-Zeitung „Washington Post" Wind von der Vertreibung und veröffentlichte einige Einzelheiten darüber. Aus Furcht vor weltweiter Publizität fand sich London dann doch noch bereit, Entschädigungen für die Vertriebenen zu zahlen. Geld bekam allerdings nur, wer sich verpflichtete, nie wieder nach Diego Garcia zurückzukehren.

Bauherrenmodelle

Betrogene Betrüger

Nach dem „Fall Erlemann", dem „Fall Klein" hat die bundesdeutsche Steuersparbranche jetzt innerhalb kurzer Zeit ihren dritten großen „Fall". Der Geschäftsführer der Real-Immobilien in Düsseldorf, Koerfges, wurde vor kurzem verhaftet. Er soll beim Bau eines Ramada-Hotels die Herren Anleger um 200 Millionen betrogen haben.

Solche Betrüger werden unnachsichtig verfolgt. Die anderen Betrüger, die von ihnen übers Ohr gehauen wurden, nicht. Denn das sind ehrenwerte Leute, reiche Leute vor allem. Und die wollen das tun, was ihnen Bundesdeutschlands höchste Finanzrichter, Wächter der Steuermoral, im Bundesfinanzhof gütigst (und auch wohl nicht ganz unabhängig und uneigennützig) erlaubt haben: „Wer Steuern bezahlen muß, darf auch Steuern sparen". Das zweite tun sie um so lieber.

Berlin, die Stadt, die dem Besitzer von 217 Wohnungen, dem früheren Neue-Heimat-Chef Vietor, zum Verhängnis wurde, hat rund 100000 solcher Anleger gefunden. Großverdiener — über 120000 Mark im Jahr —, die lieber reicher werden wollen, als Steuern zu bezahlen. Vietor ist in dem Geschäft längst nicht der Größte.

Wenn beim Bau eines einzigen großen Hotels schon um 200 Millionen Mark betrogen werden kann, so kann man sich die Summen vorstellen, um die es hier insgesamt geht. Ein Blick in Wirtschaftsblätter mit ihren zahllosen diesbezüglichen Anzeigen wirkt da schon belehrend.

Der Aufbau dieses großen Betrugs ist einfach: Man gibt eine bestimmte Summe in einen Bau, bucht das als Ausgabe, hat damit weniger Einkommen, muß weniger Steuer bezahlen. Je höher das Einkommen desto mehr lohnt es sich, außerdem gibt es noch andere Steuervorteile bei kleineren Steuerarten.

So kann man für einen größeren Hausbau in einer Anlegergemeinschaft beispielsweise 4 Millionen Mark einbezahlen (die dann an Steuern nicht bezahlt werden müssen — das heißt dann freundlich: ohne Eigenkapital) und kann später nicht nur Mieten kassieren, sondern auch schon vorher andere Zuschüsse (wegen der notleidenden Bauwirtschaft).

Nichtbezahlte Einkommensteuern, andere Steuerersparnis und die endlosen Möglichkeiten von staatlichen Zuschüssen (was mit anderen Worten heißt: statt Steuern zu bezahlen, sahnen die Herrschaften noch Steuergelder ab) sollen, nach verschiedenen Berechnungen, eine Summe von rund 18 Milliarden Mark ausgemacht haben. Aber der Staat muß sparen? Dafür sind ja jene da, denen man jeden Monat die Steuer gleich abzieht, für die entfällt auch das Recht, Steuern zu sparen. Vielmehr: das Recht haben sie. Auch jeder Arbeiter kann ein paar Hunderttausend im Jahr so anlegen. So er sie hat.

Der nordrhein-westfälische Finanzminister veröffentlichte vor kurzem, wie bereits berichtet, eine Liste der Topsteuersparer in seinem Land. Statt 250000 Mark Steuern zahlte da einer beispielsweise gerade noch 10000 Mark. Und für Berlin erklärte der zuständige CDU-Senator vor kurzem, es sei ganz undenkbar, daß man diese Möglichkeit für die Reiche abschaffen würde, die Wirtschaft brauche es eben. Eben. Die Wirtschaft braucht es, heißt im Normaldeutsch hier immer, der Unternehmer braucht es.

Und deshalb eben werden solche Betrüger wie Koerfges aus Düsseldorf bestraft, jault die ganze Meute „Betrug, Betrug!", weil sie beim Versuch, legal zu betrügen, illegal betrogen wurden. Und was sollen denn die armen Reichen tun, wenn man ihnen diese Sparmöglichkeiten verbaut? Etwa normal Steuern bezahlen? Igitt!



Spekulanten- und Steuerhinterzieher-Interessen werden um jeden Preis geschützt. Hier durch die Räumung eines besetzten Hauses.

Freiheit für die Pillenkiller

Vor wenigen Tagen zog die US-Firma Eli Lilly ihr Mittel gegen Rheuma, Coxigon, weltweit aus dem Verkehr. Jeder zweite Mensch, der dieses Mittel längere Zeit eingenommen hatte, wurde gesundheitlich geschädigt, in Großbritannien sind 61 Rheumakranke daran gestorben.

In der Bundesrepublik besteht der Verdacht auf zwei Todesfälle durch Coxigon. Die Maßnahme der Herstellerfirma geschah keineswegs aus Sorge: wachsende, weltweite Kritik und Maßnahmen amtlicher Stellen in verschiedenen Staaten hatten sie faktisch dazu gezwungen.

Einmal mehr hintendrein ist man da in der Bundesrepublik, dem Paradies der Pillenmischer. Auf eine Forderung nach Rücktritt des Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes, Uberla, antwortete das BGA mit steter Routine wie folgt: alles sei normal, man werde untersuchen und zwar in aller Ruhe, noch diesen Monat eine Kommission gründen, die über ein endgültiges Verbot von Coxigon befinden soll...

„In einem Monat, in einem Jahr" — so war bisher noch immer die Reaktion dieses Amtes, das sich nur um die Gesundheit der Bilanzen der Pharmaproduzenten kümmert.

Es wurde schon in der Vergangenheit immer wieder festgestellt, daß sogar Medikamente, die in anderen westeuropäischen Staaten oder den USA längst verboten waren, hier noch massig weiterverkauft wurden, mit Duldung dieses Amtes. Ganz zu schweigen davon, wenn in anderen Ländern ein bestimmtes Medikament „nur" auf schädliche Wirkungen hin untersucht wurde. Das war noch lange kein Grund, der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft einen solchen Schaden zuzufügen — sie könnte ja krank werden, wenn sie an Kranken nicht mehr verdient. Tödliche Pillen wurden bei uns noch lange Zeit verkauft. Es sterben daran in der Regel ja nur solche, die kein Geld für Privatbehandlung oder gar Leibarzt haben, und von denen gibt's genug.

In der Tat gibt es — außer den afrikanischen „Experimentierfeldern" der Multis — kein anderes Land, kein entwickeltes Land, in dem in solchem Ausmaß der Verkauf von bekanntlicherweise schädigenden Medikamenten erlaubt ist wie in der Bundesrepublik. Ob das etwa damit zu tun hat, daß in keinem anderen Land die chemische Industrie so groß und mächtig ist wie bei uns?



Mittelalterliche Gefängniszelle im Landeskrankenhaus Düren (nach Brand). Von solchen Zuständen nimmt die Gesundheitspolitik kaum Kentniss, die „gesunden Geschäfte" sollen nicht gestört werden, und das Allergesündeste — für die Hersteller — sind die ungeprüften Pillen.

Als ein Minister eine Zaun einriß ...

Die Klage der Genossin Tomazo

Madame Lucette Tomazo hat eine Villa an der Côte d'Azur. Daneben hat sie sich mit einem Zaun ein bißchen Strand für ihre werte Person reserviert. Dieser Zaun wurde jetzt eingerissen, vom Pariser Meeresminister Le Pensec persönlich. Das sorgte für einigen Wirbel, denn beide gehören den französischen Regierungsparteien an.

Und Madame Tomazo ist nicht irgendwer: Sie ist Mitglied der KPF, war früher Herausgeberin des Zentralorgans der Partei, „L'Humanité", eine prominente Genossin sozusagen. Bloß: mit der Genossin ist es wohl nicht sehr weit her. Nicht nur, daß sie gegen das Einreißen ihres Zauns alle Mittel anwenden will — wer will schließlich in Saint Tropez schon mit dem Plebs in Berührung kommen — sondern sie hat auch etwas seltsame Partner bei ihren Privatstrandinteressen. Das Haus Bonaparte oder das schwedische Haus Wasa beispielsweise, die Familie von Opel und so weiter und so fort. Da fühlt sie sich offensichtlich wohler als wenn sogar vielleicht am Ende, o Graus, Proletarier über ihren Strand ziehen würden.

Nun, der Minister, Mitglied der Sozialistischen Partei Frankreichs, hat ihren Zaun als Signal für die „Operation Bulldozer" eigenhändig eingerissen. Die andere Prominenz, Kapitalisten und Adlige, sollen noch drankommen und setzen sich schon wieder ab. An den nächsten Strand, der für sie reserviert ist. Für die KPF-„Genossin" Tomazo bleibt die Peinlichkeit, in aller Öffentlichkeit bloßgestellt zu werden, für ihre als kommunistisch bezeichnete Partei die Peinlichkeit dieser Mitgliedschaft. Das mit der Klage sollte sie lieber lassen, war aus Parteikreisen zu vernehmen. Nun: es wird deren Problem bleiben, das alles ihrer Anhängerschaft zu erklären, die in der Regel keinesfalls Privatstrandbesitzer ist.

Aber die westdeutsche Presse, vor allem die „linksliberale", die über diese Vorfälle in Frankreich mächtig frohlockt, sollte doch vielleicht etwas vorsichtiger sein. Denn, obwohl dies sicher keine entscheidende Aktion ist, taucht dabei eine Frage auf: Kann man sich vorstellen, daß ein Bonner Minister beispielsweise nach Bayern fährt, um dort die Mauern, die all die von Fincks und zu Thurn und Taxis um Seen errichtet haben, einzureißen? Sie hätten ja schon 16 Jahre Zeit dazu gehabt, immerhin.

Sensation: Haftbefehl gegen Garski!

Leider: anderthalb Jahre nach seinem Verschwinden

Gegen den Berliner Subventionsbetrüger Garski, dessen etwas allzu enge Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen im Januar 1981 zum Rücktritt des damaligen Stobbe (SPD)-Senats geführt hatte, ist am 15. Juli 1982 Haftbefehl erlassen worden.

Damit ist er doch tatsächlich einer der wenigen, die wegen solch eines kapitalistischen Kavaliersdelikts vor Gericht kommen sollten, wenn er nicht leider schon vor anderthalb Jahren verschwunden wäre. Man hätte so viele Akten auswerten müssen, war die offizielle Begründung für das bißchen eingetretene Verzögerung.

Obwohl eigentlich gleich klar war, daß es sich um Betrug handelte. Aber eher als die vielen Akten erscheint es dann auch wahrscheinlich, daß es die vielen Freunde Garskis waren, die dafür gesorgt haben, daß er so lange Ruhe hatte. Und jetzt jetzt — vielleicht — in Kanada, mit besten Empfehlungsbriefen ausgestattet, schon längst neuen Geschäften nachgeht...

Neues? — Aus deutschen Landen

Mittelalterliches

Nein, es ist wahrhaftig nichts „Neues" womit wir uns diesmal beschäftigen wollen, im Gegenteil, uralt. Neu daran mag manchen wirklich nur sein, daß es das alles noch gab und weiterhin gibt.

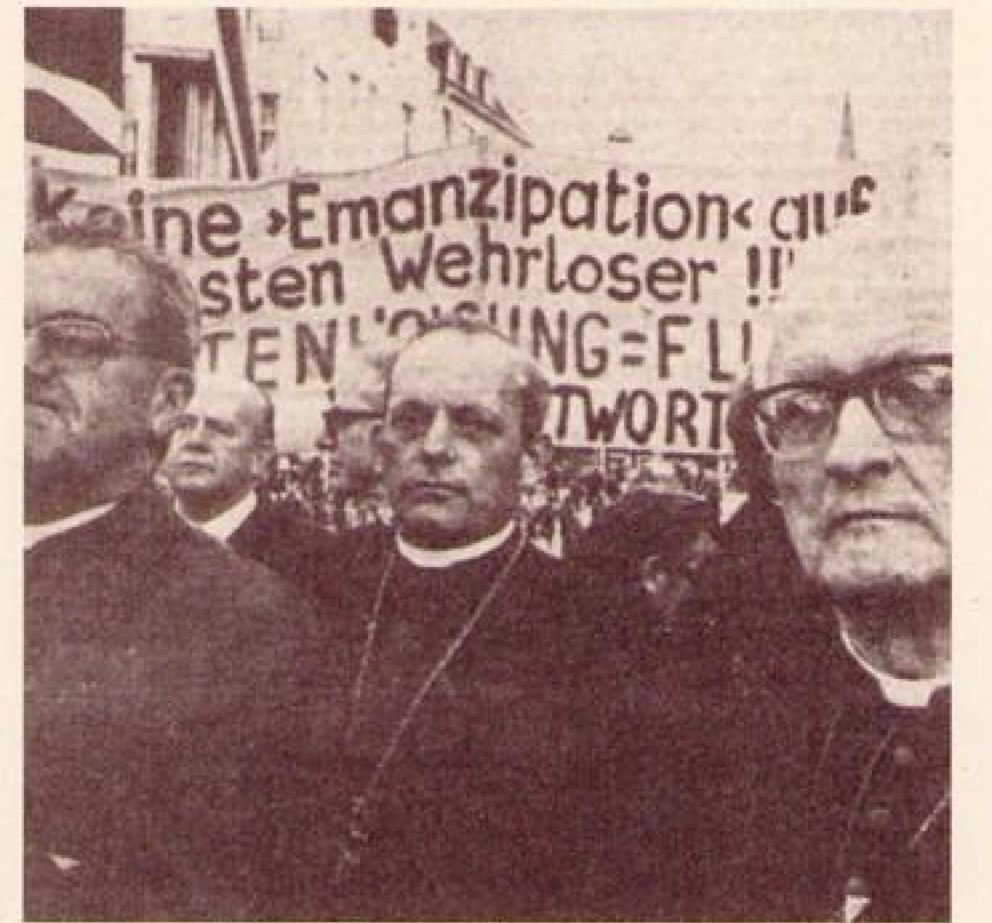
Was alles?

Beispielsweise dies: daß der Bruder des Eigentümers einer Firma in Detmold den bei einer Betriebsratssitzung anwesenden zuständigen Gewerkschaftssekretär aus dem Hause prügelte. Nicht vor hundert Jahren in der Frühzeit des deutschen Kapitalismus, sondern letzte Woche, im 33. Jahr der vielgepriesenen „sozialen Marktwirtschaft".

Oder das: daß im dritten Fernsehprogramm des WDR ein Dominikaner-Priester auftritt, der stundenlang über die Betrachtung des Hexenswesens redet, von der im Sinne der christlichen Religion guten, „weißen" und der im selben Sinne schlechten „schwarzen" Magie salbadert. Im selben Programm übrigens war kurz vorher ein Bericht über die rückständigen Sitten solcher Länder zu sehen, in denen man noch an Amulette und ähnliches glaubt. Der Pfaffe war in Begleitung einer Warzenbesprecherin.

Das Treiben von verbrecherischen Teufelsaustreibern war vor einiger Zeit Anlaß zu zahlreichen Berichten über befremdende Vorkommnisse in dieser Republik der 80er Jahre gewesen, aber dabei reizte nur die makabre Sensation, die Todesfolgen. Die alltäglichen Ereignisse hier, die einen zum Kopfschütteln veranlassen könnten, wenn sie nicht gefährlich wären, sie bleiben unangetastet.

Der Reliquienkult der katholischen Kirche zu Aachen und anderswo beispielsweise. Das Geschäft mit dem Aberglauben überhaupt, dem sich die großen kapitalistischen Verlage inzwischen ebenso widmen wie kleine obskure Unternehmungen. Das Prassen und Protzen der Fürsten, von denen es hier immer noch wimmelt, die mit Boden, Bier und Bargeld reich geblieben oder erst recht geworden sind.



Alles dies sind gar keine solchen winzigen Randerscheinungen, wie man es hier so gerne dargestellt findet. Schon gar nicht der Unternehmer, der „seinen" Arbeitern das Recht auf Organisation verweigert — diese Liste ist wahrhaftig lang und nicht nur Kleinunternehmen sind darin zu finden. Ebenso wenig Randerscheinungen sind die Exzesse der staatstragenden katholischen Würdenträger, und nicht nur die in ihrer Rolle als Unternehmer.

Am deutlichsten sind solch mittelalterliche Erscheinungen immer dann zu erkennen, wenn es um die von den Nazis geschürte und von den amtlichen Stellen keineswegs nur geduldete Hetze gegen Ausländer geht. Wenn der Rassismus ans Tageslicht tritt. Pseudowissenschaftlich getarnt, auf der Stufe solcher Weltbilder wie der Verehrung von Christi ungezählter Leichentücher, der Inquisition und anderer obskurer Rituale, die stets ein rechtloses Volk erzeugen.

Das deutsche Volk geht unter! So heißt der angebliche Hilfeschrei dieser Leute, und das wird dann „wissenschaftlich" untermauert. So, wie einst bewiesen wurde, daß die Welt rechteckig oder plan sei, wie man es gerade brauchte, so wie einst die Hexen nach ihrem Aussehen verbrannt wurden, so wird da argumentiert. Nicht nur von alten Nazis, auch von sogenannten seriösen Konservativen Meist aus den Parteien mit dem „C" vorne dran. Da kommen sie wieder vor, die Thesen, die die Ausrottung der Indianer begründeten, die Minderwertigkeit der Schwarzen und Gelben oder gar die Bösartigkeit der Juden. Die Schädelausmesser, Gehirnmasseabwieger, Augenbeschwörer und Gesichtsanalytiker treten, wie vor Hunderten von Jahren an die Öffentlichkeit, mit Professorentiteln geschmückt oder gar als Sozialreferent wie in München.

Wir Deutschen sind also in Gefahr! Das letzte Mal, als es „uns" so ging, haben wir die Sache doch eigentlich fein hingekriegt — anschließend wollte keiner mehr Deutscher werden. Und jetzt will man uns also wieder den Lebensraum nehmen? Nicht im Osten, sondern sogar hier? Das muß verhindert werden! Auch der bayerische Ministerpräsident — dem leider noch kein Ausländer den Arbeitsplatz weggenommen hat, und auch kein Inländer — schaltet sich da ein: Als Antwort auf die wachsende Kritik an seinem Münchner Partei- und Gesinnungsfreund fordert er — ganz gemäßigt — die Zuzugssperre für ausländische Familien.

Das Mittelalter ist also ganz aktuell in dieser Republik, giftig und gefährlich. Die dahinter stehen sind keineswegs mittelalterlich und haben andere Methoden anzubieten als den Scheiterhaufen.

hrw

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 33, 20 Ağustos 1982 — Yıl: 16 — 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Andreas Bortfeldt yoldaş, 1981 Mart ayındaki tutuklanmasından kısa bir süre önce. O, 15 aydan fazla hapis yatmasının ardından 9 Temmuz'da yapılan duruşmasında 8 yıllık ağır hapis c

Siyonistlerin Lübnan'a saldırıları sürüyor

İsrail, Lübnan'dan defol!

Uzun zamandan beri Filistin Kurtuluş Örgütü, Batı Beyrut'tan çekilmeye hazır olduğunu bildirmesine rağmen, İsrail birlikleri Lübnan'ın başkentini abluka altında tutmaya devam ediyor, Batı Beyrut'ta bulunan Filistinli ve Lübnanlılara yiyecek ilaç vb. yardımların ulaşmasını engelliyor, suyu ve cerayanı kesmeyi sürdürüyorlar. Yeni askeri saldırılarına zemin yaratabilmek için İsrail siyonistleri FKÖ'ye ardarda yeni şartlar koşmaktalar.

Begin ve şürekası Batı Beyrut sorununun görüşmeler aracılığıyla çözülmesine ne kadar hazır olduklarını geçen perşembe günkü korkunç tavırlarıyla ortaya koydular. Reagan'ın özel temsilcisi Habib'in FKÖ birliklerinin Batı Beyrut'tan çekilmesi üzerine hazırladığı planının İsrail Bakanlar Kurulu tarafından resmi olarak onaylanmasından iki gün sonra Batı Beyrut'u havadan, karadan ve denizden bomba yağmuruna tutmakla onlar görüşmelerde ne kadar samimi olduklarını bir kez daha gözler önüne serdiler. Siyonist birlikleri 11 saat boyunca aralıksız olarak Batı Beyrut'un çeşitli semtlerini bombaladı, yakıp yıktılar. Bu barbarca saldırının sonucunda en az 400'den fazla insan katledildi.

Geçen perşembe günü Batı Beyrut'a düzenlenen bombalı saldırı Sharon ve Begin'in planlarının sadece FKÖ savaşçılarının Lübnan'ın başkentinden çekilmesi ile sınırlı olmadığını gösteriyor. Şimdiye değin örneği görülmemiş bu terörcü saldırıyla İsrail saldırganlığının ikinci bölümüne geçiş yaptı ki, bu da Lübnan'da İsrail yanlısı bir maşa hükümetinin kurulmasına muhalif olacak tüm güçlerin "tasfiye edilmesini" amaçlıyordu. Ve Sharon kendisi bile hafta sonunda sadece "Büyük İsrail" çıkarları uğruna katliama girişmediklerini açıkladı. Begin'in Savaş Bakanı Sharon, Lübnan'ın istilasının ABD'nin Yakın Doğu'daki talan çıkarlarının tamamen garanti altına alınmasına hizmet ettiğini belirtti.

Bunun için de sözüm ona Reagan'ın Begin'le olan bir takım görüş ayrılıklarına karşın, İsrail savaş canilerine mali ve silah yardımlarını sürdürmesinde şaşılacak hiç bir yan yoktur. Öte yandan Batı Alman emperyalistleri de İsrail'e verdikleri yardımlarını kesmeyi zerre kadar düşünmemekteler. Lübnan'da en koyu ve barbarca terör estirilmesine, kitle katliamına gidilmesine rağmen bir kaç gün önce Genscher'in devlet müsteşarı SPD'li Peter Corterier Bonn'un İsrail'e yardımlarının devam edeceğini açıkladı.

Bundan dolayı İsrail siyonistlerinin Lübnan'daki soykırım savaşını, Washington ve Bonn'un bunu desteklemesini protesto etmek her demokratın görevi olmalıdır!

Merkezi Lübnan Yürüyüşü

21 Ağustos'da Frankfurt'ta Yürüyüş saat 11'de Günterburgplatz'da başlayacak

KPD'nin Lübnan toplantısı

Merkezi Lübnan yürüyüşünün yapılacağı gün partimiz KPD'nin Frankfurt Yerel Örgütü, Filistin Kurtuluş Örgütü'nden de bir temsilcinin konuşacağı bir toplantı yapacak.
21 Ağustos, saat 17'de "Bürgertreff", Frankfurt-Bornheim, Saalburgstr. 17

Andreas Bortfeldt'in duruşması yapıldı

DDR'de bir komünist daha 8 yıl hapis cezasına çarptırıldı

9 Temmuz'da Doğu Berlin'de yapılan bir duruşmada, Andreas Bortfeld DDR Ceza Kanunu'nun 106. maddesi gereğince "devletin aleyhine kışkırtma yapmaktan" ötürü 8 yıllık ağır hapis cezasına çarptırıldı. Manfred Wilhelm'e verilen cezalarla birlikte bu, şimdiye değin DDR'de komünist muhalefete karşı sürdürülen davalarda verilen en yüksek cezadır. Bu karar, kapalı kapılar ardında yapılan yargılama sonucunda verildi ve Andreas'ın en yakınlarına bile sadece kararın ilanını dinleme hakkı tanındı.

Sözde kendisine sosyalist bir devlet adını veren DDR'de (Alman Demokratik Cumhuriyeti) daha nelerin devlet aleyhinde kışkırtma olarak nitelendiği, yakın geçmişte Kölnlü bir yüksek okul öğrencisinin DDR'e yaptığı ziyaret esnasında belirli malların fiyatını sormasından ötürü kendisine karşı sürdürülen duruşmada bile en açıklığıyla görülebilmekteydi. O bu sorusundan dolayı, muhabirlik faaliyeti sürdürmekle suçlandı.

DDR yönetiminin Polonya'daki gelişmelere benzerlik içeren bir durumu daha ön safhasında baskı altına alarak önlemek istediği bu davalar, Honecker ve şürekası gibi düşünmeyen, aynı siyasi görüşe sahip olmayan herkesi hedeflemektedir. Eğer partisiz bir inşaat işçisi hür sendikaların DDR'de de iyi bir şey olacağını söylüyorsa, o zaman bu, bu sahte komünistler için tartışmaya değer bir neden değil, tam tersine söyleyeni hapsetmeye değer bir şeydir. Andreas Bortfeld, Manfred Wilhelm ve diğer tutuklu bulunan ve cezalandırılan yoldaşlar bugün DDR'de işçi sendikalarını talep ettiklerinden dolayı 8 yıla kadar varan hapis cezalarına çarptırıldılar. Buda revizyonist partinin görüşünden farklı olan her şeyin "devletin aleyhine" bir şey olarak gösterildiğinin en açık ispatıdır.

DDR rejimi komünist muhalefetin görüşünün yayılmasından, işçi sınıfı ve halk içinde yankısını bulmasından ve bulacağından öcü gibi korktuğundan dolayı, komünistleri ağır hapis cezalarına çaprtırdı. Şayet komünist muhalefetin görüşleri yanlış ise—bu konuda halkı ikna etmeye cesaret edemedikleri gibi onların yargılanmasını bile gizli, kamuoyuna kapalı mahkeme salonlarında yaptılar. Çünkü aksi takdirde işçiler, halk kendi gerçek yüzlerini görecek, komünist muhalefetin savunduğu görüşler yankısını bulacaktır.

Siyasi görüşünden ötürü geçen yıl tutuklanan Andreas Bortfeld (4 Ağustos'ta) Bautzen'e getirildi. Honecker rejimine göre, sadece başka bir siyasi görüşe sahip olmayıp, aynı şekilde, bunu kamuoyu karşısında savunarak "inanılmaz bir suça" dönüştürdüğünden dolayı onun burada cezasını çekmesi lazım.

Şimdi sormak lazım: Bu uygulamaların sosyalizm ile, işçi demokrasisi ile ne gibi bağı olabilir? Şurası açık olan bir gerçektir ki, bunun sosyalizm ile yakından uzaktan zerre kadar bir bağı yoktur ve olamazda! Kendisine sosyalist devlet adını veren ve başka siyasi düşünceye sahip olan insanları hapise atan bir devlet bu uygulamaları ile ismine zerre kadar layık değildir. Ve bu uygulamalar onun gerçek yüzünün ne olduğunun en açık göstergesidir.

Cezalandırılan komünist muhalefetin serbest bırakılmasını talep edelim! DDR'deki komünist siyasi tutukluları destekleyelim!

Bunun için mektuplarınızı şu adrese gönderin: Andreas Bortfeld, 8600 Bautzen, Postschliessfach 100/2, DDR

LÜTGENDORTMUND
Marienbornplatz
Dortmund

DIE KPD LÄDT EIN:
Sa. 25.9.
So. 26.9.

PRESSEFEST
ROTER MORGEN
15 Jahre

KID Musik-Abend
Kotten-Blues-Band
Elbe 1 aus Hamburg
NACHT-SCHICHT ROCK-THEATER
Bruno Eck
Kinderfest Spiel & Spaß an beiden Tagen
So. 26.9. 10.00 Kundgebung im Großzelt
Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit
Sa. 14.00 Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft
Großveranstaltung der KPD
Essen und Trinken aus allen Regionen
Politik & Unterhaltung Information & Kultur
So. 15.00 Lieder zur Lage Schmetterlinge Heile Winkler
Abschlußkonzert

Außerdem: Informationsstände aus allen Regionen der BRD und Westberlin • Stellung: Die Lage in der Stahlindustrie, auf den Werften, bei AEG • Kommunisten nehmen Stellung • Diskussionsrunden und Fragestunden • Kommunistische Opposition in der DDR: Die KPD gegen das Honecker-Regime • Friedensbewegung: wie weiter? • Frauen in den Betrieben • Arbeitslosigkeit und Sozialabbau: Was tun? • Wir stehen Rede und Antwort — KPD

Bir çok AEG işletmesi tasfiye talebinde bulundu

AEG'nin bir hafta önce tasfiye talebinde bulunmasının ardından, Gelsenkirchen'deki şubesi Küppersbusch'ta onu izledi. Görüldüğü kadarıyla önümüzdeki günlerde Baden-Württemberg'in Bretten ilçesindeki Neff ile Tübingen'deki Bauknecht işletmesi de tasfiye talebinde bulunacaklardır. Neff işletmesinde kısa çalışmaya gidilirken, Küppersbusch'ta ise kısa çalışma talebinde bulunuldu.

AEG'nin şubelerine her türlü ödemeyi durdurması, bunlarında tasfiye talebinde bulunmalarına yol açtı. Tabii ki, Küppersbusch işletme yönetimi, işçileri mücadeleden alıkoymak için aynı zamanda tasfiye dilekçesi verilmeden bir gün önce yapılan işyeri toplantısında işletmenin durumunun iyi olduğunu belirtti, ayrıca yeni ortaklarla ilişkiye geçildi vb. sahte açıklamalara başvurdu...

Bu yolla Küppersbusch işletme yönetimi, işyerlerinin garanti altında olduğunu göstermeye çalışıyor. Ancak bu oyunlara tam da işletmenin şu ya da bölümüne ortak olmak isteyenlerin amaçlarının açık olduğu bir ortamda başvuruluyor. Söz konusu yeni ortaklar bir rakiplerini tasfiye etmek için firmayı satın alacak ve rasyonalleştirmeye gideceklerdir.

Tüm AEG tekelinde olduğu gibi haziran ayında Küppersbusch'da da 600 işyerinin, yani mevcut işyerlerinin üçte birini yok etmeyi öngören bir plan hazırlanmıştı. Ve şu an tasfiye talebinde bulunulması ile yok edilecek işyerlerinin sayısı azalmak yerine daha da artacağı tartışma götürmez bir gerçektir. Ancak sorun şimdi daha ne kadar işyerinin yok edilmek istendiğidir. Aynı şekilde şu an AEG tekeline bağlı olan diğer işletmelerinde resmi olarak açıklanmış toptan çıkış planları mevcuttur. Bu firmalardaki çıkışlarında bu durumda artacağı bir gerçektir.

İşyerlerinin yok edilmesine karşı tüm AEG işletmelerinde protestolar giderek yaygınlaşıyor. Sadece son haftalar içinde on binlerce işçi işyerini korumak için protesto eylemleri düzenledi. Şimdi İG Metall sendikasının görevi, işçilerin mücadele azmini tüm işyerlerinin korunması için örgütlü bir biçimde seferber etmek olmalıdır!

Öte yandan Tübingen'de AEG'ye bağlı Zanker işletmesi de salı günü sabahleyin tasfiye talebinde bulundu. Bundan ötürü Zanker işçleri işyerlerini korumak için aynı günü işi bırakarak protesto grevine gittiler.



AEG işçilerinin geçen salı günü Batı Berlin'de düzenledikleri protesto eylemi.

Dev bir tekel çökertilmek isteniyor

KŞ-Dizisi
AEG'nin iflası
2. Bölüm

Elektrik tekeli AEG'nin durumu üzerine yayınladığımız dizimizin birinci bölümü "100 bin işyeri tehlikede" başlığını taşıyordu. Dizimizin birinci bölümünde, AEG'deki gelişmenin korkunç ekonomik ve sosyal etkilerini, AEG'de ve ona bağlı işletmelerde yüzbinlerce işyerinin tehlikede olduğunu ele almıştık.

Bu etkiler AEG'de olduğu kadar hiç bir tekelde tüm Federal Almanya'yı ve Batı Berlin'i bu denli etkilemiyordu. Dizimizin birinci bölümünde ayrıca kısa olarak AEG işçilerinin işyerlerini korumak uğruna gelişen direnişlerine değinmiştik. Bunun yanı sıra İG Metall'ın tek tek AEG işletmelerinde gelişen mücadeleyi birleşik ve örgütlü bir mücadeleye dönüştürmek için adım atmasının gereğini vurgulamıştık. Öte yandan merkezi AEG İG Metall Sendika Temsilcileri Konferansı'nın yapılması vb. yönündeki talepler bugüne değin İG Metall Sendikası ağaları tarafından reddedildi. AEG'nin içinde bulunduğu bu durumda mücadele şiarı, işyerlerinin tavizsiz bir şekilde korunması, kapitalistlerin çirkin planlarına karşı çıkılması ve hiç bir boş vaade kanmaksızın işyerlerinin korunması uğruna direnişin geliştirilmesi olmalıdır. Çünkü bugün tekelin mali zorluğun içinde bulunduğu yönündeki açıklamalar sadece ve sadece onun büyük bankalara hala yüzlerce milyon Mark faiz getirdiğinin örtbas edilmesine hizmet etmektedir. Yazımızın birinci bölümünde AEG tekelinin ekonomik gelişmesini ele almıştık. Şimdi dizimizin ikinci bölümünün konusunu ise, AEG tekelinin çöküş planının arkasında yatan gerçeklerin aydınlığa kavuşturulması oluşturmaktadır. İlk bölümde ayrıca AEG tekelinin kuruluşunu ve elektrik sanayiisinin tekelleşmesini kısaca anlatmaya çalışmıştık. Bu bölümün ana noktasını ise, AEG'nin "iflasından" kendilerine bir pay koparmak ve bunu başarmak için her türlü yola başvuran tek tek kapitalist grupların çeşitli planlarının açığa çıkarılması oluşturmaktadır.

Bugün AEG'nin kaderini elinde bulunduran bayların, yani Dresdner ve Commerz-Bank'ın, Siemen, Bosch ve Mannesmann tekelinin büyük hissedarlarına ve baş yöneticilerinin isteklerine kalırsa, AEG gelecek aylar içinde kıtır kıtır doğranılmış olur. O zaman şimdiki tekelin büyük kısımları az çok yakın bir zamanda tasviye edilir. O zaman 120 000 işçiden çoğunluğunun çıkışı verilir ve üretim bölümlerinin büyük bir kısmı yok edilir. Muhtemelen bu yöndeki bir gelişmede önümüzdeki iki yıl içinde cereyan eder. Bu yok etme girişiminin sonucunda aynı zamanda AEG'ye mal satan binlerce firmanın iflasına da yol açılmış olur ki, bu da yeni on binlerce işyerinin yok edilmesini ve toptan çıkışları beraberinde getirir. İşsizlik daha da kabarmış olur.

Şimdi devrimci sınıf savaşımı gereklidir

Şüphesiz ki, bu tehdit edici perspektif önüne geçilemeyecek bir tabiat olayı değildir. Şurası bir gerçektir ki, güçlülerin kesiminde, mali sermayenin merkezlerinde, Heinz Dürr'ün (AEG Yönetim Kurulu Başkanı) ve Hans Friedrichs'in (Dresdner-Bank Yönetim Kurulu Başkanı) öne sürdükleri "AEG 1983 planına" göre AEG'nin bölünmesi ve verimli bölümlerinin sökülmesi, yani şimdiki şekliyle Almanya'nın ikinci büyük elektrik tekeli olarak yok edilmesi çoktandır karar altına alınmıştır. Peki, eğer İG Metall ücretlilerin mücadele birliği olarak artık tavizsiz bir biçimde bir kez rolünü oynasa ve kararlı bir tarzda bu tür olağanüsta bir durumda gereken sendikal tedbirlere vaşvursaydı nasıl olurdu?

Daha da somutlaştıralım: Eğer İG Metall tüm AEG işçilerini kararlı ve süresiz bir greve çağırırsa nasıl olur? Eğer o, işyerlerinin korunması, AEG tekelinin şimdiki maddi kütlesi ile ayakta kalması uğruna mücadeleyi örgütleseydi nasıl olurdu?

Diyelim ki, tüm AEG işçileri süresiz greve gitmişler! Tabii ki bu durumda kitle iletişim araçlarında keskin çığlıklar atılırdı: "İllegal siyasi grev!", "Hür demokratik düzen ve sosyal pazarlama düzeni tehdit ediliyor!" vs, vs. Kuşku yok ki, bu durumda devlet şiddetinin de (Ordu ve polis gücü) harekete geçirilmesi dahil tüm mevcut yaptırımlara ve önlemlere başvurma tehditi savrulurdu.

Peki ne yapalım? Şurası su göürmez bir gerçektir ki, bu tür grev, işçi sınıfının muazzam siyasal gücünün gelişmesine yol açardı. Bu grev kararlı sürdürüldüğü takdirde, hakim sınıfları geri adım atmaya zorlar hatta gerektiğinde grevcilere belirleyici tavizler vererek planlarını değiştirmeye mecbur kılar!

Kuşkusuz bu, devrimci sınıf savaşımıdır! Elbette sadece bu tür bir düşünce Eugen Loderer'in (İG Metall sendikası başkanı) öfkesinin kabarmasına yol açar. Ekonomik darboğazlarda gerekli anlayışı göstermeleri için, kendilerine kapitalizmde güneşin altında konforlu bir biçimde dizilmiş yer verilen Loderer gibi sendika patronları çoktan kapitalizmle barışmışlardır.

Peki ya işçi ve sıradan memur yığınları? Onlar, giderek yarım yamalak insancıl bir yaşam için tüm olanakların ellerinden nasıl alındığını hiç bir eyleme başvurmadan seyretmeliler mi? Tabii ki değil, işçi sınıfı kapitalizmle barışamaz. İşçi ve sıradan memur yığınları içinde bulunduğu koşulların bir sonucu olarak işyerleri için mücadele etmeya zorlanmaktadır. Erken ya da geç, o zaman durum düzelecek, ancak bunun içinde imkânlar elverdiğince önceden başlanılmalıdır!

AEG'nin çöküşü bir hamlede ve ustaca bir şekilde değil de, "adım, adım" meydana gelse dahi, bu bile yeniden ve şimdiye değin olandan daha büyük bir güncellikle ve acilliyetle partimizin şu sloganını gündeme koymaktadır: İşyerlerimizi tavizsiz bir şekilde koruyalım!

Milyarlarca borç

1974 yılından beri AEG'de artık hisse dağıtılmamaktadır. '50 ve 60'lı yıllarda hemen hemen Siemens ile boy ölçüşebilen AEG hisseleri son 15 yıl içinde çok hızlı bir şekilde düştü. Savaş sonrası yirmi yıllık dönemde borsada geçerli olan şu söz artık çoktan bir çok AEG hissedarı için anlamını yitirmiştir:

"Rahatına kavuşmak istiyorsan, o zaman Siemens'i, AEG'yi ve Farben'i satın al"

AEG-Küppersbusch işçileri işyerlerinin yok edilmesine karşı direniyorlar.

1968 yılında en yüksek derecesine ulaşarak, aşağı yukarı 800 DM değerinde olan AEG hisseleri böylece bu andan itibaren ta ki 1974 yılına kadar, yani AEG'de aniden krizin başgöstermeye başladığı bu yılda nominal değerine düşünceye dek borsadaki değerini yitirmeye başladı. Bugün AEG hisselerinin değeri nominal değerinin de altındadır. Savaş sonrası dönemde ulaşılan en yüksek dereceden bugün sadece yüzde 4'lük bir oran geride kalmıştır. Şimdi AEG'nin tümü borsada 400 milyon Mark gibi gülünç bir rakamla satın alınabilir. Bu da fazla borcu olan tekelin geçen yıl içinde bankalara havale etmesi gereken faizlerin yani 700 milyon Mark'ın çok altındadır. 700 milyon Mark-bu AEG'nin her hangi bir zamanda bir yıl zarfında hissedarlarına dağıttığı kazançların bir kaç katıdır. En yüksek kazanç dağıtımı, AEG hissedarlarının toplam olarak 93 milyon Mark'ı ceblerine indirdikleri 1970 yılında kaydedildi. Bugün AEG ağırlıklı olarak bankaların, özellikle de Dresdner ve Deutsche Bank'ın elinde bulunmaktadır. Onların kazanç taksiminde bir şeyler almamaları, kendilerini pek ilgilendirmemektedir; çünkü AEG'den onlara kârlar astronomik faiz ödemeleri şeklinde akmakta ve bu üstelikte vergi açısından da uygundur! Burjuva basınında sürekli okunabilen "bankaların fedakârlıkları" savını bu gerçekler ışığında sadece ve sadece okuyucuların alaya alınması olarak adlandırabiliriz.

Sadece bankalara, özellikle de Federal Almanya'nın en büyük bankaları olan Dresdner Bank'a ve Deutsche Bank'a AEG'nin geçen mali yıl sonunda 3,9 milyar Mark borcu vardı. Buna bir de yuvarlak olarak 2 milyar Mark tutan ve ertelenen eksik emeklilik maaşlarını da eklemeliyiz. Böylece AEG'nin doğrudan borçları şu an yuvarlak olarak 6 milyar Mark tutmaktadır.

Bir işletmenin borcunun miktarının ölçülebilmesine, öz sermaye ile yabancı sermaye arasındaki fark hizmet etmektedir. Tekelin yayılmacı yatırım politikasının doğal bir sonucu olarak AEG'de savaş sonrası dönemde yabancı sermaye öz sermayeden daha da ağırlıklı olmuştur. 1974 yılında öz sermaye bir milyar Mark'ın altına düşerken ve yabancı sermaye 6,68 milyar büyürken durum hissedilir bir biçimde daha da kötüleşti.

Özel sermaye payı, yani bilanço miktarına göre ölçülen öz sermaye 1974 yılında birden bire yüzde 22,7'den yüzde 12,8'e düştü. AEG, 1945 yılından bu yana en yüksek payı 1965 yılında yüzde 32,5 olarak kaydetmişti. 1981 yılı sonunda yuvarlak olarak bir milyar Mark öz sermayeye kıyasla aşağı yukarı 7,7 milyar Mark yabancı sermaye bulunmaktaydı. Öz sermaye payı sadece yüzde 11,9 civarındaydı.

AEG'nin, tam olarak 7,6 milyar Mark yabancı sermayeye karşın sadece 0,9 milyar Mark sermayesinin bulunduğu ve öz sermaye payının sadece yüzde 10,7 olduğu ve böylece en düşük noktasına ulaştığı 1980 yılına göre kuşkusuz bu hafif bir düzelmedir. Ancak bir dönüşümden asla sözedilemez. Bunun sonucunda işçi ve memurların sırtına ağır yükler yüklendi ve onlardan fedekârlıklar beklendi.

AEG kâr getirmiyor mu?

Hiç kuşkusuz AEG krizinin belirli nedenleri vardır. Ancak bunun nedenleri, AEG işçilerinin yeterince artı değer yaratamadıklarında asla aranamaz.

Tekel bir çıkmazın içinde olsa dahi, AEG'de tabii ki kâr edilmektedir, üstelikte yüksek kârlar. Ne varki bu kârları bankalar işletmeden faiz şeklinde sürekli kendilerine maledinmekteler. Nasıl ki bir kurbanın üzerine vampir sürüsü koşuşursa, bugün bankalarda öylesine AEG tekelini soymaktalar.

AEG'nin "reorganizasyon planı" çerçevesinde işçi ve memurlardan büyük fedakârlıkların beklenmesi, işçi ve memurlar üzerindeki sömürünün kat kat artırılması, AEG'nin ayakta kalmasını sağlamak ve işyerlerini korumak için yapılmadı, aksine kapitalist mali vampirlerin nüfuzunu daha da genişletmek için. Bunu bazı rakamlarla somutlayalım.

1969 yılında 164 000 işçi ve memur çalıştıran AEG'nin satış muameleleri hemen hemen 7 milyar Mark tutuyordu. 1981 yılında ise personel sayısı tam 40 bin azaltarak 124 bine düşürülürken, yani 1969 yılı sayısının 4'te biri kadar az olurken, satış muameleleri iki katından fazla olup 14,8 milyar Mark dolayındaydı. 1976'dan 1980 sonuna kadar AEG Yönetim Kurulu Başkanı olan ve tanınmış kâr reorganizatörü Walter Cipa boşu boşuna tüm açıklığıyla kendi şiarının "az işçiyle daha fazla üretmek" olduğunu söylemedi.

Cipa'nın yerine tekel yönetim kurulu başkanlığına getirilen eski Ekonomi Bakanı Heinz Dürr sömürüyü kat kat daha açımasız bir şekilde artırdı. O, 10. 2. 1981 tarihinde göreve başladığında henüz AEG'de 154 bin işçi ve memur çalışıyordu.

AEG'nin bu personal sayısı ile kaydettiği satış muameleleri 14,4 milyar Mark tutuyordu. 1981 mali yılı sonunda, yani tam bir yıl sonra Dürr satış muamelelerini aşağı yukarı 800 milyon Mark'a çıkarırken, diğer bir deyişle yüzde 5 artırırken, aynı anda acımasızca rasyonalleştirme ve işyerlerini kapatma sonucunda personel sayısını 30 000, diğer bir ifadeyle yuvarlak olarak beşte bir azaltarak 124 bine düşürmüştü.

Buna işletme yaşlılık maaşlarının yüzde 60'a kadar kısıtlanması ve gerçek ücretlerin düşürülmesi gibi diğer şekillerini de ekleyebiliriz. Böylece AEG Yönetim Kurulu Başkanı Heinz Dürr 1981 yılında satış muamelelerinde ücret oranını örneğin yüzde 37,8'den yüzde 36,8'e düşürebildi. O, 1981 yılında kişi başına satış muamelesini yüzde 11 artırarak 111 800'den 126 400 Mark'a yükseltti.

Kriz olmasına ve pazarda "beyaz eşyaların" (elektrikli ve eşyaları) ve "kahverengi eşyaların" (radyo, televizyon, teyip vb.) satımında gerileme kaydedilmesine rağmen, AEG bu bölümlerde bile yeterince kâr etti, hatta işçi ve memurların azgın bir şekilde sömürülmesi sonucunda kârlar yükseltilebildi. Ancak tekelci kapitalist bir sistemde bir kapitalist işleriyle ancak sadece kâr ettiğinde değil, azami kâr sağladığında memnun olabilir. Ayrıca, AEG bilançolarından başka ne gösterilmesi gerekir ki? Tekel kâr sağladığı halde, niçin kriz başgösterdi? Çünkü tekelin sağladığı kârlar son Pfenig'e kadar faiz şeklinde bankalara akıyordu ve akmaktadır.

Yaklaşık 700 milyon Mark sadece 1981 yılında bu yolla AEG tekelinden büyük bankaların, yani AEG Telefunken'in gerçek sahiplerinin kasasına aktı. Onlar bu yolla son yıllarda milyarlarca Mark AEG'den yani işçi ve memurların azgınca sömürülmesinden kâr sağladılar.

AEG üzerine çevrilen planlar giderek açığa çıkmaktadır

Burjuva kitle iletişim araç ve gereçlerinde AEG'nin "kurtarılması eylemleri", "reorganisazyon girişimleri" üzerine yapılan açıklamalara şöyle bir göz atacak olursak, şu sonuca varmak tayız: Başını Dresdner Bank'ın, Deutsche Bank'ın ve Commerzbank'ın çektiği banka konsorsiyumunun, Siemens, Mannesmann, Bosch, Grundig gibi tekellerin ve başbakan Schmidt de dahil tüm bakanların AEG'nin ayakta kalmak istediklerini, AEG'de mümkün olduğunca bir çok işyerinin korunmasından yana olduklarını, hepsinin bu uğurda bir çıkış yolu için kafalarını yorduklarını, hasta tekeli ayakta tutabilmek ve tekrardan gelişmesini sağlayabilmek için milyonlarca, hatta milyarlarca Mark yardımda bulunarak büyük ve sınırsızca fedekârlıklar gösterdiklerini öğrenmekteyiz.

Hiç kuşkusuz bu açıklamalar şirin sözlerden ibarettir. Gerçek durum hiçte burjuva basınında açıklandığı gibi değildir. Aksine yukarıda isimlerini sıraladıklarımızın sadece tek bir amaçları var: "Kendi çıkarımızı sürdürmek için ne yapmalıyız?" Tabii ki Schmidt ve şürekasının ilk planda görevi kendi AEG hisselerini değil, temsilciliklerini yaptıkları kesimin, kapitalistlerin hisselerini düşünmektir. Onların zorunlu olarak ilk planda bu ülkenin en büyük ve nüfuzlu mali sermaye sahiplerinin çıkarlarını düşünmeleri gerekmekte. Çünkü aksi takdirde yerlerini başkalarına terk etmekle karşı karşıya kalırlar.

AEG tekeli şimdiki yapısı ile, kendisinin gerçek sahibi olan büyük bankalara pek az kâr getirmektedir. Bunun içindir ki, bankalar AEG tekelinin bir bütün olarak ayakta kalmasını istememektedirler. Öte yandan giderek derinleşen iktisadi bunalımın sonucu olarak elektrik sanayiisinde tek tek büyük tekeller arasında pazarlar için rekabet mücadelesi de kızışmaktadır. Yapılan fazla üretime karşın alıcıların sayısında bir gerileme ya da bir durgunluk mevcut. Özellikle de elektrikli ev eşyalarını, radyo, televizyon vb. cihazları satın alabilecek güçte alıcı yoktur. Bunun içinde yukarıda isimlerini sıraladığımız kapitalistlerin AEG krizi karşısındaki tutumları tümüyle bilinmemektedir. Ancak bu karanlık planları giderek gün ışığına çıkmaktadır. Örneğin AEG gibi büyük bir tekelin yok oluşu onlar için faydalı olan bir şeydir. Çünkü böylece pazarda bir rakipleri daha azalmış olacaktır.

Devamı gelecek sayıda!



Batı Berlin'de AEG'nin tasfiye talebinin açıklanması üzerine işçiler geçen hafta salı günü protesto eylemi düzenlediler.

Düzeltme

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında 2. sayfadaki "100 bin işyeri tehlikede" başlıklı yazının 5. ve 6. sütunlarında dizgi hatası olmuş. Doğrusu şöyle: (...) Şimdi siparişler iptal edilecek olursa bu, işletme yöneticisinin açıklamasına göre, firma için bir felaket anlamını taşımaktadır.

(...) Bu firmalar şimdi AEG tekelinin durumu hakkında duydukları haberlerden ötürü endişelenmekteler. (...) Düzeltir, özür dileriz.

Gazetemizin 15. yayın yaşamını doldurmasının ötürü düzenlenen

"Kızıl Şafak" Basın Şenliğine katılalım!

Tüm zorluklara, yasaklara rağmen KPD Merkez Yayın Organı "Kızıl Şafak" tam 15 yıldan beri yayın yaşamı sürdürmektedir. İlkin eski KPD içerisinde yer alan Marksist-Leninistlerin bir yayın organı olarak yayın yaşamına başlayan "Kızıl Şafak", KPD'nin revizyonist bir partiye dönüşmesini sağlayan, işçi sınıfının çıkarlarına ve komünizm davasına ihanet eden KPD önderlerine karşı kararlı ve uzlaşmaz bir mücadele verilmesinde ve parti üyelerinin yönetimin ihanetine başkaldırmaya çağrılmasında önemli bir araç rolünü oynadı. KPD'den ayrılan Marksist-Leninistlerin bir yayın organı olarak yayınlanan "Kızıl Şafak"ın, Federal Almanya ve Batı Berlin'de Marksist-Leninist grupların birleştirilmesinde oynadığı rol hiç bir şekilde küçümsenemez. O, daha 1967 yılının Temmuz

15 yıl KIZIL ŞAFAK

ayında yayınlanan ilk sayısında modern revizyonizme karşı mücadelede Marksist-Leninistlerin elinde önemli bir silahtı. 27 Nisan 1968'de, Federal Almanya'nın çeşitli eyaletlerinden bir araya gelen Marksist-Leninistler, KPD'nin 50. kuruluş yıldönümü olan 31 Ocak 1968'de, Marksist-Leninist partiyi yeniden kurma kararını aldı ve "Kızıl Şafak"ı merkez yayın organı olarak belirlediler. Partinin 31 Ocak 1968'de kuruluşundan bu yana merkezi yayın organı olan "Kızıl Şafak" o günden beri proleter devrimin, işçi sınıfının kapitalist sömürünün boyunduğundan kurtulmasının yegane ve tavizsiz sesi olarak yayın yaşamını sürdürmektedir. İşte bu bizim için kutlanmaya değer bir nedendir. Bunun için hepinizi proleter devrimin yegane sesi "Kızıl Şafak"ın 15. yayın yaşamını doldurması vesilesiyle düzenlediğimiz basın şenliğine katılmaya, basın şenliğini güçlü bir şenliğe dönüştürmeye çağırıyoruz.

Tarih: 25/26 Eylül 1982
Yer: Marienbornplatz, Dortmund-Lütgendortmund

Sorularınız için her an hazır bulunan basın şenliğini hazırlama komitesine başvurabilirsiniz! Adres şöyle: Redaktion RM, Postfach 30 05 26, 46 Dortmund 30, Tlf. (0231) 43 36 91

PROGRAM

Tartışma turları

*★ **İsrail'in Filistin halkına karşı soykırım savaşı ve barış hareketi.** Filistin halkının ve onun öncüsü FKÖ'nün haklı savaşını nasıl destekleyebiliriz? Bu savaşta Batı Alman mali sermayesi ve onun devleti hangi rolü oynamakta? Federal Almanya'daki barış hareketi bundan hangi dersleri çıkarmalıdır? Bu vb. can alıcı sorunlar tartışma turunun ana noktasını oluşturmaktalar. Tartışma turuna FKÖ'den, Filistin İşçi Derneği'nden, barış hareketi içinde yer alan çeşitli akımlardan temsilciler çağrıldı.*

*★ **Sosyal hakların kısıtlanmasına karşı mücadele hangi yolu izlemeli?** Yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfının can alıcı sorunlarından biri olan bu sorun hakkında mücadelenin izlemesi gereken yol üzerine KPD temsilcileri, sosyal hakların kısıtlanmasına karşı çeşitli insiyatiflerin sözcüleri, büyük işletmelerden işçi temsilcileri kürsüde yer alarak görüşlerini açıklayacak ve açık tartışma sürdürecekler.*

*★ **Kadının eşitliği ve kurtuluşu uğruna mücadele.** Bu tartışma turunda ise işyerlerindeki mücadeleye bağlı olarak kadınların durumu ele alınacak. Tartışmaya KPD temsilcilerinin yanı sıra çeşitli grup ve komitelerden temsilciler katılacaklar. Diğer tartışma gruplarında olduğu gibi bu tartışmada kamuoyuna açık sürdürülecek.*

Çocuk Şenliği

25 Eylül 1982'de öğleden önce bir çocuk şenliği ile "Basın Şenliği"ne açılış yapılacak. Ayrıca Şenliğin sürdüğü iki gün boyunca çocuklara bakacak görevliler de var. Bunun için çocuklu arkadaşlarda şenliğe katılmayı ihmal etmemelidirler!

Olanaklar pazarı

★ Tüm ilerici, demokratik örgürt ve komiteleri, özel bir meydanda — Olanaklar Pazarı'nda - masa açarak kendilerinin istedikleri şekilde faaliyetlerini sergilemeye ve amaçları yönünde prpaganda sürdürmeye çağırıyoruz.

Bizce, çeşitli konular üzerine olan farklı görüşler tartışma konusunu oluşturmalı, ama bunlar asla birlikte hareket etmemizin önünde bir engel teşkil etmemelidirler. Anlayışımızın bir ürünü olarak bu tür bir teklifte bulunuyoruz. Umariz ki, çeşitli gruplar bundan faydalanmasını bilirler.

Yabancı düşmanlığına karşı açık tartışma

Bugün giderek yeni boyutlar kazanan yabancı düşmanlığı faşizmin kitleler üzerinde etki kurmasının zeminini yaratmaktadır. Yabancı düşmanlığı özellikle çeşitli Nazi grupları, NPD'den tut ta ki bomba yerleştiren Savunma Sporu Gruplarına vb. kadar uzanan çeteler tarafından kışkırtılmaktadır. Hiç kuşkusuz bu kışkırtmalar sadece onlarla da sınırlı kalmamaktadır. Bugün yabancı düşmanlığı aynı şekilde devlet politikasının da bir bölümünü oluşturmaktadır. Bu durumda yabancı düşmanlığına karşı direniş örgütlenmeli, yoğun bir faaliyet sürdürülmelidir. KPD, yabancı düşmanlığına karşı açık bir tartışmaya katılmaları için çeşitli komitelere çağrıda bulundu. Hiç kuşkusuz bu toplantıda herkes eşit hakka sahiptir. Bu toplantı tamamiyle bir KPD toplantısı değildir. Bunun için şiarımız yabancı düşmanlığınakarşı ortak mücadele!

KPD kendini tanıtıyor

...Tabii ki sadece bir konuşmayla değil. Ama bu da dahil, cumartesi günü "15 yıl 'Kızıl Şafak" şiarı altında düzenlenen büyük bir toplantı yapılacak. Bu toplantıda sadece gazetenin 15 yıllık yaşamı geriye dönük olarak değerlendirilmeyecek ve çeşitli zorlukları aşan, darbe yiyen, takibata uğrayan ve tüm bu engelleri birlikte aşarak bir adım daha ilerlediğimiz partinin inşaa edilmesi mücadelesi ele alınmayacak, aynı şekilde Alman proletaryasının öncü müfrezesi KPD sınıf mücadelesinin güncel ve can alıcı sorunları üzerine görüşünü açıklayacaktır.

Toplantıda; "Kızıl Şafak"ın kurucusu ve KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş konuşacak.

Toplantıda tabii ki KPD'nin eyalet birlikleri toplumsal yaşamın tüm alanlarındaki çalışmalarından, yoldaşlarla konuşmalarından edindikleri izlenimleri anlacatacaklar. Ayrıca işyerlerinden sendika temsilcileri, işçi temsilcileri eyalet örgütlerinin açtıkları masalarda her an sizlerle çeşitli sorunları tartışmaya hazır bulunacaklar. Bunun yanında basın şenliği meydanında yiyecek ve içecekte her tarafta satın alınabilecek.

Haftanın Yorumu

Geçen hafta sonunda FKÖ Başkanı Arafat kendisiyle yapılan bir röportajda "biz daha kötü şeylerin olacağını hesaba katmaktayız" dedi. Filistin Kurtuluş Hareketi, İsrail'in Lübnan politikası hakkında hiç bir hayale kapılmamaktadır. Zaten başka türlü düşünmesi de mümkün değildir. Çünkü hiç bir şekilde, bir kaç gün Beyrut bombalanmadı diye İsrail saldırganlığının son bulduğu ya da Lübnan sorununa bir "çözümün" bulunduğu düşünülemez.

Bugün sorunu sadece Begin ve Sharon'un yapılan tüm anlaşmaları hiçe sayarak abluka altına alınmış Batı Beyrut'a ve halkına karşı barbarca yeni saldırılara girişecekleri noktası oluşturmaktadır. Sorunu özellikle Beyrut'taki kitle katliamından ötürü unutulan ve şu an tekrardan hatırlamamız gereken İsrail siyonistlerin açıkca ortaya koydukları savaş planları oluşturmaktadır.

Lübnan'da savaş sona mı erdi?

Bu savaşın hedefinden bir FKÖ'yü Yakın Doğu'da "siyaset sahnesinden" tamamen silmekti. Ancak bugünden bile İsrail teröristlerinin bu hedeflerine ulaşamadıkları görülmektedir. Şüphesiz ki, Arap rejimleri tarafından kendi kaderleri ile başbaşa bırakılması ve ABD emperyalizmi tarafından tepeden tırnağa kadar silahlarla donatılan İsrail askeri cihazının bombalı saldırıları sonucunda bir çok FKÖ savaşcısı hayatını yitirdi, binlerce Filistinli partizan şehit düştü, İsrail'in toplama kamplarına dolduruldu, ağır işkencelere tabii tutuldu, silah depolarının önemli bir bölümü istilacıların eline geçti.

Ancak bu gerçeklerin ışığında FKÖ'nün "siyaset sahnesinden" silindiğinden bahsedebilir miyiz? Şu gerçeği bir kez daha gözönüne getirmeliyiz ki, İsrail siyonistleri sadece defalarca Batı Beyrut acımasızca bombalayıp, aynı zamanda kara kuvvetleri ile şehri kuşatmak için defalarca girişimde bulundular. Ama bu kuşatma girişimleri, FKÖ birliklerinin ve onlarla ittifak içinde olan Lübnanlı solcu milislerin direnişi sonucunda bozguna uğratıldı. İsrail birlikleri en büyük kayıbı, Suriye ordusu ile giriştikleri çarpışmalarda değil, bu kuşatma girişiminde verdiler. Askeri zayıflığına rağmen bu yiğitçe direniş bile FKÖ'nün Filistinli kitlelerin sempatisini ve güvenini kazanmasına yol açtı.

Bunun için en iyi örnek Batı Ürdündür. İsrail siyonistlerinin savaş planlarından biri de Lübnan'da FKÖ'yü tasfiye ederek Filistinlilerin Batı Ürdün'deki mücadelesini tamamen baskı altına almak ve böylece 1967'de işgal ettiği bölgeleri bir bütün olarak İsrail devletine bağlamaktı. Ama Beyrut'ta FKÖ merkezinin abluka altına alınmış olması ve bomba yağmuruna tutulması ne Batı Ürdün'de direnişin kırılmasını beraberinde getirdi ne de bu bölgede yaşayan Arap halkının FKÖ'yü kendi çıkarlarının yegane yasal temsilcisi olarak kabul etme gerçeğinde bir şey değiştirdi. Bundan ziyade Filistinli kitlelerin kurtuluş örgütleri ile bağı daha da pekişti.

Böylece FKÖ, İsraillilerin hesapladıkları gibi "siyaset sahnesinden" kaybolmadı. Ancak İsrail yöneticilerinin askeri cihazlarının uzandığı her yerde Filistin halkına ve FKÖ'ye karşı saldırılarını sürdürmeye devam edecekleri şüphe götürmez bir gerçektir.

Peki Lübnün'daki durum şimdi nasıl devam edecek? Bilindiği gibi Begin ve Sharon burada kendileri için Güvenlik Bölgesi oluşturmak istiyorlar ki, bu da ülkenin bir bölümünün İsrail'in denetimine girmesinden başka hiç bir anlam taşımamaktadır. Öte yandan ise Beyrut'ta tamamen İsrail'in maşalığını yapacak bir hükümet oluşturmayı amaçlıyorlar. Bu maşalık görevini ise faşistlerin başbuğu Gemayel yüklenmiş durumda. Ancak onu cumhurbaşkanlığı mertebesine yükseltebilmek için müslüman milisler, Suriye birlikleri ve FKÖ'nün denetiminde olan ülkenin Kuzey bölgesini de kendi ellerine geçirmeleri lazım. Sharon bunun için hazırlıkları çoktan yapmış durumdadır.

İki gün ve bir gece

İki gün basın şenliği, iki gün tamamen dolu program; bu durumda insan programın tümünü izlemek ister. Ancak o zaman şu sorun gündeme geliyor: Peki gece nerde kalacağız? Tabii ki bu özellikle uzak bölgelerden gelenler için bir sorun teşkil etmektedir. Biz, gece kalmak için basın şenliği meydanında kamping yapmış olanlar için şilte verebilir ve diğerleri için ise Dortmund ve çevresindeki arkadaşların evlerinde kalma imkanlarını teklif edebiliriz. Ancak bunun tam olarak planlanabilmesi için önceden kaç kişilik yatacak yere ihtiyacınız olduğunu bildirmenizi istiyoruz. Doğrudan ilişkileri olan arkadaşlar gece kalmak için bu ilişkilerinden faydalansınlar. Kimin yatacak yere ihtiyacı varsa, o'da yandaki formülü doldurarak basın şenliğini hazırlama komitesine göndersin: Adres şöyle: Redaktion RM, Postfach 30 05 26, 46 Dortmund 30

Benim/Bizim ...... kişilik yatacak yere ihtiyacımız var.

İsim : ....

Cadde: ....

Şehir: ....

○ **Şilte üzerinde yatabilirim**

○ **Hayır, bir evde kalmak istiyorum.**

KJD'nin (Almanya Komünist Gençliği) müzik gecesi

Basın şenliği kültürel bakımdan da oldukça zengin. KJD, basın şenliğinin birinci günü olan 25 Eylül'de bir müzikli gece düzenliyor. Gecede Dortmund'dan Rock tiyatrosu grubu "gece vardiyası" adlı oyununu oynayacak. Hamburg'tan Elbe 1 adlı politrock grubu güncel yaşam üzerine çeşitli parçalar söyleyecek. Bunun yanı sıra Ruhr bölgesinden Kotton-Blues-Band adlı müzik grubu da KJD'nin müzik gecesinde çıkacak.

Basın Şenliği kapanışında da yani 26 Eylül pazar günü de büyük bir gece yapılacak. Basın Şenliği kapanış gecesinde Schmetterlinge müzik grubu çeşitli şarkılar söyleyecek. Hepinizi içtenlikle bu programı izlemeye çağırıyoruz!

Yabancılar sınıfına hayır!

BATI BERLİN. — Şimdiye değin faşist NPD'nin gerçekleştirmek istediği ulusal sınıflar yönünde Batı Berlin'de ilk adım atıldı. CDU azınlık hükümeti yabancılara karşı izlediği politikanın bir sonucu olarak başlayan 1982/83 ders yılında Tiergarten Okul İşleri Müsteşarı yabancı çocukları Alman sınıflarından çıkararak yabancılar sınıfına gönderttti. Yabancı çocukların düşük, ikinci sınıf bir eğitim görmeleri anlamını taşıyan CDU Hükümeti'nin bu adımına karşı protestolar yükseltilmeli, yerli ve yabancı çocukların aynı sınıflarda ders görmeleri talebi ileri sürülmelidir.

Batı Berlin CDU azınlık hükümeti şimdiye değin yabancı işçi ve emekçilere karşı izlediği gerici, katı politikanın bir sonucu olarak, bugün de çocuklarımızın Alman çocuklarından daha düşük, ikinci sınıf bir eğitim görmeleri anlamını taşıyan yabancılar sınıfını (Ausländerklasse) açtı. "Kızıl Şafak"ın önceki sayılarında da değindiğimiz gibi faşist NPD de aynı içerikli bir talebin gerçekleştirilmesi için Kuzey Ren Vestfalye Eyaleti'nde referandum yapılması isteminde bulunmuştu. Onun bu istemi yerli ve yabancı ailelerin sürdürdükleri yoğun protestonun sonucunda Eyalet Hükümeti tarafından muğlak bir şekilde reddedildi.

Bugün CDU azınlık hükümetinin yerli ve yabancı çocukları birbirinden bölmesi, yabancıları tek bir sınıfta toplaması; Alman ve yabancı çocukların tamamen birbirinden kopması, birbirine düşman edilmesi anlamını taşımaktadır. Bu politikayla aynı zamanda Güney Afrika'da uygulandığı gibi, ırkçı bir eğitimin yapılması amaçlanmakta, yerli ve yabancı çocuklar arasında ön yargıların pekişmesinin ortamı oluşturulmaktadır. Bu politikanın doğal sonucu olarak yabancı öğrenciler, Almanlardan daha düşük bir diploma alacak, ikinci sınıf eğitim görecek, böylece geleceğin ikinci sınıf insanını oluşturacaklardır.

CDU azınlık hükümetinin Tiergarten ilçesi Okul İşleri Müsteşarı yabancı çocukları tek bir sınıfta toplanmalarını, "Senatonun yabancı çocukların sayılarının Alman öğrencilerinden fazla olduğu durumlarda, onların yabancılar sınıfında ders görmelerini gerekli kılan" kararını uygulamakla gerekçelendirmektedir. Birincisi bugün CDU Tiergarten ilçesi Okul İşleri Müsteşarı'nin yabancı sınıfta topladığı öğrencilerin büyük çoğunluğu burada büyümüş ve Almancayı ana dillerinden daha iyi bilen çocuklardır. İkinci olarak ise CDU Hükümeti "entegrasyondan" dem vurmaktadır. Ancak ilçe okul müsteşarlığının bu uygulamasının entegrasyondan tamamen uzak olup temelinde ırkçı bir politika yatan, yabancı öğrencilerin ikinci sınıf bir eğitim görmeleri anlamını taşıyan bir uygulamadır.



Yabancı öğrenci velileri, çocukları ile birlikte Senato'nun kararını protesto ettiler.

Tiergarten ilçesinde Fritzlar-Homberg ilk okulu idarecileri yabancı velilerden habersiz olarak yeni ders yılının başlamasıyla birlikte, okulda bulunan Yugoslav ve Türkiyeli çocukları Alman çocuklarından ayırarak yabancılar sınıfında toparladılar. Bu durumu öğrenen öğrenci velileri hemen protesto eylemi düzenlediler. Okul idaresinin kararı değişinceye dek çocuklarını okula göndermeyerek "dersi boykot edeceklerini" açıklayan Türkiyeli ve Yugoslav veliler ayrıca bu kararın bol bol sözü edilen entegrasyonla uzaktan yakından bir bağının olmadığını ve yabancı çocukların düşük bir eğitime tabii tutulduklarını belirttiler. Yabancı öğrenci velilerinin sürdürdüğü kararlı direniş karşısında zor durumda kalan okul idareciliğine karşın, CDU Okul İşleri Müsteşarı bu ırkçı kararın değişmeyeceğini açıkladı.

Bilindiği gibi bugün Batı Berlin'deki CDU azınlık hükümetinin bu gerici ve ırkçı politikasını aynı şekilde CDU tarafından yönetilen Baden-Württemberg ve diğer eyaletlerde uygulamak istiyorlar. Bunun için çocuklarımızın daha düşük bir eğitim görmesi, geleceğin ikinci sınıf insan olmaları anlamını taşıyan bu karara karşı direniş yoğunlaştırılmalı, yerli ve yabancı çocukların aynı sınıflarda ders görmeleri sağlanmalıdır.

(„Keine Ausländerklassen!")

Kısa.. Kısa... Kısa... Kısa...

Bielefeld'te silah yakalatan Tüm faşistler serbest bırakıldı

27 Temmuz'da Bielefeld'de 29 evde yapılan aramalarda, çeşitli tipte silah, bomba, mermi ele geçirild. Aramaların ardından militan bir Neonazinin etkisi altında olan bir grubun 19 üyesi tutuklanmıştı. Bu tutuklama olayında bir işveren danışmanı da göz altına alınmıştı. Tutuklamanın ardından basında yayınlanan haberlerde, Neonazilerin daha önce silah yakalatan ve sonra hapishanede "intihar eden" orman memuru Lembke ili ilişkilerinin olduğu da belirtilmektedir. Basında ayrıca göz altına alınan faşistlerden bazılarının sorgulamalarında Lembke ile, bazılarının ise Hoffmann ve Kühnen faşistleri ile ilişkilerinin olduğunu itiraf ettikleri yönünde haberlerde yer alıyordu. Fakat buna rağmen tutuklanan faşistlerin tümü serbest bırakıldı. Ve onların terörüst bir örgüt kurduklarından ötürü değil, sadece silah taşıma kanununu çiğnediklerinden ötürü yargılanacakları belirtildi.

Irkçı Günel Afrika birlikleri Angola'ya saldırdı

Şimdiye değin Angola'ya defalarca saldırılar düzenleyen ve provokasyonda bulunan Güney Afrika birlikleri 2 hafta önce bir yeni saldırıya daha giriştiler. Angola yöneticileri, ırkçı Güney Afrika birliklerinin Angola'ya saldırdıklarını açıkladıklarında bunu "tipik bir propaganda" olarak niteyelen Güney Afrika Savaş Bakanlığı, geçen hafta yaptığı bir açıklamada bu saldırıların "başarılı" geçtiğini söylemekle kendilerini ele verdiler. Daha önceki saldırılarda olduğu gibi bu saldırıda da Güney Afrika ırkçıları, Güney Batı Afrika'nın (Namibia) kurtuluşu uğruna savaşan SWAPO örgütünü tasviye etmek istediklerini açıkladılar. Şimdiye değin düzenledikleri saldırıda yüzlercesini katleden Güney Afrika birlikleri bu yeni saldırıda, kendilerinin teröründen kaçan ve Angola'ya yerleşen Namibialı göçmenlerden 314'ü vahşi bir şekilde katledildiler. Güney Afrika ırkçıları Namibia'da SWAPO önderliğinde gelişen her türlü bağımsızlık direnişi kırmak için hiç bir kitle katliamına girişmekten de geri durmayacaklarını açıkladılar. Güney Afrika birliklerinin Angola'ya saldırılarının ardında yatan diğer bir nokta ise, Sovyetler Birliği'nin nüfuzu altında olan Angola'yı kendi denetimlerine geçirmek istemeleridir.

Bir çok işyerinde kısa çalışma planlanıyor

*Federal Almanya'nın bir çok büyük işletmesinde işverenler kısa çalışmaya gitmekteler. Kısa çalışmanın işçi arkadaşlar için hangi zararları olduğu konusunda ise kendilerine yeterli bilgiler verilmemektedir. Bunun için bir çok işçi arkadaş kısa çalışmanın olmasına sevinmekte, çünkü böylece bir kaç hafta dinleneceğini sanmaktadır. Ancak bu sürenin parasını kendi cebinden ödediğinin bilincinde değiller. Blohm ve Voss işletmesinde planlanan kısa çalışma üzerine partimiz KPD'nin Hamburg Blohm ve Voss işyeri gazetesi "Frischer Wind" şöyle yazmakta: **"Kısa çalışma-B ve S (Blohm ve Voss) sermayesi için kazançlı bir iştir.** Kısa çalışmaya her zaman az siparişten ötürü gidilmemekte. Örneğin bu konuda 77 yılından 79 yılına kadar olan dönemi bir göz önünde bulunduralım: Arkadaşlar evlerine gönderildi ve kendilerine her an iş başına çağrılacaklarına hazır olmaları söylenildi ve "kısa süreli siparişler" için telgrafla çağrıldılar. Tabii bu durumda bir kaç saat fazla mesai yapıldı. İşverenlerin tam da istedikleri budur. O an için ihtiyaç duydukları işgücü sayısı ellerinin altındaydı ve kısa süre calışmasının parasını Arbeitsamt ödemekte, yani diğer bir deyişle biz kendi aidatlarımızla ödemekteyiz.*

Kısa çalışma-işçi arkadaşlar için zararlı bir iştir." (Blohm ve Voss işletmesinin yanı sıra, çelik işletmeleri VW gibi büyük işletmelerde eylül ya da ekim ayı için kısa çalışmayı planlamaktalar.

Mannesmann-Hüttenwerk'de kısa çalışma

Duisburg-Huckingen'deki Mannesmann-Hüttenwerke işletme yönetimi 7 Ağustos'dan 3 ya da 7 Eylül'e kadar kısa çalışma kararı aldı. Bunun üzerine KPD'nin Mannesmann-Hüttenwerke'de çıkardığı "Röhrenkieker" adlı işyeri gazetesinde "işletme yönetimi kısa çalışma ile tüm araçlara başvurarak kârını artırmak istemektedir" diye yazmakta ve "kısa çalışma süresince ücretin tam olarak ödenmesini" talep etmektedir. Çünkü aksi takdirde kısa çalışma süresinin ücretini İş ve İşçi Bulma Kurumu ödemektedir. Böylece patron ücret yükümlülüğünden kurtulmuş olmakta ve Arbeitsamt'ların ödediği kısa çalışma paraları ise son tahlilde bizim aidat olarak ödediğimiz paralardır. Böylece kısa çalışma süresince kâr eden patrondur.

İşsiz sayısı 100 000 daha arttı

İşsizler ordusu giderek büyüyor

Resmi açıklamalara göre Federal Almanya ve Batı Berlin'deki işsiz sayısında yeniden artış kaydedildi. Federal Çalışma Dairesi'nin temmuz ayın sonunda yaptığı açıklamalara göre 1,757 milyon emekçi işsiz. Böylece, Federal Almanya'da 1950 yılının temmuz ayından bu yana en yüksek işsiz sayısı kaydedilmektedir. Resmi işsiz sayısının yeniden artarak kış aylarındaki dereceye ulaşması, Batı Alman kapitalizminin bunalımının giderek derinleştiğinin bir ifadesidir.

Sadece bu rakamlar değil, aynı zamanda Fedaral Çalışma Dairesi'nin temmuz ayı sonunda yaptığı diğer açıklamalar bile bunalımın giderek derinleştiğini göstermektedir. Örneğin işsizlerin yüzde 27'si işsizlik yardımı almaktadır. Bu da onların bir yıldan fazla bir süredir işsiz olduklarının bir belirtisidir. Bugün işsizlik yardımı alan emekçiler sadece düşük bir işsizlik yardımı almamakta, aynı zamanda bu kesim en ağır şartlar altında yaşamını sürdürmektedir. Öte yandan aşırı üretim sonucunda iflas eden ya da kârlarını artırmak için rasyonalleştirme dalgasını sürdüren ve böylece toptan çıkışlara giden firmaların sayısında da bir artışın olduğu vurgulanmaktadır.

İşsizler arasında işsizlikten özellikle de ağır bir şekilde kadınlar etkilenmektedir. Kapitalist konjonktürün yükseliş dönemlerinde yedek işgücü olarak çalıştırılan kadın emekçiler, bunalım döneminde ise işten atılmakta, işsizler ordusunun safına itilmekteler.

Federal Çalışma Dairesi'nin yaptığı açıklamada, 20 yaşına kadar olan işsiz gençlerin sayısı 169 bin dolayında gösterilmektedir. Bu rakamlara şimdiye değin hiç bir işte çalışmamış gençler dahil değil. İşsiz gençler arasında en ağır bir şekilde yabancı gençler işsizlikten etkilenmekteler. Temel okulları bitiren yabancı gençlerin ezici çoğunluğu ne bir çıraklık ne de bir işyeri bulabilmekteler.

Artan işsizlikten ağır bir şekilde yabancı işçiler etkilenmektedir. Yabancılar arasındaki işsizlik oranı, haziran ayı sonunda, %13,3 olurken, temmuz sonunda %13,6'ya yükselmiştir. Federal Çalışma Dairesi'nin istatistiğine göre şu an Almanya'da 229 bin yabancı işsiz bulunmaktadır.

Sakatlar arasında da işsizlik giderek artmaktadır. Son olarak açıklanan resmi istatistiğe göre bunlar arasındaki işsiz sayısı 113 in civarındadır. Bir yandan işsizler ordusunun sayısı giderek kabarırken, öte yandan işsizlerin kazanılmış sosyal haklarına yönelik saldırılarda artmaktadır. Şu an Arbeitsamt'lardan (İş ve İşçi Bulma Kurumu) işsizlik parası ya da yardımı alamayanların sayısı yarım milyonun üzerindedir.

İşsiz sayısının en kabarık olduğu eyaletler ise, yüzde 9,2 ile Aşağı Saksonya ve yüzde 8,6 ile Kuzey Ren Vestfalye'dir. Büyük şehirler arasında ise yüzde 12, 1'lik işsiz sayısı ile işsizlikten en ağır etkilenen Dortmund'dur.

İşsiz sayısının açıklanmasından sonra kapitalistler yeniden harekete geçerek, ücret görüşmelerinde daha fazla "itinalı" davranılmasını talep ettiler. Kapitalistler, kendilerinin sorumlusu oldukların bunalımın faturasını işçi ve emekçilere, yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman ve Batı Berlin işçi sınıfına ödettirmek istemekteler. Bunun içinde bunalım derinleştikçe, kapitalistlerin ve onların Bonn'daki temsilcilerinin çalışan insanlara yönelik saldırıları artmaktadır.

Bu nedenle kapitalistlerin işçi sınıfına yönelik saldırılarını geri püskürtmek, bunalımın faturasını onlara ödettirmek için sendikalar harekete geçmelidirler. Ancak sendikalarımızı harekete geçirebildiğimiz, kapitalistlerin saldırılarına karşı güçlü bir mücadele cephesini örgütleyebildiğimiz, kapitalistlerin hesabına tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası talebini gerçekleştirerek yeni işyerlerinin açılmasını sağladığımız oranca bunalımın yükünü kapitalistlerin sırtına bindirmiş oluruz.

(„Arbeitslosigkeit wächst weiter")

Hayat yeniden pahalılandı

WİESBADEN. — Temmuz ayı sonunda Federal İstatistik Dairesi, Federal Almanya'da hayatın yeniden pahallandığını açıkladı. Bu açıklamalara göre hayat pahallığının temmuz ayı sonunda yüzde 5,6 olduğu belirtildi. Özellikle temel besin ürünlerine ve ihtiyaç maddelerine yeniden zamlar yapıldı.

Genel hayat pahalılığı oranının yanında, Kuzey Ren Vestfalye'de gaz, elektrik, yakıt fiatları yüzde 9,1, besin ürünlerinin, sigara vb. maddelerin fiatları ise yüzde 7,1 yükseltildi. Öte yandan taze meyvaların fiatlarında yüzde 22,6 artış kaydedilirken, taze etin fiatında yüzde 9,2 ve kahve fiatlarında ise yüzde 8,9 bir artışın olduğu açıklandı. Yeni açıklanan istatistiğe göre en yüksek artış posta ücretlerinde kaydedildi. Buna göre posta ücretleri yüzde 30,4 pahalılandı.

Federal İstatistik Dairesi'nin açıkladığı yeni rakamlar gerçek hayat pahalılığını zerre kadar dile getirmemektedir. Örneğin yukarıdaki fiat artışlarına bir de aşırı bir şekilde yükseltilen kiraları da dahil edersek, o zaman günlük besin ve ihtiyaç maddelerinin ne kadar pahalılandığını daha iyi bir şekilde görürüz.

Gerçek hayat pahalılığı açıklanan resmi rakamların çok üzerinde olmasına karşın, Federal İstatistik Dairesi hayat pahalılığında haziran ayından temmuz ayına bir düşüş kaydedildiğini açıkladı. Kuşkusuz bu açıklama bir takım gerçekleri örtbas etmeye yaramakta ve kapitalizmin durumunu şirin göstermekten başka hiç bir şeye hizmet etmemektedir.

(„Teuerungsrate offiziell bei 5,6")